D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 16
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags

Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

23. April 1982
Preis 1,80 DM

Sozialdemokratische Partei im Niedergang

Der Tanker wird überflüssig, 2. Teil

Von Theo Mehlen

Die Reden von Brandt und Schmidt zu Beginn des Parteitages waren die Langweiler der Woche. Vielleicht mag es für Spiegel-Redakteure interessant sein, mit Akribie die politischen Differenzen zwischen Schmidt und Brandt aus ihren Reden zu popeln. Und wer läßt sich ernsthaft vom Hocker reißen durch den Streit zwischen der SPD-Linken um Eppler und der Mehrheit des Parteivorstandes, ob Moratorium beim Kernkraftwerksbau oder nicht, womit dann das Wyhler Kernkraftwerk auch nicht verhindert wäre, usw. Das eigentlich Interessante am Thema SPD wird dagegen nur sehr vermittelt diskutiert.

Die Frage ist, welche Zukunft blüht der SPD? Kindlich naiv ist die Vorstellung von Brandt auf dem Parteitag: „Gewiß wird die Partei auch noch leben und wirken, wenn wir irgendwann im nächsten Jahrhundert nicht mehr an der Regierung sein sollten."

Eine andere Analyse trug Bahro auf der Gegenkundgebung am Samstag in München vor: „Die Sozialdemokratische Partei geht nieder. Damit meine ich nicht eine vorübergehende Flaute, nicht die normale Folge der Abnutzung der Regierungspartei, von der man sich halt in der Opposition erholt. Ich meine einen historischen Niedergang ... Ich denke, als das, was sie war, als hegemoniale Partei, als Anführerin der reformatorischen Kräfte kehrt die SPD niemals wieder ... Menschen können übergehen, und wir hoffen sehr darauf. Verfilzte Organisationen, in denen ein insgesamt vergangener Weltzustand geronnen ist, nicht. Sie müssen absterben."

Die angesprochene Frage hat einen organisatorischen und einen programmatischen Aspekt. Von der organisatorischen Seite her ließe sich sagen, daß die *Tendenz* in den wirklich fortschrittlichen Bewegungen einschließlich der Arbeiterbewegung auf Selbstorganisation in den vorhandenen Strukturen der Fabriken, Stadtteile usw. geht. Dieser Prozeß geht an der SPD vorbei und läßt sich auch gar nicht in der Form einer Massenpartei aufziehen. Natürlich, eine restaurative Volkspartei ließe sich einige Zeit halten. Aber eine Partei, die auf ihre Fahnen den gesellschaftlichen Fortschritt geschrieben hat, könnte sich, je mehr sich diese Tendenz durchsetzt, nicht mehr halten.

Nun sollte man aus organisatorischen Formen keinen Fetisch machen. Letztlich ist die Selbst- oder Räteorganisation ja kein Selbstzweck, sondern Mittel und Ausdruck bestimmter Ziele. Warum sollte es nicht möglich sein, die Kräfte in der SPD soweit nach links umzugruppieren, so daß sie wieder zum Träger der „reformatorischen Kräfte" wird? Das ist ja gerade ein Argument der in der SPD verbliebenen Linken. Was ist also von der SPD zu erwarten? Erholt sie sich demnächst in der Opposition? Wird sie gespalten? Gruppieren sich die Kräfte in der Partei nach links um? Stirbt sie ab?

Das Konzept der SPD als Volkspartei könnte nur dann als endgültig gescheitert angesehen werden, wenn es einen Zusammenhang zwischen linker Programmatik und der jetzigen Tendenz in der Organisation der Massen gäbe. Den gibt es auch. Dazu nur einige Beispiele.

Die Friedenspolitik der SPD hängt an der atomaren Abschreckung, und soweit es die Linke in der SPD betrifft, an Abrüstung. Beide Konzepte sind keine Kriegsverhinderungs-Strategien. Nur der Kampf um ein blockfreies Europa kann eine wirksame Strategie gegen einen Ausbruch des europäischen Krieges sein. Was spräche dagegen, daß die SPD zum Träger dieser Bewegung wird? Realistisch und durchsetzbar, sowohl gegenüber den Supermächten wie auch mehrheitsfähig im Volk, könnte diese Strategie nur sein, wenn eine Verteidigung durch das Volk das jetzt bestehende Verteidigungskonzept ersetzt. Die Programmtik einer Blockfreiheit ist also eng verbunden mit einer neuen Organisation der Massen in kleinen Einheiten im Arbeits- und Wohnbereich.

Schmidt weist immer wieder auf die Weltwirtschaftskrise hin und will als Krisenlösung die westdeutsche Wirtschaft auf neue Technologien konkurrenzfähig umstrukturieren. Ein Teil des Problems der Weltwirtschaft stellt sich aber etwas anders. Die Wirtschaft muß umstrukturiert werden, um sich auf den Fall einzustellen, daß die Dritte Welt einmal den größten Teil dessen, was sie jetzt exportiert, selbst verbraucht. Das hieße u.a. Wiederaufnahme einer umfangreichen landwirtschaftlichen Rohstoffproduktion, alternative Energien unter Ausschluß der Kernenergie, Beibehaltung arbeitsintensiver Produktionen, die nach Schmidtschem Konzept Schritt für Schritt in die Dritte Welt verlagert werden sollen. Für diese Maßnahmen wären zentralistische Konzepte ungeeignet. Die „Marktkräfte" können diesen Prozeß aber auch nicht organisieren, weil die kapitalistische Konkurrenz gerade zu den jetzigen Zuständen geführt hat. Sie erfordern die Eigeninitiative der Produzenten, die diese Maßnahmen dann untereinander koordinieren und damit zentralisieren.

In beiden Fällen also weder Platz noch die Notwendigkeit für eine Volkspartei. Einer solchen Bewegung würde eine kleine Parlamentspartei genügen. Als Konsequenz bedeutet das, daß die Kräfte, die wirklich nach links gehen wollen, nicht innerhalb der SPD für eine Umgruppierung kämpfen werden, weil dies sowieso historisch überholt ist. Aus demselben Grund wird auch eine Spaltung nichts bringen. Die SPD wird tatsächlich absterben, wie Bahro sagt. Das hat wieder Konsequenzen für die Zukunftsperspektiven einer mehrheitsfähigen Linksregierung. Die Aussichten hierfür bis zu den Bundestagswahlen 1984 sind schlecht, weil eine Umgruppierung prinzipiell nicht zu erwarten ist, genausowenig wie ein *schnelles* Absterben.



Mehr als etwas Doping hat die SPD-Führung kaum noch parat

Vietnams doppelte Offensive

G.K. Nach Besuchen in Stockholm und in Paris ist der Außenminister der Sozialistischen Republik Vietnam, Ngyen Co Thach, nun auch bei Genscher in Bonn gewesen. Zuvor war er noch bei der EG-Kommission in Brüssel. Wie Co Thach erklärte, will seine Regierung um „mehr Veständnis" sowie um materielle Hilfe werben.

Genscher hat, wie es aussieht, keine konkreten Zusagen gemacht, sondern auf die EG-Resolution von 1978 verwiesen, derzufolge die Gewährung von Krediten und Entwicklungshilfe an den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea gebunden ist. Da hat Thach nicht die geringste Zusage gemacht, im Gegenteil, er behauptet, das Demokratische Kampuchea habe als Stellvertreter Chinas zuvor Vietnam erobern wollen, so wie Hitler-Deutschland die Sowjetunion – und die sei doch auch nach Berlin marschiert! Thach sprach wiederholt von „Indochina" als politisch-geographischer Einheit, die angeblich von China geschluckt werden solle – und das begründe dann natürlich „besondere Beziehungen" Vietnams zu Laos und Kampuchea.

Vor allem der (auch mit einigen Hilfszusagen) verbundene Besuch in Paris, der einen Wechsel der französischen Diplomatie signalisierte, und im Gefolge die bloße Tatsache des Empfangs in Bonn markieren einen Erfolg der diplomatischen Westoffensive des Regimes in Hanoi. Diese steht in direktem Zusammenhang mit der militärischen Offensive in Kampuchea (der größten seit der Invasion 1978). Sie steht aber auch in Zusammenhang mit der innen- und wirtschaftspolitischen Lockerung, die der Parteitag vor kurzem verkündete (Ankurbelung der Konsumgüterproduktion, vermehrte Privatproduktion der Bauern und bessere Aufkaufpreise, Beendigung der Korruption); und sie steht drittens in Zusammenhang mit der Krise im RGW, und der Sowjetunion, dessen größter Dauerklient Vietnam (neben Kuba) ist. Aus allen drei Zusammenhängen ergibt sich *ein* überragendes Bedürfnis: *Geld*, d.h. westliche Kredite. Und dafür mag auch der bloße Empfang bei Genscher vielleicht einige Türen geöffnet haben.

Fast könnte man zu dem Schluß kommen, die Geschichte habe sich den zynischen Scherz erlaubt, das Opfer, das frühere leuchtende, revolutionäre Vietnam, im gleichen Schmutz von Kriegsopfern und Desertionen, Verschuldung und Inflation zu ersticken wie seinerzeit den Aggressor, die USA, die den schmählichen Rückzug antreten mußten. Die Wahrheit ist womöglich noch schlimmer. Die sozialistischen Militärstaaten, die in einigen Teilen der Dritten Welt aus den nationalen Befreiungskämpfen hervorgegangen sind, scheinen noch für eine geraume Zeit die nationale Leidensbereitschaft, die politische Desorientierung und das komplizierte Patt der Klassenkräfte ausnutzen zu können, um sich zu behaupten. Hier findet die Sowjetunion ihre „natürlichen Verbündeten". Insofern hat die diplomatische Westoffensive Vietnams nichts Gutes zu bedeuten. Eine neue Runde im Krieg steht bevor.

In unserer nächsten Ausgabe

bringen wir u.a. vier Seiten extra zum 1. Mai. Sie werden auch als Extra-Blatt zum Verteilen auf den Demonstrationen ausgeliefert. Bestellungen hierfür bitte sofort an unseren Vertrieb.

Briten in Falkland-Krise noch immer stur

... aber Schiffe machen weniger Knoten

cof. Eisern hat die Lady das jüngste Papier aus Haigs Koffer zurückgewiesen. Die Begründung: die Inselbewohner würden nicht gefragt, klingt aber schon weniger kraftvoll. Vertraut man den (so oder so) unterrichteten Kreisen, dann scheint sich die argentinische Junta zu flexibler Taktik gezwungen zu sehen. Nachdem sie eine Dreierverwaltung zusammen mit den USA letzte Woche strikt abgelehnt und ebenso strikt erklärt hatte, daß sie niemals auf die Souveränität der „rückeroberten" Malvinen verzichten würde, sieht es jetzt so aus, als wäre ihr unter dem Druck des Countdown angesichts der sich nähernden, auch noch verstärkten, britischen Flotte an einer Übergangsregelung gelegen: Unter der Bedingung, daß die Schiffe umkehren, wird der Abzug der Truppen angeboten zugunsten eines Kondominiums (einer gemeinsamen Verwaltung durch Argentinien und England) auf Zeit, und die Souveränitätsregelung würde weiteren Verhandlungen im Rahmen einer bestimmten Frist vorbehalten.

Mehr kann die britische Regierung kaum erwarten. Daß das so ist, weiß sie auch. Vor der Entscheidung, die Seeschlacht ernsthaft zu riskieren oder das ganze Ozeangedampfe nur als Druckmittel verstanden wissen zu wollen, hat sie erstmal die Geschwindigkeit drosseln lassen und so den Zeitraum für Verhandlungen ausgedehnt. Das hat im Moment jedoch auch ihren Spielraum vergrößert, an gewissen Forderungen festzuhalten.

Nach Berichten der Frankfurter Rundschau erscheinen nun nicht zuletzt die wirklichen Interessen der britischen Bewohner keineswegs so eindeutig, wie man in London – sozusagen als letzte moralische Legitimation, sollten die argentinischen Soldaten tatsächlich abgezogen werden – gerne glauben machen möchte. Da sollen doch einige nicht mal hoffnungslos den engeren Verbindungen mit dem viel näher gelegenen Argentinien entgegenblicken, zumal sie sich bis zum Beginn der Krise vom „Mutterland" abgeschnitten und vernachlässigt fühlten. Überhaupt treten nach dem einhelligen Kriegsgeschrei der ersten Stunde auf allen Seiten differenziertere Interessen hervor. In Englands jüngst noch mehrheitlich so „konstruktiver" Labour-Party regt sich Widerstand. Der stellvertretende Vorsitzende Healey fordert eine UNO-Aufsicht über die Inseln, damit die USA sich endlich voll und ganz an die Seite des Vereinigten Königreichs stellen können. Vielfach wünscht man andererseits, daß die Flotte angehalten wird.

Auch im Land des „Feindes" mischen sich ganz ungewollte Schatten in das „Viva Argentina" der Massen – Transparente etwa mit der gewerkschaftlichen Hauptforderung „Friede, Brot und Arbeit" oder Formulierungen der – vor allem peronistischen – Opposition, die die Souveränitätsansprüche nach außen im Innern genauso ernst genommen wissen will. Riesig ist der Aktionsradius der Junta auch unter wirtschaftlichem Aspekt nicht. Abgesehen von der Wirkung der Sanktionen auf die Zahlungsfähigkeit reißen allein die Kriegsvorbereitungen tiefe Löcher in den Haushalt, die weder durch Rekordernte noch durch Einsparungen im öffentlichen Dienst gestopft werden können.

Neben den Staaten des ansonsten nicht eben einigen Andenpakts (Peru, Ekuador, Kolumbien, Bolivien, Venezuela), die sich als Ersatzabnehmer für sanktionierte Exporte in die EG angeboten und damit eine für diese recht unliebsame Frontstellung bezogen haben, hofft immer noch die Sowjetunion, mit U-Boot, Satellit und anderem Aufklärungswerkzeug ins Geschäft zu kommen. Daß besondere Interessen an den Bodenschätzen und potentiellen Stützpunkten in der Antarktis die Krise *ausgelöst* haben, ist zu bezweifeln. Eine internationale Einigung hierüber wird dafür um so dringlicher.

„Bewährtes braucht nicht geändert zu werden!"

Von Gerd Heinemann

Unter diesem Panier kann man in Bonn und anderswo seit einiger Zeit Kapitalisten, ihre Verbände und Politiker am Werke sehen, eine Neuregelung der Arbeitsschutzvorschriften zu verhindern.

In der Regierungserklärung 1980 hatte Bundeskanzler Schmidt ein neues Arbeitsschutzgesetz angekündigt. Im Juni 1981 legte das Arbeitsministerium einen Referentenentwurf für ein solches Gesetz vor. Vorausgegangen war dem schon ein einmaliger Vorgang: Es kam gegen den Widerstand des Innen- und Wirtschaftsministeriums kein gemeinsamer Entwurf der Bundesregierung zustande. Öffentlich kracht's zum ersten Mal auf dem Kongreß „Arbeitsschutz + Arbeitsmedizin" im Oktober. Ein Dr. Doetsch erklärt für die Kapitalisten „keine Arbeitszeitkorsette!" Prompt erscheint im September ein neuer Entwurf, wesentlich entschärft. Aus der 8 Stundentag-Mußvorschrift wird eine Soll-Regelung und die Höchstarbeitszeit wird von 45 auf 48 Stunden pro Woche erweitert.

Jetzt liegen die ersten Stellungnahmen zu diesem Entwurf vor. „Verfehlt", so lautet das Verdikt unisono aus dem Mund der Kapitalistenverbände. Der Geschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber, Erdmann, erklärt: „Bewährtes braucht nicht geändert werden!"

„Bewährt" habe sich der Arbeitsschutz, denn in den letzten 10 Jahren hätten sich die „angezeigten Unfälle und Berufskrankheiten um 21%, die erstmals entschädigten Fälle um 12% sowie die tödlichen Unfälle und Berufskrankheiten um 23% vermindert. Aber was hat sich „bewährt", wenn der Rückgang seit 5 Jahren stagniert, ja die Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Wegeunfälle sogar wieder zunehmen. So eiskalt kann nur eine Profit-Seele von „Bewährtem" sprechen, bei 4262 im Jahr 1979 tödlich verlaufene Unfälle und Berufskrankheiten. So die amtliche Statistik. Jahr für Jahr steigende Zahlen von Erwerbs- und Berufsunfähigkeits-Renten kommen noch hinzu. Nicht die von der Fließbandarbeit zerstörten Knochen und Gelenke, nicht die von giftigen Lösungsmitteln zerfressene Haut, nicht die verschlissenen Sehnen und Rücken der Typistinnen zählen – allein die Kosten für die Schutzmaßnahmen zählen. So machen die Kapitalisten „Mehrkosten auf vielen Gebieten" aus, von A wie Arbeitszeit über E wie ergonomisch gestaltete Arbeits- und Betriebseinrichtungen und K wie Kostenersatz bei arbeitsmedizinischen Vorsorgemaßnahmen bis W wie Weiterzahlung der Bezüge für Mitglieder des Arbeitsschutzbeirates.

„Bewährtes" stellen sie auch in der Arbeitszeitordnung fest. Das ist pikant, stammt doch die Arbeitszeitordnung (AZO) aus dem Jahre 1938 und 1941 und war speziell auf die Kriegswirtschaft zugeschnitten. Nun ist ja auch der tagtägliche Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt so etwas wie Krieg. Die Arbeiter haben jedenfalls dafür bereitzustehen. 48 Stunden im Normalfall in der Woche, findet der Geschäftsführer der Kapitalisten. „Und an 30 Tagen im Jahr und zahlreichen sonstigen sachlich notwendigen Ausnahmen" noch länger. Jede Einschränkung dieses Rahmens, der ohnehin aus lauter Ausnahmen besteht, stellt „das heutige Verhältnis von gesetzlicher zu tariflicher Arbeitszeit auf den Kopf". Der Referentenentwurf sieht als Höchstarbeitszeit 48 Stunden pro Woche vor, dies Arbeitsvolumen ist nach dem Maß der Kapitalisten, „in mehrfacher Hinsicht unzureichend". Tatsächlich haben sich die tarifvertraglichen Regelungen nicht „bewährt" – für die Arbeiter jedenfalls, wenn sie trotz Tarifvertrag gezwungen werden können, länger als vereinbart zu arbeiten. Ein Gesetz müßte sich darin bewähren, daß endlich einmal die tarifvertraglichen Grenzen des 8-Stunden-Normalarbeitstages eingehalten werden müßten.

Notwendig wäre also ein Gesetz, das die Rechte der Beschäftigten und deren Organe, der Betriebs- und Personalräte verstärkt. Die jetzige Prozedur zeigt, wie jeder Hauch in dieser Richtung beseitigt wird und das Nicht-„Bewährte", das den Arbeiter Nerv, Knochen und Lebenskraft kostet, erneut festgeschrieben wird.

Nicht nur Nachschub für den Krieg in Europa

Vertrag zur Bereitstellung und Sicherung von Nachschub zwischen BRD und USA unterzeichnet

gkr. Am Donnerstag letzter Woche unterzeichneten der Bundesaußenminister und der Botschafter der USA, Burns, in Bonn den Vertrag zur „Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg" (Wartime Host Nation Support). Worum es geht, ist einfach: Die NATO geht davon aus, daß bei einem möglichen Angriff durch die Sowjetunion sie aufgrund ihrer Unterlegenheit in der konventionellen Rüstung innerhalb kurzer Zeit Nachschub, vor allem weitere Kampftruppen, aus den USA heranführen muß. 6 Divisionen sollen gegebenenfalls innerhalb von 10 Tagen in die BRD geflogen werden. Das geht nur, wenn entsprechendes Kriegsmaterial vorher in der BRD eingelagert ist, wenn entsprechende Flugplatzkapazitäten bereitgehalten werden.

Das zu sichern, ist Aufgabe des abgeschlossenen Vertrages. 1,2 Mrd. DM etwa werden notwendig sein, um entsprechende Depots zu schaffen, zur Hälfte von der Bundesregierung zu finanzieren. Bis 1987 soll das Programm abgewickelt sein. Danach werden jährlich 70 Mio. DM von der Bundesregierung allein für die Unterhaltung aufzuwenden sein. Im „Frieden" soll die Bundeswehr 1200 Soldaten und 600 Zivilisten zur Wartung und Bewachung stellen, im Kriegsfall müßte die Zahl der eingesetzten Soldaten durch Reservisten auf 93000 erhöht werden, zusätzlich zu den in den NATO-Planungen schon vorgesehenen einzuziehenden Reservisten.

Sie müßten folgende Aufgaben übernehmen:

– Sicherung von 18 Einrichtungen der US-Luftwaffe durch 12 Jägerkompanien und drei Heimatschutzbataillone;
– Unterstützung des Betriebs von 13 deutschen Flugplätzen durch die personelle Erweiterung bestehender Luftwaffen- und Marineeinheiten um 8617 Mann;
– Instandsetzung von 26 Flugplätzen durch 26 sogenannte ADR-Staffeln.

Daß bei den benötigten Flugplätzen nicht nur militärische gemeint sind, dafür gibt es zumindest mehrere Hinweise. Auch die Studie der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung bestätigt dies. Neben diesen Sicherungsaufgaben kommen aber weitere auf die von der BRD gestellten Unterstützungsverbände zu:

– der Transport von 6800 Tonnen Material und 7000 m^3 Betriebsstoff sowie der Umschlag von 72200 Tonnen Material täglich;
– und keineswegs am unbedeutendsten die Verpflichtung zum Abtransport von maximal 1725 Verwundeten täglich, zur Übernahme von 200 Kriegsgefangenen und zur Dekontamination von 34000 Personen und 2700 Kfz täglich durch 5 ABC-Abwehrbataillone.

Genscher hat bei der Unterzeichnung des Vertrages gleich seinen Kotau vor dem amerikanischen Botschafter gemacht: Das unterzeichnete Abkommen dokumentiere die besondere Verbundenheit der Bundesrepublik mit dem amerikanischen Partner, so hat er erklärt. Und der amerikanische Botschafter konterte, die in dem Abkommen festgelegte deutsche Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte in Krisen- oder Kriegszeiten werde die strategische Luftbrückenanforderungen an die Vereinigten Staaten verringern und damit im Ernstfall mehr Kampftruppen verfügbar machen. Das bezieht sich zwar augenscheinlich erst einmal auf die im langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO (das die Regierungschefs am 31. Mai 1978 beschlossen hatten) geforderte höhere Fähigkeit zu schneller Verstärkung: „Dazu gehören die Vormerkung ziviler Luft-, See- und Landtransportmittel sowie nationaler Infrastruktureinrichtungen für die Verstärkungsaufgabe und das Treffen geeigneter Vorkehrungen für die Koordinierung der Heranführung der Verstärkungen. Ein wesentliches Element ist die Benutzung von bestehenden – wo nötig verbesserten – europäischen Einrichtungen für die Aufnahme und möglichst unverzügliche Weiterleitung von außen kommender Verstärkungen."

Es betrifft aber auch die Einsatzmöglichkeiten der USA außerhalb der NATO, z.B. den Einsatz der „Schnellen Eingreiftruppe" im Nahen Osten. Apel hatte dazu auf der Wehrkundetagung in München erklärt: „Zur militärischen Komponente eines Konzepts für globales Krisenmanagement ist festzustellen: Eine Ausdehnung des NATO-Territoriums kommt nicht in Betracht. Es kann also immer nur darum gehen, daß einzelne Nato-Staaten unter Umständen gemeinsam mit anderen westlichen Staaten, im Interesse aller zusätzliche Aufgaben außerhalb des eigentlichen NATO-Territoriums übernehmen. Daraus folgt dann das Prinzip der Arbeitsteilung im Bündnis.

Wir begrüßen das weltweite Engagement der Vereinigten Staaten von Amerika im Interesse und zum Nutzen des gesamten Westens, Teil dieses Engagements ist die Rapid Deployment Force. Die politische und materielle Auseinandersetzung mit den amerikanischen Vorstellungen über die Rapid Deployment Force muß berücksichtigen, daß der Gesamtkomplex der Maßnahmen, die der Durchsetzung der amerikanischen Globalstrategie dienen sollen, eng mit den Plänen verzahnt ist, die das Bündnis zur Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit innerhalb des NATO-Gebiets beschlossen hat. Man braucht nur an die mögliche Nutzung der Materialdepots in Westeuropa für Einsätze der Rapid Deployment Force zu denken." Man könnte die Unterwerfung unter die strategischen Weltherrschaftspläne der USA kaum deutlicher ausdrücken.

Meinungsumfrage



Erweiterte Aussagegenehmigung für Verfassungsschützer

kvz. Im mittlerweile dritten Prozeß wegen Ermordung von Ulrich Schmücker im Jahre 1974 durch Ilse Schwipper, sie sollen beide zur RAF gehört haben, hat nun der Berliner Innensenator Lummer erneut ein kleines Stück zurückstecken müssen. Die bisherigen Urteile gegen Ilse Schwipper waren immer wieder wegen der Aussageverweigerung für Verfassungsschützer aufgehoben worden. Jetzt hat Lummer seinem Top-Agenten Grünhagen – den er mittlerweile aus dem Außendienst zurückgezogen hat – die Aussagegenehmigung erweitert. Nach wie vor aber rückt der hessische Innenminister die entscheidenden Unterlagen nicht heraus, obwohl bereits ein Verwaltungsgericht ihn dazu verpflichtet hat.

Prozeß gegen S. Hofmann – gegen Völkerrecht

kvz. Noch immer verhandelt in Frankfurt der Staatsschutzsenat gegen Sieglinde Hofmann wegen RAF-Mitgliedschaft und versuchter Entführung „mit leichtfertig verursachter Todesfolge" von Jürgen Ponto – vom Strafmaß her gesehen ebenso schwerwiegend wie die Anklage wegen Mord. Gerade aber wegen Mord o.ä. darf Sieglinde Hofmann aufgrund der Auslieferungsentscheidung – sie wurde in Frankreich festgenommen – nicht angeklagt werden. Die westdeutsche Staatsanwaltschaft wie die Regierung setzen sich nach wie vor, trotz eindeutiger Hinweise der neuen französischen Regierung, über diese Auslieferungsentscheidung hinweg. Auf einer Pressekonferenz in Paris am 19. März wiesen Sprecher der „Liga für Menschenrechte", der Vereinigung für Asylrecht „France Terre d'Asile", der Richtergewerkschaft, der Anwaltsgewerkschaft und der „Vereinigung demokratischer Juristen" enreut auf diese Verletzung des Völkerrechts hin. Die 5 Organisationen haben den französischen Ministerpräsidenten in einem gemeinsamen Brief aufgefordert, durch eine Intervention der französischen Regierung dafür Sorge zu tragen, daß die Anklage gegen Sieglinde Hofmann entsprechend den Bestimmungen beschränkt wird. – Der Prozeß wird derweil demnächst seinen Höhepunkt erreichen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit werden Mitglieder des Senats, ein Vertreter der Bundesanwaltschaft und einer der Vertrauensanwälte von S. Hofmann den vermutlich prozeßentscheidenden „Kronzeugen" Hans-Joachim Dellwo an einem unbekannten Termin und an geheimem Ort vernehmen.

Entscheidung über Polenspende der AL nicht möglich

nia. Westberlin. Um 110000 DM bekommt die Abgeordnetenhaus-Fraktion der Alternativen Liste in diesem Jahr ihre Fraktionszuschüsse gekürzt. Diesen Betrag hatte die Fraktion aus vorhandenen Überschüssen im Dezember für die Unterstützung der polnischen Bevölkerung gespendet. – Die Zuschüsse, die jede Partei für ihre Parlamentsarbeit erhält, sind zweckgebunden und müssen am Ende jeden Jahres abgerechnet werden. Üblicherweise fällt den Parteien allerlei ein, um keinen Pfennig zurückzahlen zu müssen: ... – Nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen war im Westberliner Abgeordnetenhaus einstimmig eine Entschließung verabschiedet worden, in der Solidarität mit dem polnischen Volk bekundet und die Berliner zur materiellen Unterstützung aufgerufen wurden. Dementsprechend sah es die AL-Fraktion als ganz im Sinne des Abgeordnetenhauses an, ihre überschüssigen Fraktionsgelder für Polen zu spenden. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Rebsch (CDU), war jedoch anderer Meinung: Er sah die Polen-Spende als Zweckentfremdung an und verfügte die Kürzung der monatlichen Zuschüsse an die Fraktion um jeweils 20000 DM, bis der Betrag zurückgezahlt sei. Gegen diese Entscheidung erhob die AL Klage beim Verwaltungsgericht. Kurz vor Ostern lehnte es das Verwaltungsgericht jedoch ab, über die Klage überhaupt zu verhandeln. Es handele sich um einen „verfassungsrechtlichen Streit", für den die Westberliner Verwaltungsgerichte nicht zuständig seien. In Westberlin existiert jedoch kein Verfassungsgericht; das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe kann aber aufgrund des besonderen Status von Berlin und der alliierten Vorbehaltsrechte ebenfalls nicht darüber befinden. Damit ist die Entscheidung des Abgeordnetenhauspräsidenten gerichtlich nicht überprüfbar. – Es ist bemerkenswert, wie selbst bei einer scheinbar ganz simplen Frage wie dieser der Status Westberlins sich als Hindernis für die Kontrollierbarkeit und Anfechtbarkeit von Entscheidungen erweist. – Unabhängig davon wirft die ganze Auseinandersetzung ein bezeichnendes Licht auf die Scheinheiligkeit der bürgerlichen Parteien, die erst großartig ihre Solidarität mit Polen bekunden und zum Spenden aufrufen. Jetzt aber wird die AL für ihre Ausgabenpolitik, deren Nützlichkeit niemand bestreiten dürfte – auch Rebsch tut das nicht – praktisch bestraft.

Hungerstreik im Asylantenlager

kvz. Zweimal kurz hintereinander sind Bewohner des Asylantenlagers in Rieden (Bayern) in den Hungerstreik getreten, einmal Anfang März, dann noch einmal über Ostern. Beide Male ging es um die von oben verordnete Gemeinschaftsverpflegung. Über Ostern wurde den Asylsuchenden Essen für vier Tage in Form von Konserven vor die Tür gestellt. Die Bewohner von Sammelunterkünften dürfen sich nicht selbst versorgen, kein Bargeld für Essen bekommen und die Gemeinschaftsküche habe leider über Ostern zugehabt, verteidigte der zuständige Regierungsdirektor das Vorgehen. Die Bewohner hatten aus Protest das Essen genommen und dem Lagerleiter vor die Tür gestellt. „Verhaftungen direkt hat es nicht gegeben, aber es gab ein paar Festnahmen", so der verantwortliche Regierungsdirektor. Die Rädelsführer seien – unter Zwang – in ein Lager in Augsburg verlegt worden. Schon Anfang März wurde „das Problem" durch Verlegen gelöst. Die „Rädelsführer" wurden nach Zirndorf verlegt.

ine · Termine · Term

April

23. **Neustadt/Pfalz.** Das Hambacher Fest – seine Geschichte und seine aktuelle Bedeutung. Jugendpresse Seminar. Bis 25.4.
24. **Frankfurt.** Seminar der Russell-Initiativen, bis 25.4.
    Hanau. BBU-Atommüllkonferenz, bis 25.4.
    Bonn. Innenministerkonferenz
30. Wahlpurgisnacht
    Aachen. Tagung der Pan Europa Jugend, bis 2.5.
    Nürnberg. DGB-Vorabendveranstaltung zum 1. Mai, Meistersingerhalle

Mai

1. **Recklinghausen.** Beginn der Ruhrfestspiele, bis 6.7
2. **Westberlin.** Lateinamerika-Tage '82, bis 23. Mai
5. **BRD.** Vor 27 Jahren wurde die BRD mit Abschluß des NATO-Vertrages „souverän"
7. **Stuttgart.** Zentrale Pressekonferenz des ÖTV-Hauptvorstandes zur Situation der Frauen
8. **o.O.** Demonstration der Türken gegen die Hinrichtung in der Türkei
   Vor 37 Jahren kapitulierte der Hitler-Faschismus

nine · Termine · Te

In der NATO ist der Teufel los

Die NATO in der Krise
Über die Bemühungen der USA, den Krieg in Europa führbar zu machen
Der Vorschlag von McGeorge Bundy, Georg F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith

Von Theo Mehlen

Ein Gespenst geht um in der NATO, genannt Rapallo. 1922 schloß Deutschland in Rapallo mit der Sowjetunion einen Vertrag, in dem u.a. der gegenseitige Verzicht auf Reparationen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart wurden. Zwar hinkt hier wie immer der historische Vergleich zur heutigen Lage. Mit dem Stichwort Rapallo soll aber hingewiesen werden auf die etwaige Gefahr der Spaltung des westlichen Lagers durch sowjetische Diplomatie und einseitiges Vorgehen der BRD. Abwegig ist das ganze überhaupt nicht.

Für die Sowjetunion ist die Spaltung der NATO essentiell für ihre imperialistischen Ziele. Der Krieg *um* Europa wird nicht stattfinden im Sinn einer Kolonisierung. Ein realistisches Ziel für die SU kann hier zunächst nur die Steigerung der politischen Einflußnahme bis hin zur Brechung der politischen Vormachtstellung der USA sein. Die eigentlichen Ziele der SU liegen in der Dritten Welt und sind hier am ehesten vergleichbar mit dem alten Kolonialismus. Weil die SU ökonomisch zu schwach ist, kann sie ihr Wirtschaftsgebiet nur ausdehnen bei Monopolisierung gegenüber dem Kapitalismus. Selbstredend sind ihre ökonomischen Triebkräfte vom Kapitalismus verschieden, also auch ihr Kolonialsystem. Nicht von der Hand zu weisen sind dabei folgende militär-strategische Nah- und Fernziele:

– weiterer Vorstoß im mittleren Osten nach Belutschistan;
– Erweiterung des Einflusses auf Nordjemen und Oman, womit der indische Ozean beherrschbar würde;
– Besetzung der vakanten Supermachtposition im Iran;
– weitere Positionsgewinne vor allem im südlichen Afrika, in Südostasien und in Mittelamerika.

Eine derartige Ausdehnung des sowjetischen Einflusses und die Etablierung eines Kolonialismus Marke Äthiopien, Angola usw. ist nur in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Ländern durchsetzbar, will man einmal von den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt absehen. Global einsatzfähig sind nur die USA, die ihrerseits nur in einer militärischen und ökonomischen Arbeitsteilung mit Westeuropa gewinnen können. Der Kampf um die Dritte Welt wird also von den beiden Supermächten aus gesehen darüber entschieden, ob es der SU gelingt, Westeuropa zumindest soweit politisch oder militärisch zu beeinflussen, daß es für den Krieg handlungsunfähig bleibt. Der Eckstein ist hierbei die BRD. Hier wühlt die SU und hat auch schon Tatsachen geschaffen.

Nach dem II. Weltkrieg ist es der SU nach und nach gelungen, bei den atomaren interkontinentalen Waffen mit den USA gleichzuziehen. Damit wurde die NATO-Strategie der massiven Vergeltung hinfällig. Denn es war kaum noch glaubwürdig, daß die USA bei einem begrenzten Schlag in Westeuropa, in verschiedenen „Szenarios" z.B. die Besetzung Hamburgs, ihrerseits massiv die interkontinentalen Atomraketen losschicken und sich damit selber der Vernichtung durch sowjetische Atomraketen aussetzen würden. Diese Strategie wurde also ersetzt durch „flexible response", flexible Erwiderung, die beinhaltet, daß bei einem Angriff der SU in Europa die USA abgestuft zunächst mit taktischen Atomwaffen reagieren. Dieser Einsatz soll dann Stufe um Stufe eskalieren bis die SU sich zurückzieht. Diese Strategie beinhaltet sowohl den Ersteinsatz atomarer Waffen von Seiten der USA wie auch Eskalation bis hin zum Einsatz der interkontinentalen Waffen.

Zwar ist bis heute die SU-Doktrin die massive Vegeltung. Diese Propaganda entspricht aber keineswegs ihrer tatsächlichen Aufrüstung. Während sie mit den USA im SALT-Vertrag die Waffengleichheit bei strategischen Atomwaffen bekundete, ging die SU gleichzeitig daran, mit den SS 20 ihre Bestände an Mittelstreckenraketen entscheidend qualitativ zu heben. Wenn die SU wirklich von einer massiven Vergeltung ausginge, wäre die Bestückung mit SS 20 unsinnig. Die SS 20 sind nämlich gegenüber den alten SS 4 und SS 5 zu Erstschlagaktionen wie zu besonderen gezielten und beschränkten Aktionen fähig. Für eine massive Vergeltung würden die alten Raketen ausreichen. Also geht auch die SU von einer flexiblen Erwiderung, oder besser: einem flexiblen Angriff, aus.

Damit kam Westeuropa in eine schwierige Lage und konnte die SU ihren Druck auf die BRD verstärken. Vor allem aber geriet die ganze NATO-Doktrin ins Wanken. Die SU ist in Europa konventionell überlegen. Dies wurde durch nukleare Aufrüstung von seiten der NATO wettgemacht. Gleichzeitig bestand immer die Drohung, daß jeder Angriff von seiten der SU zur auch die SU bedrohenden nuklearen Eskalation gerät. Mit der SS 20 ist die Sowjetunion nun in der Lage, die atomare Überlegenheit der NATO in Europa zu unterlaufen und ihre konventionelle Stärke auszuspielen. Von der NATO-Doktrin der flexiblen Erwiderung bleibt bei einem Einsatz der SS 20 kaum noch etwas übrig, sondern stünde sehr schnell die Frage: Werden die USA ihre interkontinentalen Atomraketen einsetzen, um die SU zurückzuschlagen? Soweit es sich um bestimmte begrenzte Schläge handelt, um z.B. die BRD gefügig zu machen, ist das kaum anzunehmen, weil die USA sich damit der eigenen Vernichtung aussetzen würden. Hier würde dann also gar keine echte Drohung gegenüber der SU bestehen. Die eigentliche Drohung wäre hier die Unkalkulierbarkeit des Risikos, daß sich dieser begrenzte Atomschlag letztlich nicht mehr begrenzen läßt. Aber eine glaubwürdige Garantie durch die USA liegt nicht mehr vor.

Die NATO-Triade war also gestört. Das heißt der stufenweise Einsatz von konventionellen Waffen, taktischen und schließlich strategischen Atomwaffen. Um dieses Band wieder zu knüpfen, ging Helmut Schmidt daran, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa durchzusetzen. Die USA sollten an die Verteidigung der BRD gebunden und es sollte verhindert werden, daß die USA eventuell einem sowjetischen Angriff auf die BRD zusehen, ohne ihre strategischen Kernwaffen einzusetzen. Zum einen sollten dabei die Mittelstreckenraketen so bemessen sein, daß sie einen begrenzten Schlag der SU verhindern können. Auf der anderen Seiten sollten es aber auch wieder nicht so viele Raketen sein, daß Westeuropa gänzlich in die Lage käme, sich mit amerikanischer Hilfe alleine zu verteidigen. Denn dann wären die USA nicht mehr an eine Einsatzgarantie ihrer Langstreckenwaffen gebunden und ein atomarer Krieg in Westeuropa unter Einschluß der Vernichtung der BRD für die SU führbar, ohne mit der eigenen Vernichtung rechnen zu müssen. Aus demselben Grund sollte die Befehlsgewalt über die Raketen bei den USA bleiben und nicht an die BRD gehen. Für Schmidt ging es also im wesentlichen um eine Stationierung, welche diejenigen begrenzten Schläge beantworten kann, bei denen ein interkontinentales Eingreifen der USA sowieso unglaubwürdig wäre.

Demgegenüber wird diese Geschichte von den USA ganz anders aufgegriffen. Die USA haben ganz andere Interessen. Ihnen ist daran gelegen, daß sich Westeuropa unter ihrer Hilfe und Führung alleine verteidigen kann, so daß sie nicht in die Gefahr der eigenen Vernichtung geraten. Es geht also für sie um die Führbarkeit eines Krieges in Europa. Reagan hat hinausposaunt, er könne sich einen begrenzten atomaren Krieg in Europa vorstellen. Das ist die gegenwärtige Strategie. Die Mittelstreckenwaffen sollen soweit ausgebaut werden, daß sie zur alleinigen Verteidigung Westeuropas dienen. Das alleine wäre aber zuwenig. Wenn Egon Bahr die Stationierung der Neutronenbombe als Perversion des Denkens bezeichnete, dann weniger aus moralischer Entrüstung, als vielmehr deswegen, weil die Neutronenwaffe ein gewisser Knackpunkt im Ziel der USA ist, einen atomaren Krieg in Westeuropa führbar zu machen. Das ist für Westdeutschland nicht akzeptabel, weil es die Vernichtung des Lands beinhaltet.





Aufgrund der sich verschärfenden Krise in der NATO, die vor allem aus dem Interessenwiderspruch zwischen USA und BRD entspringt, müssen sich die USA früher oder später etwas zur Stabilisierung der NATO einfallen lassen.

Eine der Initiativen in den USA ist die „Freeze-Bewegung", deren Forderung von Senator Kennedy aufgegriffen wurde. Es wird ein Moratorium bei der Produktion und Stationierung von Atomwaffen in den USA und der SU verlangt. Diese Bewegung basiert auf der Gefahr, die die Planungen Reagans für die USA selber bringen. Denn bei allen Versuchen, einen Krieg in Europa begrenzt zu halten, kann natürlich Reagan keine Garantie für die Verhinderung der Eskalation eines atomaren Krieges auch auf US-Territorium geben. Die Forderung der Freeze-Bewegung ist auch vom Standpunkt der US-Bourgeoisie nicht unbedingt unrealistisch. Ein Einfrieren würde zunächst an der bestehenden Abschreckung in Europa nichts ändern, soweit die USA ihre Option des sofortigen Einsatzes interkontinentaler Atomwaffen beibehalten. Geld würde so auch gespart, 20 Mrd. $, vorerst jedenfalls. Allerdings würde dieses Moratorium die beschriebenen Widersprüche in der NATO wie die Glaubwürdigkeit der NATO-Doktrin nicht positiv lösen. Die Führbarkeit eines Krieges in Europa bliebe für die USA offen. Wie aber soll der Krieg führbar gemacht werden, wenn nicht auf Reagansche Art? Eine Alternative sowohl innerhalb der NATO wie auch gegenüber den Friedensbewegungen in den USA und Europa könnte letztlich nur dann durchsetzbar sein, wenn sie nicht zur atomaren Konfrontation zwischen den beiden Supermächten führt. Hier greifen nun die Vorschläge von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith ein.

Sie weisen darauf hin, daß mit der traditionellen Doktrin Reagans der Zusammenhalt der NATO gefährdet und die Sicherheit bedroht wird. Vor allem gehen sie davon aus, daß ein nuklearer Krieg in Europa nicht begrenzbar sei. Sie schlagen deshalb einen Verzicht des Ersteinsatzes von Atomwaffen vor, also eine Änderung der geltenden NATO-Doktrin. Dies fordert auch die SU. Das stört die vier aber nicht, denn: erstens würde damit das Verhältnis der USA zur BRD nicht grundlegend geändert, sondern nur neu definiert. Die Garantie der USA würde bestehen bleiben, interkontinental zurückzuschlagen, wenn ein Ersteinsatz von Atomwaffen von seiten der SU erfolgt. Zweitens wäre dieser Vorschlag nur dann realistisch, wenn die NATO gleichzeitig zusehen würde, die konventionellen Streitkräfte in Europa so zu verstärken, daß ein konventioneller Angriff der SU keine Chance hätte. Das ist eine Forderung, die sich auch öfters bei Wörner und Biedenkopf hören läßt. Was aber tun, wenn die SU bei einem konventionellen Angriff kurz vor dem entscheidenden Durchbruch steht? Die Autoren meinen, daß man natürlich bei keiner der beiden Seiten letztlich einen atomaren Erstschlag ausschließen könne, erst recht, wenn die eigene Existenz auf dem Spiel stünde. Die Option eines womöglichen „Verzichts auf *frühzeitigen* Ersteinsatz" sei aber nicht akzeptabel, weil das nicht zu einer Verminderung der Ängste in NATO und Friedensbewegungen führen würde. Ausweg sei und bleibe eben die konventionelle Aufrüstung.

Die Vorteile wären, laut Autoren: Die Atomwaffen wären im gegenwärtigen Umfang nicht mehr notwendig. Sie müßten auch nicht für Erstschlageinsätze hochgezüchtet werden. Auf die Stationierung der Mittelstreckenraketen wollen die Autoren sich nicht festlegen. Die Entscheidung solle letztlich Westeuropa selber treffen. Jedenfalls seien sie eventuell gar nicht unbedingt notwendig. Ein konventioneller Schlag würde unwahrscheinlicher, weil die NATO dann konventionell stärker sei, während vorher bei einem begrenzten Schlag der SU ja nicht unbedingt ausgemacht war, ob atomare Gegenschläge der USA auch wirklich erfolgen. Der politische Zusammenschluß der NATO würde größer, anstatt daß durch die Abhängigkeit von atomaren Waffen die Destabilisierung der NATO herbeigeführt wird. Die Entspannung mit der SU könnte leichter fallen, Abrüstungsvorschläge könnten leichter durchsetzbar sein.

Nachteile wären die Kosten. Die vier rechnen mit einem jährlichen Wachstum der Militärhaushalte um 4%. Wenn man bedenkt, welcher Streit schon um die 3%-Steigerungen geführt wurde, ist von dieser Seite des Vorschlags Skepsis über die Bereitschaft der NATO-Länder am Platz. Weiterhin ist das Argument auch nicht einfach von der Hand zu weisen, daß dennoch atomare Erstschläge nicht auszuschließen sind und daß eventuell der Kriegsbeginn sogar wegen der zeitweiligen konventionellen Garantie gefördert würde.

Lafontaine hat auf dem Ostermarsch gesagt, diesem Vorschlag müsse man unbedingt zustimmen. Karsten Voigt hat demgegenüber im „Vorwärts" vertreten, daß dem nicht zugestimmt werden könne, weil die USA damit von einer Verteidigung Europas abgekoppelt werden würden. Das Problem ist nur, daß die USA sowieso dabei sind, sich hiervon, was ihre interkontinentale Option betrifft, abzukoppeln, indem sie unter Reagan versuchen, den atomaren Krieg begrenzbar und führbar zu machen. So oder so steht die NATO vor dem Scheideweg, ob sie die Führbarkeit des europäischen Krieges vor allem auf atomare Bewaffnung gründen will, vor allem unter den Gesichtspunkten der Kosten wie der Hoffnung auf absolute Abschreckung naheliegend, oder ob sie dies auf konventionelle Aufrüstung stützen will. Egal wie hier die Entscheidung fällt, wird schon deutlich, daß damit die Strategie der SPD zur „Kriegsverhinderung" endgültig den Bach runtergeht, weil sie mit der interkontinentalen atomaren Abkoppelung der USA steht und fällt. Daher ist ihre Ablehnung verständlich. Sie kann die Strategie der USA aber nicht verhindern.

Für die Völker in Europa kann die Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten der NATO-Strategie nicht mit der Wahl zwischen Pest und Cholera verglichen werden. Die *Form* eines Krieges in Europa kann niemandem gleichgültig sein. Aufgrund des Vorschlages der vier wäre sogar eine atomwaffenfreie Zone in Europa denkbar, denn für Abschreckung durch Zweitschlag würden z.B. seegestützte Atomwaffen reichen. Aber allemal handelt es sich jeweils um eine Modifizierung der Form des Krieges, wobei die totale Verwüstung der BRD durch konventionellen Krieg nicht ausgeschlossen und die wirkliche Beschränkung auf konventionelle Kriegsführung nicht garantiert ist. Für die Friedensbewegung kann es nicht allein um die Verhinderung atomarer Einsätze allein gehen, sondern um eine Strategie zur Verhinderung des Krieges überhaupt. Darum geht es aber weder dem Kennedy noch den vier Strategen aus den USA. Darum ging es vielleicht schon eher der SPD mit ihrer Strategie. Dieses Konzept kann aber endgültig als gescheitert angesehen werden. Der Versuch zur Stabilisierung der NATO durch den Vorschlag von McGeorge Bundy&Co. ist nicht abwegig. Durchsetzbar wäre er nur durch den Sturz Reagans.

Verfassungsbeschwerde gegen Giftgaslager

kvz. Am Dienstag vergangener Woche kündigte der rheinland-pfälzische DGB-Vorsitzende Lehlbach an, er werde jetzt eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einreichen, um den Abtransport des in der Pfalz gelagerten Giftgases der USA zu erreichen. Alle anderen Möglichkeiten, die er bisher genutzt habe, so zuletzt ein Brief an den Bundeskanzler, seien mittlerweile erschöpft. In der Westpfalz sollen 2000 Tonnen Nervengasmunition gelagert sein, eine Menge, die ausreicht, Milliarden von Menschen zu töten. Unter Hinweis auf Geheimhaltungsvorschriften wurden diese Angaben bisher weder bestätigt noch dementiert.

Dokumentation
Zum Giftgaslager in Fischbach und dem, was dagegen gemacht wurde, den Rechtsgrundlagen (vor allem Truppenstatut und Zusatzabkommen) für die Lagerung, sowie völkerrechtliche Vereinbarungen über ABC-Waffen etc.
Preis: 5 DM Vorauszahlung, Bestellungen bei Sven Röser, Winzlerstr. 165a, 6780 Pirmasens

Leserbriefe

Klein-Gerd, Klein-Fritz und Klein-Frieda? Lieber selbst scheiteln!

betr.: Unlust in KVZ 15/82, S. 4

1. Urschrei-Erlebnis und Identitätsfindung. Das Urschrei-Erlebnis, das einige Bundesleitungsmitglieder und in Personalunion Redaktionsmitglieder nun öffentlich auszubringen sich genötigt sehen, hatten andere einfache Mitglieder ja schon während der Delegiertenkonferenz im Herbst 1980 oder z.B. anläßlich der hiesigen Silvesterfeier 1980/81. Es drückt sich aus im öffentlichen Infragestellen der (KBW)-gesellschaftlichen Normen. Nachdem man jahrelang nicht Gerd, Fritz, Frieda usw. war, sondern „KBW“, „Marxist“, „Marxist-Leninist“ war und die Erkenntnis der Wirklichkeit nicht als Erkenntnis, sondern als Wiederkäuen und Zitieren erlebte, ist man nun wieder Gerd, Fritz, Frieda usw.

2. Wer war Hephästos? Im Bild unseres Titelhelden ist gerade noch zu erahnen, woraus Keile und Ketten bestanden haben müssen: aus „Marxismus-Leninismus“ und KBW-Programm. Wer aber spielte den Hephästos, dessen Keile den Prometheus an den Felsen schmiedeten? Eine Person? Oder gar eine Ansammlung von Personen? Oder schlummert hier im Verborgenen der Vaterkonflikt (Ödipus) eines anderen Teils der griechischen Mythologie? Wer hat den Titelhelden in die Rolle gezwungen? Von wem oder was muß er sich befreien? War es nicht vielleicht auch unsere Widerspiegelung der Wirklichkeit, welche uns den „Durchbruch“ der Jahre 1977 f. in den Bereich des Denkbaren rücken ließ?

3. Das schwarze Loch. Dies scheint mir per Verdrängung im Kopf des Autors entstanden zu sein. Nicht, daß ich ihm übersehene Lichtblicke vorwerfen wollte, sondern, daß er schier nichts mehr sieht. Der KBW vor 1980! Darüber konnte man ja nun fast zwei Jahre lang kopfschütteln und spotten. Nun sollte der findige Geist langsam ans Verste-

sollte der findige Geist langsam ans Verste-hen gehen.

Die berühmten Extratouren! Die penetrante Weiterführung der Volksentscheidskampagne von 1975 gegen den §218, deren spottenden Widerhall man noch heute in jedem Uni-Klo mit der Parole „Weg mit dem Volk, der KBW soll entscheiden“ findet – vielleicht von denselben geschrieben, die 1981 die Volksentscheidskampagne gegen die Startbahn West mit anzettelten. Die SRK-Ausflüge zu den Besatzerstandorten – wohin auch mancher Ostermarsch 1982 führte. Die Spezialisierung auf die staatlichen Transferleistungen (soziales Netz) – zu geringe Spezialisierung auf diesem Gebiet wußten erst jüngst Vertreter der SOST auf einer Veranstaltung in Frankfurt zu beklagen. Revolutionäre Blocks und Kundgebungen am 1. Mai – ich hatte diese Woche Gelegenheit, Aktionseinheitsverhandlungen zu einer ähnlichen Veranstaltung unter „alternativen“ Vorzeichen beizuwohnen. Die Fehleinschätzungen der Kräfteverhältnisse und des Verlaufs der Krise, welche laut ZK-Resolution vom Januar 1976 „zur Gründung der Partei führen“ sollte – war mit dem damals festgestellten „Neuaufschwung der Massenbewegung“ nicht eine reale Erscheinung, die uns heute als Basisbewegung ausgeprägt gegenübertritt, erfaßt und nur die Reaktion darauf falsch bestimmt?

Das KBW-Programm und seine Forderungen! Was Friedensvertrag, Abzug der Besatzertruppen und Auflösung von NATO und Warschauer Pakt angeht, mag es heute andere geben, die dies formelhafter und vehementer vertreten. Die sonstigen demokratischen Forderungen und die Vorstellungen der Rätedemokratie – wer genauer hinschaut, findet die Grundgedanken in der Basisdemokratie wieder (übrigens eher als beim Parlamentarismus). Die Arbeiterforderungen finden sich mit einigen Ausnahmen im Wirtschaftsprogramm der GRÜNEN.

Ich will uns hier nicht in geschichtsklitternder Art und Weise als klug vorausschaunde Avantgarde darstellen – oft genug standen wir da wie der Rufer in der Wüste oder der Leichenwagen im Karnevalszug –, sondern als Reagierende auf die Wirklichkeit, wo wir bloß mit unseren Reaktionen in Zeit und Raum halt etwas schief lagen.

4. Anleitung und Distanz. Die „von oben geleitete Korrektur und Anpassung“ – hat man nicht vor den Schmiererschen Artikeln bereits gemerkt, daß an „Marxismus-Leninismus“ und „Parteikonzeption“ etwas faul ist? Hat man nicht einen kollektiven (Entschuldigung!) Denk- und Lernprozeß mitgemacht, deren Ausdruck solche Artikel schließlich wurden? Nun will man die Dinge aus der Distanz beobachten – Distanz in welcher Richtung? Südseeinsel oder Elfenbeinturm? Hoffentlich in der „heutigen Gesellschaft“ (Gewerkschaften, BIs usw.)?! Mit welchen Erfahrungen will man dort arbeiten und „betrachten“? Doch nicht als Klein-Gerd, Klein-Fritz, Klein-Frieda – wie ein Neugeborenes?! 10 oder 15 Jahre politischer Arbeit kann man doch in ihrem Erfahrungs- und Kenntnisgehalt nicht einfach auslöschen oder in einen Container packen und auf den Sperrmüll schicken, man muß sie verarbeiten (Stichwort: Recycling)!

5. Terminierung des Schöpfungsakts. Die Koenenschen „Lesehinweise“ stellen weiß Gott ein lebendiges Stück lebendiger Wirklichkeit dar. Wie seinem ersten Absatz bereits zu entnehmen war, ist ja das Denkverbot mittlerweile abgeschafft. Was hindert also daran, die angeführten Streiflichter in einer Analyse fortzuführen? Es war doch wohl nicht G.K.s Absicht, Negt/Kluges Ansichten per se zu akzeptieren? „Als wirklicher Gegenstand ist auch die kapitalistische Ökonomie in alle Lebens-, Kultur- und Fortpflanzungsverhältnisse integriert.“ – Sollte damit die Frage bereits beantwortet sein, ob die Formen der Aneignung der Natur durch den Menschen und die Verhältnisse, die der Mensch zu diesem Zweck eingeht – die Ökonomie –, bestimmendes Verhältnis für manches andere Verhältnis ist?

Nachdem G.K. die „Marxisten“ vermanscht hat, bleibt die Frage: Was ist mit Marx? War er auch schon so ein „Marxist“? Dachte er auch schon eng schematisch? Oder hat er nicht vielleicht versucht, die Wirklichkeit in allen ihren Erscheinungen zu erfassen und sich seinen Reim darauf zu machen? Versucht, die Wirklichkeit systematisch zu erklären und zu verändern? Ist das auch unsere Absicht, unser Ansatz? Können wir an den Erklärungs- und Veränderungsversuchen von Marx, den „Marxisten“ und des KBW kritisch anknüpfen? Oder liegt der Schöpfungsakt der heutigen Wirklichkeit zwischen 1980 und 1982?

6. Basisbewegung, Parteibildung und poli- Wirklichkeit zwischen 1980 und 1982?

6. Basisbewegung, Parteibildung und politische Strömung. Die Vorstellungen der Basisbewegung von der Weiterentwicklung der heutigen Gesellschaft stellen sich in gewisser Hinsicht als radikale Entgegensetzung zum heutigen Gesellschaftstypus dar. Ist es nicht vielleicht eine Aufgabe von – nicht mehr unbedarften – Menschen, dies zu erklären und Durchsetzungsmöglichkeiten für die Bewegung aus den Widersprüchen der heutigen Gesellschaft abzuleiten? An dem von G.K. skizzierten „Parteibildungsprozeß“ der Basisbewegung nehmen wir (hoffentlich!) Anteil – warum sollten wir dies nicht kollektiv in Reflexion auf unsere eigenen Erfahrungen tun? Einstweilen stellen wir in diesem Prozeß eine bestimmte Strömung dar (nach meiner persönlichen Erfahrungen jedenfalls, nicht einfach per Definition), die ihren einmal herausgebildeten Diskussionszusammenhang wahrt zum Zwecke der Erklärung der politischen Vorgänge und zum politisch verändernden Handeln (dies scheint als Bedürfnis auch G.K. einleuchtend).

Welchen positiven Zweck soll dann eine „Auflösung“ haben – wenn schon nicht als Erlebnis befreienden politisch-ideologischen Vatermords? Zusammenarbeit und Arbeitsteilung, theoretisch wie praktisch, auf den Ebenen Stadtteil und Betrieb, auf Ortsebene und Bundesebene, Reflexion der eigenen Tätigkeit auf eine relativ gemeinsame Geschichts- und Gesellschaftsvorstellung – daß dies als Bedürfnis in dieser Strömung gegeben ist, sehe ich als empirischen Fakt an (wie nach meinem Eindruck auch G.K.). Identität hat diese Organisation meiner Meinung nach auch ohne größeren Definitionsakt. Wer Gefühle und Blick für diese Identität verloren hat, muß sie eben suchen – vielleicht auch anderswo. (Ich für meinen Teil hätte keine Bedenken, mich mit G.K. „in der Zusammensetzung, zu dem Thema, so häufig wie ihr es wollt und braucht“ zu treffen.) Die Wirklichkeit stellt im übrigen m.E. andere Erkenntnisprobleme als „Selbstverständnis des KBW und/oder Auflösung“. Ich empfehle allen, sich weiterhin selbst zu scheiteln.

H.S., Frankfurt

Werbung für „rote Nazis“?

Zur Anzeige für „wir selbst – Zeitschrift für Nationale Identität“ in KVZ Nr. 8, Seite 4

Am 26.2. veröffentlichte die KVZ kommentarlos und bisher unkritisiert eine Anzeige einer zur Neuen Rechten gezählten Gruppierung. Dies ist ein skandalöser Vorfall, den man nicht einfach zu den Akten legen kann; gerade in einer Situation, wo eine „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ bei der kürzlichen Kommunalwahl 3,8% der Stimmen erhielt und Neo-Nazis z.B. gerade in Hamburg zunehmend in Schlägertrupps auftreten, um Kino- und Kneipenbesucher zu terrorisieren.

Sollte die KVZ-Redaktion ahnungslos von der „Zeitschrift für Nationale Identität“ hereingelegt worden sein? Die in der

von der „Zeitschrift für Nationale Identität“ hereingelegt worden sein? Die in der Anzeige angekündigten Themen enthalten u.a. „Multis in Deutschland“, „Für eine Friedenspolitik rev. Blockfreiheit“, „Solidarität mit Solidarność“. Wie auch in der KVZ letztes Jahr anhand von Dokumenten der Neuen Rechten verdeutlicht, ist es in diesen Kreisen üblich, sich mit Forderungen gegen beide Supermächte und z.B. mit „Atomkraft nein danke“ zu schmücken. Man stellt sich als Redaktion schon ein politisches Armutszeugnis aus, wenn man sich den genaueren Inhalt solch einer Zeitung nicht vorher ansieht.

Der „STERN“ vom 4.3. stellt „wir selbst“ in Verbindung mit dem Stuttgarter Dozenten Eichberg, einen der führenden Ideologen der nationalen Sozialisten in der BRD, der auch schon in „Befreiung“, „Pflasterstrand“, „päd.extra“ und anderen linken Zeitschriften Artikel unterbringen konnte. Zur Annäherung von Links und Rechts heißt es in „wir selbst“: „Die Berührungsängste zwischen Nationalrevolutionären und undogmatischen Kommunisten und Sozialisten scheinen heute bereits teilweise überwunden. Nationalisten haben erkannt, daß das Fehlen sozialistischer Postulate den Terminus Nationalismus zu einer leeren Worthülse macht. Kommunisten begreifen, daß ein Sozialismus ohne nationales Selbstverständnis zum internationalistischen Mythos ohne Substanz degeneriert.“

Ich empfinde es mehr als angebracht, daß der KBW das Lob der überwundenen Berührungsängste zurückweist und daß in der KVZ die Neue Rechte kritisiert wird.

Der o.g. „STERN“ (wie auch einige Linke) legt die Schlußfolgerung nah, daß die Beschäftigung mit der nationalen Frage an sich rechts ist: Leute, die sich gegen die Bevormundung durch die Supermächte aussprechen wie Böll, Bahro, Heinrich Albertz werden als „neue Nachbarschaft“ der Rechten diffamiert. Wenn Linke wie Wolf Biermann Solidarität mit dem Kampf der Solidarność üben (der als „selbstmörderischer Volkswiderstand“ verleumdet wird), gehen sie natürlich auch in die gleiche Richtung wie die Reaktionäre.

Die Anzeige für „wir selbst“ in der KVZ ist natürlich auch nicht weiter verwunderlich, wenn man die Auffassungen von Schmierer und Koenen gelesen hat, hört man aus den Reihen des BWK. Gerade daß der „SPIEGEL“ neulich dem BWK eine Zusammenarbeit mit Neofaschisten in Osnabrück angedichtet hat, spricht eher dafür, daß es diesen Teilen der bürgerlichen Presse darum geht, gegen Linke und Rechte gleichermaßen vorzugehen. Nicht umsonst heißt der „STERN“-Artikel „Die roten Nazis“.

Zu der Anzeige in KVZ Nr. 8 sollten in der KVZ folgende Fragen beantwortet werden:

– Wie wird allgemein mit Anzeigen verfahren?

– Wir kam es zu dieser Anzeige im Einzelnen? Handelt es sich um eine Austauschanzeige?

– Welche Konsequenzen werden aus diesem Vorfall gezogen?

M.H., Hamburg (25.3.1982)

Hierzu merken wir an:

Zunächst zu den Fragen im einzelnen. Im allgemeinen werden Anzeigen abgedruckt, die, soweit sie kommerziell im weiteren Sinne sind, bezahlt werden. Zu der Anzeige im einzelnen kam es durch einen entsprechen-

ne sind, bezahlt werden. Zu der Anzeige im

einzelnen kam es durch einen entsprechenden Auftrag an den Verlag. Eine Beratung darüber hat nicht stattgefunden. Um eine Austauschanzeige handelt es sich nicht und es gibt auch keine Vereinbarung über einen Austausch. Konsequenzen sind wohl zweierlei notwendig. Erstens, daß Anzeigenaufträge künftig formell behandelt werden; zweitens, daß man sich nach Möglichkeit mal genauer mit dieser speziellen politischen Strömung befaßt.

Dennoch, für einen Skandal halten wir die Sache nicht. Sie wird es auch dann nicht, wenn man den Bogen schlägt zu organisierter Ausländerhetze oder nazistischen Schlägertrupps. Bekanntlich versucht die KVZ, soweit das in unseren Möglichkeiten liegt, solchen Strömungen zu begegnen; und auch in der Anzeige oder in der angezeigten Zeitschrift wird zu solchen Aktionen nicht aufgerufen.

Auch ohne genauere Untersuchung ist doch soviel offensichtlich, daß es sich bei „wir selbst“ um eine reichlich schillernde Strömung handelt, bestimmt ungeeignet zur Scheidung nach Gut und Böse. Du selbst weist ganz richtig auf die trüben, reaktionären Absichten hin, die der „Stern“ mit seiner sensationell aufgemachten Enthüllungsgeschichte verfolgt. Jedenfalls wird eine Zuordnung nach Stammbaum allenfalls jenen ausreichend sein, für die Politik sowieso nur eine besondere Form der Geheimbündelei und des Betrugs ist. Daß einige Leute vom BWK dies so sehen, ist verständlich.

Auch andere hatten ja schon ihren Krach um die genannte Zeitschrift oder ihre Autoren. Etwas ausführlicher hat sich Peter Dudek, Verfasser des derzeit fundiertesten Buches über die Rechtspresse, in „links“ vom März 1982 mit jener Sorte von Strömung befaßt. Für ihn ist „wir selbst“ und noch zwei ähnliche Zeitschriften „politisch in einem links-rechts Kontinuum schwer einzubringen“, sie hätten „am stärksten den Bruch mit dem traditionellen Rechtsextremismus vollzogen“. Und zu „wir selbst“: „Deutlich wird an dieser nationalrevolutionären Selbstverständigungspolitik, daß sie von linken Konzeptionen der Friedenspolitik so weit nicht entfernt liegt. So wundert es nicht, wenn die taz-Diskussion vom Sommer 1981 ebenso wie die von P. Brandt und H. Ammon herausgegebene Dokumentation ‚Die Linke und die nationale Frage‘ in ‚wir selbst‘ auf breite Resonanz und Zustimmung stößt.“ Mit Enthüllungsgeschichten à la „Stern“ oder „rote blätter“ also läßt sich dem Problem offenbar nicht begegnen. Auch wenn man selbst mit „nationaler Identität“ und ähnlichen Bekenntnissen absolut nichts am Hut hat.

Neu im Vertriebsprogramm

☐ **Walter Mehring, Gesammelte Schriften**
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie – Band 1: Von der Julirevolution bis zum peußischen Verfassungsstreit 1830 bis 1863 – Band 2: Von Lassalles „offenem Antwortschreiben“ bis zum Erfurter Programm 1863 bis 1891 – Die beiden Bände werden nur zusammen verkauft
Geb./1534 S./Best.-Nr. 0321/17,00 DM

BUCHVERTRIEB HAGER GmbH
Postfach 111162, 6000 Frankfurt 11

Obskures über die Jugend

Zu den Artikeln von B. Peters „Jugendkultur als Widerstand“ KVZ 4, 7 und 10/82

Als der erste Artikel dieser Serie, der die Versuche englischer Marxisten widergab, Kultur als Klassenprodukt zu untersuchen, mit den Fragen endete:

„Folgt die kulturelle Produktion, die Entwicklung des soziokulturellen Systems, bestimmten Gesetzmäßigkeiten; in welchem Verhältnis stehen diese zu den Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der ökonomischen Produktionsverhältnisse? Sind in einem Land wie der BRD „Stammkulturen“ der Arbeiterklasse ausmachbar, und sind die Subkulturen und Gegenkulturen ebenso eindeutig voneinander abgrenzbar und der Arbeiterjugend bzw. den „Mittelschichten“ zuzuordnen? Welche Rolle spielen die Jugendindustrien? Vor allem: Welches Widerstandspotential enthalten Subkulturen und Gegenkulturen, welche Ansätze einer kulturellen und gesellschaftlichen Umwälzung?“, freute ich mich noch auf das „wird fortgesetzt“.

Nach Folge II und III bin ich bestenfalls davon überzeugt, daß ich die Shell-Studie 81 etwas griffiger aufbereitet im STERN hätte lesen können, die Beantwortung der o.g. Fragen haben sie aber nicht gebracht. Ich kaufe mir die KVZ nicht, um eine säuberliche soziologische Zuordnung von Jugendbewegung, -stilen und -kulturen zu „Arbeiterfamilien“, „Mittelschichten“, zu Schulabschlüssen und Groß- und Kleinstädten vorzufinden. Und schon gar nicht wegen der Schlußfolgerung, daß die „eher pessimistisch“ eingestellte Jugend, die nicht zu konservativen Werten neige, vielmehr sich an alternativen Modell und Organisationen orientiere, durch eine neue zu schaffende „politische Kultur“ gewonnen werden müsse, ohne die eine „tiefgreifende Änderung der gesellschaftlichen und politisch-institutionellen Strukturen zum Scheitern verurteilt“ sei. Was auch immer diese obskuren Formulierungen bedeuten mögen, einer historisch-materialistischen Bearbeitung des Themas Jugendkultur und der Shell-Studie im besonderen entspringen sie nicht. Nur wenn man die gesellschaftlichen Verhältnisse und Bedingungen, in denen sich Jugendliche befinden, ausklammert, nur wenn man die sozialen Inhalte ignoriert, um die sich Bewegungen und Organisationen scharen und an denen sich die Jugendlichen orientieren, nur dann kommt man entweder zu der Studien-Sichtweise, daß die Masse Jugend aus unerfindlichen Gründen mal zu Resignation und Anpassung, mal zu Protest und Widerstand schwappt; oder man kommt zu der Peters-Sichtweise, daß die Schaffung einer neuen politischen Kultur (von wem?) Vorbedingung für die Veränderung (für wen?) der Gesellschaft sei.

A.K., Frankfurt

Gerd Koenen, Kristina Koenen, Hermann Kuhn
Freiheit, Unabhängigkeit und Brot
Zur Geschichte und den Kampfzielen der Arbeiterbewegung in Polen
Sendler

☐ Paperback, 320 Seiten, 12,00 DM, Best. Nr. 0049

3. erweiterte Auflage, Februar 1982
Aus dem Inhalt:
Der historische polnische Staat · Die ersten Jahre der Volksrepublik · Die Dezemberunruhen 1970 · Der Umbruch vom Sommer 1980 · Das Jahr 1981 – Revolution und Konterrevolution

☐ **Der Jadefelsen**
Chinesische Kurzgeschichten 1977–1979
Übersetzung aus dem Chinesischen
Herausgegeben von Jochen Noth
Engl. Broschur, 164 Seiten, 9,00 DM, Best. Nr. 0095

☐ Georg Lukács
Moskauer Schriften
Zur Literaturtheorie und Literaturpolitik 1934–1940
Herausgegeben v. Frank Benseler
Paperback, 173 Seiten, 12,00 DM, Best. Nr. 0100

☐ **Positionen der Friedensbewegung**
Die Auseinandersetzung um den US-Mittelstreckenraketenbeschluß
Dokumente, Appelle, Beiträge
Herausgegeben von Lutz Plümer
Paperback, 155 Seiten, 9,00 DM, Best. Nr. 0113

☐ **Kontroverse um Pawlow**
Arbeitsseminar am 24./25.1.1981 in Frankfurt – Mit Bibliographie
Herausgeber: R. Adamaszek, F. Dick, F. Stropahl, D. Wichmann
Paperback, 160 Seiten, 13,00 DM, Best. Nr. 0112

☐ Nikolaj Bucharin
Der Weg zum Sozialismus
Nachdruck der Schrift von 1925
Paperback, 125 Seiten, 6,00 DM, Best. Nr. 0059

☐ Karl Marx · Friedrich Engels
Texte zur Kritik der Philosophie
Eine Textsammlung
Paperback, 141 Seiten, 7,00 DM, Best. Nr. 0093

Broschüren:

☐ Rainer Werning
Kampuchea nach 1975. Wiederaufbau im Zeichen einer Illusion? Ein Essay
Broschüre, 48 Seiten, 4,00 DM, Best. Nr. 0060

☐ Thomas Heberer
Nationalitätenpolitik der KP China
Mit zwei Texten von Zhou Enlai zur Nationalitätenpolitik und über Ethnologie
Broschüre, 96 Seiten, 5,50 DM, Best. Nr. 0061

☐ Michael Klucken · Hubert Plappert
Der Marionettenmensch
Eine Kritik des Behaviorismus
Broschüre, 96 Seiten, 6,50 DM, Best. Nr. 0062

Bücher bitte ankreuzen

Name

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift 16/82

Bestellungen senden an:
BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11

Erst die Gründung, dann das Programm

Grün-Alternative Liste Hamburg – Vorbild für Hessen?

Sowohl im Fernsehen (ZDF-Nachrichten), als auch in ihrem Offenen Brief an die Grünen in Hessen berufen sich die Initiativler für eine Alternative Liste in Hessen auf die Erfahrungen in Hamburg, um ihrem Projekt eines Zusammenschlusses von Grünen und Alternativen den Anschein politischer Solidität zu geben. Es ist also nicht uninteressant zu untersuchen, ob der Bildungsprozess der GAL Hamburg tatsächlich *für* die Gründung Alternativer Listen zum Zwecke des Bündnisses mit den Grünen spricht.

Vorweg will ich kurz begründen, warum ich für die Unterstützung der GAL Hamburg auch über den Wahltag hinaus bin. Die anstehenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 6. Juni werden aller Wahrscheinlichkeit nach eine Niederlage der SPD, die bisher über 50% der Stimmen hatte und alleine den Senat stellt, bringen. Die CDU wird relativ gestärkt aus der Wahl hervorgehen. Die FDP wird Mühe haben, wieder in die Bürgerschaft einzuziehen und wird, falls ihr das gelingt, voraussichtlich Steigbügelhalter für einen CDU-Senat sein, wie in Westberlin. Ohne eine parlamentarische Alternative, die inhaltlich und von der Sitzzahl her stark genug ist, die SPD zu gewissen Zugeständnissen zu bewegen, verschlechtern sich die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen, weil sie sich einer geschlosseneren Front von oben gegenübersehen würden. Eine solche Alternative kann gegenwärtig nur die GAL Hamburg sein. Sie kann und muß unterstützt werden, weil sie sich als abhängiger und verlängerter Arm der schon kämpfenden Bewegung versteht und weil sie ein Programm hat, das die Überwindung der Krise auf Kosten der Kapitalisten und ihres Anhangs fordert und dabei vom Konzept her die Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung der Massen sowie die Befriedigung *ihrer* Bedürfnisse zum Ausgangspunkt aller Forderungen macht.

Die Ausgangssituation

Um die Gründung der AL Hamburg zu verstehen, muß man auf die Geschichte der alternativen Wahlbündnisse in Hamburg, also auf die Geschichte der Bunten Liste zurückgehen. Die Bunte Liste, die eine der ersten Alternativen Listen überhaupt war, wurde vor der Bürgerschaftswahl 1978 auf Initiative des KB als Bündnisliste der verschiedensten BIs und politischen Organisationen gegründet. Diese Struktur (Bündnisliste von Organisationen und BIs) sowie ihre schwache programmatische Grundlage – ihr Wahlprogramm bestand im wesentlichen aus einer Aneinanderreihung von Forderungen der verschiedensten BIs – führte zu einem damals zwar guten, aber insgesamt gesehen schlechten Ergebnis bei den Bürgerschaftswahlen. Sie kam nicht in die Bürgerschaft und hatte nur in einer Bezirksversammlung (Eimsbüttel, Uni-Gegend) Vertreter. Programm und Struktur erwiesen sich als hinderlich für die Herausbildung einer parlamentarischen Alternative, so daß sie sehr rasch zerfiel. Die Spaltung des KB in KB und „Z" über die Frage der Teilnahme an den Parlamentswahlen und der Mitarbeit in der Grünen Partei beschleunigte den Zerfall und besiegelte ihn. Aber die Widersprüche waren schon vorher deutlich. Die Struktur – Organisations- und BI-Bündnis – führte zu scharfen Widersprüchen in den Bürgerinitiativen, die sich z.B. gegen das Kernkraftwerk Brokdorf gebildet hatten und vor der Frage der Teilnahme an einem viel umfassenderen Wahlbündnis standen. Das sprengte den Rahmen dieser Initiativen, und eine Reihe spaltete sich bzw. ging ganz kaputt.

Aufgrund des Fehlens eines Ansatzes einer grundlegenden Alternative zum herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem konnte die Bunte Liste für die Mehrheit der Kritiker der SPD-Politik keine Alternative sein – sie wählten aufgrund eines etwas linkeren Auftretens Kloses die SPD in den Senat.

Die Gründer der AL haben aus diesen Erfahrungen ihre Schlüsse gezogen. Zumindest in Bezug auf die Struktur der AL haben sie einen völlig anderen Weg als die Bunte Liste eingeschlagen: AL als Organisation mit Einzelmitgliedschaft und der offenen Erklärung, daß sie die BIs etc. nicht ersetzen, sondern sich von ihnen abhängig macht.

Wenn also die Initiatoren für eine AL Hessen sich vor allem auf das Votum der BIs zur Startbahn West u.a. berufen, so schlagen sie einen gefährlichen Weg ein, vor dem aufgrund der Hamburger Erfahrungen nur gewarnt werden kann. Die Vereinnahmung der BIs für die Gründung von Wahlbündnissen entspricht nicht deren Zielen und kann leicht zur Schwächung dieser Bewegungen führen. Sie müssen ein Interesse an vollständiger Unabhängigkeit der eigenen Strukturen haben und an der vollständigen Unabhängigkeit von politischen Parteien oder Wahlbündnissen, die sich auf ihre Kraft berufen. Das wird ja wohl auch von den BIs im Südhessischen so gesehen, so daß sie vor einer Konkurrenzkandidatur von AL und Grünen warnen, aber keineswegs zur Gründung der AL aufrufen.

Die zweite Konsequenz aus der Geschichte der Bunten Liste ist die, daß es auf keinen Fall ausreicht, sich programmatisch und organisatorisch darauf einzurichten, daß man eh nur für vier Jahre kandidiert. Für die Wähler, die sich aus Kritik an der SPD, also vor allem aus der Gewerkschafts-und Arbeiterbewegung, von ihr abwenden und gegenwärtig nicht wählen, was ja die große Zahl der zu Gewinnenden ist, ist es einfach zu wenig, ein Programm mit gerade aktuellen Forderungen aufzustellen. Ihre Verwirklichung in den vier Jahren ist ja ziemlich unwahrscheinlich, und was Antworten auf neu entstehende Probleme angeht, ist ein solches Programm ganz unsicher. Angesichts der tiefgreifenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft wird es ohne die Formulierung einiger Grundsätze zu einer alternativen Wirtschaftsweise nicht gelingen, diese Arbeiter, Angestellten u.a. zu gewinnen. Es ist also ganz falsch, wenn die Initiatoren den kurzfristigen Charakter des Bündnisses und seiner politischen Aufgaben hervorstreichen. Die AL Hamburg hat daraus auch die Konsequenz gezogen und sieht sich als längerfristiger Ansatz für eine alternative Politik, eher im Sinne der Westberliner AL.

Hat die Gründung der AL in Hamburg eine Verbreiterung gegenüber einer rein grünen Kandidatur gebracht? Sie hat zunächst einmal auf der Linken sicher eine Reihe von Leuten aktiv in die Auseinandersetzung um die Formulierung und Praktizierung eines alternativen Programms auch auf Ebene des Parlaments einbezogen. Ob das aber über den Wahltag hinaus von Bestand ist, muß sich erst noch zeigen. (Die gemeinsame Liste von KPD und BWK ist von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.)

Daß durch Gründung der GAL bessere Voraussetzungen für die Gewinnung ehemals sozialdemokratischer Wähler gegeben wären, muß stark bezweifelt werden, weil die AL zur Programmatik wenig beigetragen hat. Sie hat sich im wesentlichen um Fragen wie Konsensprinzip, imperatives Mandat etc. gestritten. Auf dem kommunalpolitischen Kongreß der Grünen im letzten November sind viele ihrer jetzigen Mitglieder gegen die genauere Analyse der Wirklichkeit und den Entwurf eines umfassenden alternativen Programms aufgetreten. Die AL hat sich erst gegründet und dann versucht, programmatische Vorstellungen zu entwickeln – von Vertiefung und Verbreiterung des grünen Programms ist nichts zu spüren. Bezogen auf die Einschätzung der Rolle der Sowjetunion und damit der Kritik am Staatsmonopolismus hat der Zusammenschluß der GAL eine Bestärkung der von „Z" vertretenen beschönigenden Auffassung von der SU gebracht. Womit eine Entwicklung in den Hamburger Grünen, sich kritisch vom Staatsmonopolismus abzugrenzen, wie das sonst bei den Grünen zu beobachten ist, eher erschwert wird. Hier hat die Gründung der GAL eher eine Verengung gebracht.

Aufgrund dieser Erfahrungen in Hamburg kann man nur vom Projekt der AL Hessen abraten.

– Die Berufung auf den Willen der BIs kann leicht zur Spaltung und Desorganisation dieser Bewegung führen.
– Der angestrebte kurzfristige organisatorische und programmatische Charakter der Liste wird den Aufgaben einer alternativen Programmatik und Politik auf der Ebene des Parlaments nicht gerecht.
– Insgesamt besteht durch die Anlage des Unternehmens die Gefahr einer Einengung und Spaltung der politischen Kräfte, die auf der Ebene des Parlaments für die Interessen und Forderungen der Arbeiter- und demokratischen Bewegung eintreten wollen.

C.-M. Dirksen, Hamburg

Die wirkliche Opposition der 80er Jahre ...

Kundgebungen und Demonstrationen zum Auftakt des SPD-Parteitages

jüw.München. Die wirkliche Opposition der 80er Jahre ist, Auffassungen in der Friedensbewegung zufolge, die Friedens- und Ökologiebewegung. So z.B. Bahrung auf der Kundgebung in München zum SPD-Parteitag. Mit der SPD als Opposition wurde jedenfalls abgerechnet. Die Aktionen zum Parteitag waren zwar nicht gewaltig, aber ganz schön groß. Die Schätzungen gehen von siebzig- bis zwanzigtausend, dreißig- bis vierzigtausend dürften es gewesen sein. Die Beteilung war zum größeren Teil auf die Juso-Veranstaltungen hin orientiert, auch die DKP-Organisationen hatten dahin mobilisiert. An der Auftaktkundgebung der autonomen Friedensgruppen nahmen ca. 15000 teil.



Auffällige Gemeinsamkeiten: Beide vertretenen Richtungen kamen an der Friedensbewegung in der DDR nicht vorbei. Auf Initiative Bahros gab es bei der Kundgebung der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen eine Schweigeminute für Havemann; Albertz erinnerte auf der Schlußkundgebung an ihn. Die DDR-Friedensbewegung hat für die in Westdeutschland bereits eine wichtige, einende Funktion. Das zweite Gemeinsame: die, nun freilich negativ gefärbte, nach wie vor starke Orientierung an der SPD, vom Anlaß her freilich naheliegend. Uta Ranke-Heinemann z.B. beklagte, daß die SPD ihre Versprechen nicht eingelöst habe.

Die allgemein vertretene Auffassung war: Die SPD ist am Ende, wie geht es weiter? Darüber gab es Differenzen, und daß die auf der Kundgebung offen zur Sprache kamen, ist einer ihrer Vorteile; v.a. der Auftaktkundgebung. Die eine Richtung versuchte, die SPD auf den Pfad der Tugend zurückzuzerren (Ranke-Heinemann, Albertz, Lattmann ...). Die anderen erklären: Die Opposition der Zukunft ist einzig die Friedens- und Ökologiebewegung (so die Redner der Grünen).

Wie könnte sie es werden? Das größte Gewicht hatten Vorschläge, in den Maßnahmen radikaler zu werden. Politische und gewaltfreie Aktionen forderte A. Schubart. Aber auch wurde gesagt: Wir müssen eine eigene Politik formulieren, dürfen nicht dabei stehenbleiben, Raketenverhinderungsbewegung zu sein (Petra Kelly). Das Zauberwort hier hieß: Glaubwürdigkeit. Von daher unter anderem kommt die Abgrenzung zur DKP, und natürlich von Erfahrungen mit der DKP. Bahro propagierte einen „neuen Patriotismus". Ökologisch und regionalistisch, alles andere als großdeutsch und imperialistisch. Gerade die deutsche Friedensbewegung hätte da eine große Aufgabe. Ähnlich äußerte sich Mechtersheimer. Wo *die* Reise hingeht?

So erfreulich es ist, daß die organisatorische Draufhockerei der DKP auf der Friedensbewegung endlich abgeschüttelt wird, da lauern auch Gefahren. Erstens, daß manche Leute jeden auch noch so berechtigten Angriff auf die DKP einfach als Spaltung der Friedensbewegung ansehen. Sie fürchten organisatorisches Sichabgrenzen, Parteitaktik, grün gegen „rot". Das hängt mit dem zweiten Problem zusammen: nämlich, daß diese Abgrenzung ständig mit dem Argument der Glaubwürdigkeit erfolgt. Je mehr aber von Glaubwürdigkeit geredet wird, desto unglaubwürdiger wird dieses Gerede. Eine „kalkulierte" Glaubwürdigkeit ist soviel wert wie eine glaubwürdig vorgebrachte Lüge. Besser wäre es, die Auseinandersetzung mit der DKP über die Inhalte zu suchen, etwa die *tatsächliche* Rolle der Sowjetunion in der Welt. Aber da gibt es immer noch Schranken. So hält Bahro ein Arrangement mit der Sowjetunion nicht nur für deren Interesse (was ja sein kann, siehe Finnland), sondern für eine reale Perspektive. Auch da kann man nur sagen, mal sehen, wohin die Reise geht.

Es gab aber durchaus Fortschritte im Inhaltlichen. Zu Polen nicht bloß Lippenbekenntnisse, sondern vom Sprecher der VMF die deutliche Erklärung, daß man es mit dem Frieden nicht ernst meinen kann, wenn man die polnischen Arbeiter nicht unterstützt. Überhaupt sieht es so aus, als ob neben der bekannten „grünen" Sonne (Atomkraft, nein Danke), die übriggebliebenen roten bzw. schwarz-roten Sternen, den allgegenwärtigen Friedenstauben und dem nun aufkommenden Schwerter-zu-Pflugscharen-Symbol auch der Schriftzug von „Solidarność" inzwischen einen angestammten Platz unter den Ansteckern hat, mit denen diese Bewegung ihre Gesinnung und ihre Sympathien bekundet.

Unterrepräsentiert nach wie vor: die Arbeiterbewegung. Nicht nur in den Sprechern (da hilft auch ein gewerkschaftliches AKL-Feigenblatt auf der Auftaktkundgebung nicht viel). Problematischer ist ihre Abwesenheit im Bewußtsein. Die Jusos hatten ihre Demonstration wenigstens noch unter das Motto für Frieden *und Arbeit* gestellt. Aber in den Reden spielte die kapitalistische Krise und ihre Folgen keine große Rolle. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Ansicht, die einzige Opposition der Zukunft sei die Friedens- und Ökologiebewegung, wenigstens kurzsichtig, wenn nicht anmaßend. Eine Neuauflage der APO, mit dem alten Problem, die Verbindung zur Arbeiterklasse nicht zu kriegen, das wäre alles andere als aus den vielbeschworenen polnischen Erfahrungen gelernt.

Veranstaltungen

Arbeitsgruppen:

Imperialismus
Es wird der „Brandt-Report" der Nord-Süd-Kommission besprochen.
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 15.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 13.00 Uhr

Ökologie
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Wohnungspolitik
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Fragen der Friedensbewegung
Material kann bei der Anmeldung angefordert werden
Beginn: Samstag, 8.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 9.5.1982, gegen 16.00 Uhr

Bildungswesen
ACHTUNG: Terminänderung
Beginn: Samstag, 22.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 23.5.1982, gegen 16.00 Uhr

Heidelberg
Veränderungen der Kampfbedingungen – Reaktion der Gewerkschaften – Alternative Wirtschaftspolitik. Diskussionsveranstaltung des KBW, mit Hans-Gerhart Schmierer. Backmulde, Schiffgasse 11
Montag, 26.4.1982, 20.00 Uhr

Göttingen
Krise des Kapitalismus und sozialistische Alternativen. Diskussionsveranstaltung, mit H.-G. Schmierer. Afro-Asiaten-Heim, Theodor-Heuss-Straße
Mittwoch, 28.4.1982, 20.00 Uhr

Bremen
Wochenendseminar zur Wirtschaftskrise, Krisenprogramm und den Antworten der Gewerkschaft (u.a. Strukturprogramm Küste, Werfthilfe). Mehrzweckhaus Universität, Raum 7220
Samstag, 24.4.1982, 14.00 – 18.00 Uhr
Sonntag, 25.4.1982, 10.00 – 15.00 Uhr

Frankfurt
1. Mai Veranstaltung des KBW. Es sprechen Hans-Gerhart Schmierer und Vertreter der GRÜNEN. Vertreter der Demokratischen Sozialisten sind eingeladen. Haus der Jugend, Deutschherrenufer
Donnerstag, 29.4.1982, 19.30 Uhr

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann
Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 501 900 00)

Abo der KVZ

Ich bestelle ab Nr. ....

Kommunistische Volkszeitung

☐ Jahresabonnement 90 DM
☐ Halbjahresabonnement 46 DM
☐ Vierteljahresabonnement 23 DM
Preis jeweils einschließlich Porto.

Name

Strasse

PLZ/Wohnort

Unterschrift 16/82

Ausschneiden und senden an:
BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 11

Abo der KVZ

Startbahn West:

Mehr als ein militärisches „Motiv“

Kritische Anmerkungen zur Studie des HSFK, Teil II

Von Dieter Wismann

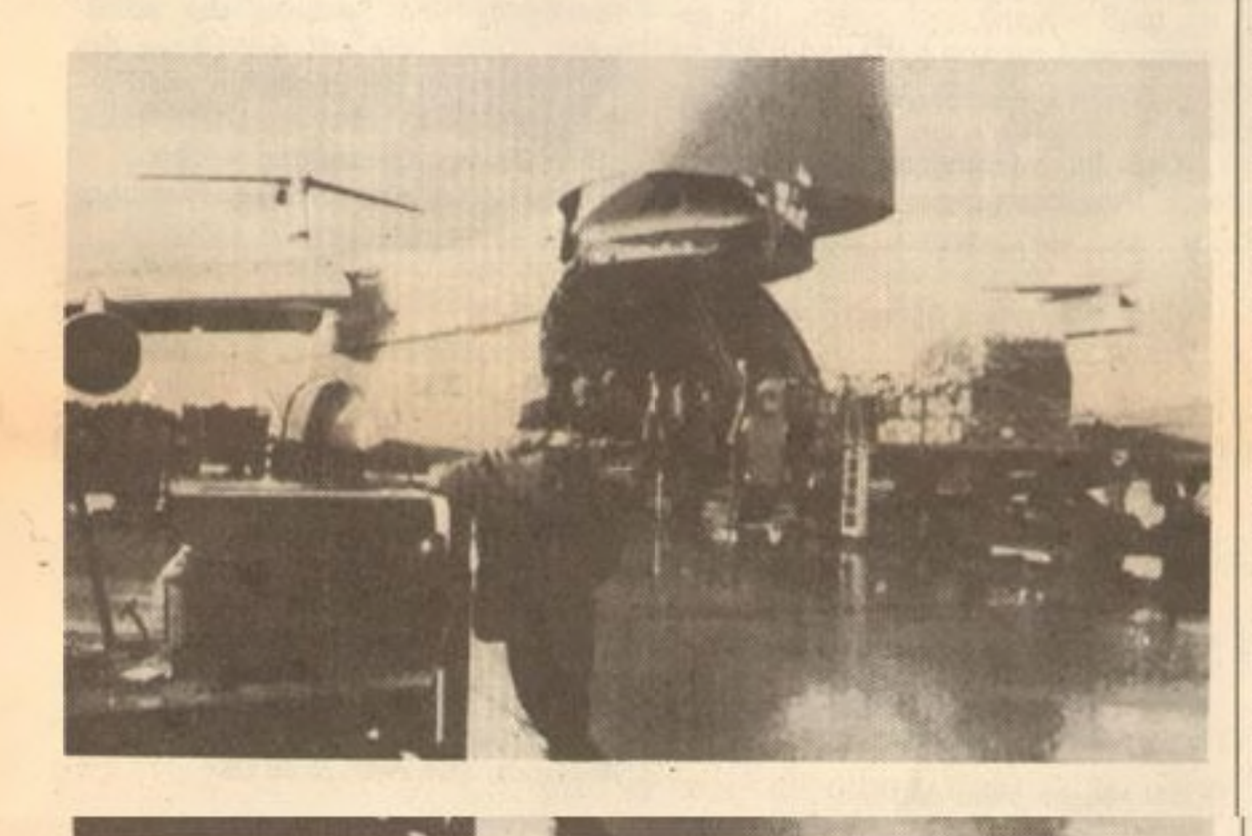
Ginge es hauptsächlich darum, sich diese Studie vom Hals zu schaffen, dann könnte man es gut und gerne bei der Kritik bewenden lassen, die in der letzten KVZ (1) angerissen wurde. Einige ihrer wesentlichen Rahmenbedingungen sind einfach unhaltbar, so daß das ganze Gefüge ihrer Argumentation ins Rutschen kommt. Zweifellos nützlicher wäre jedoch eine Kritik, die uns in der Klärung der Sache selbst weiter hilft: Hat die Startbahn West nun ein militärische „Motiv“ oder nicht – und wenn ja, welches?

Wie kann der Streit entschieden werden? Die Studie meint, einen flotten Weg gefunden zu haben. Erinnern wir uns: Erstens. Wir können die maximalen Flugzahlen der NATO-Transportflotte grob kalkulieren. Zweitens kennen wir ja die Kapazitäten von Rhein-Main *ohne* die Startbahn West. Wenn nun die Flugzahlen auf Rhein-Main auch ohne die Startbahn leicht verkraftet werden, „ist ein militärisches Motiv unwahrscheinlich“, und wenn nicht ... dann ist es eben wahrscheinlich. Man könnte meinen: wer sich darauf nicht einläßt, hat Angst vor der Wahrheit.

Angesichts der Schlüsselfunktion dieses Arguments und des mittlerweile gedämpften Zutrauens in die Sachkenntnis der Autoren, scheint es ratsam, die Scharniere dieses Arguments nochmals zu prüfen. Die Verfasser gehen in zwei Schritten vor:

1. Die Frage nach dem vermeintlichen militärischen „Motiv“ lasse sich nur im Rückgriff auf die Fragen der NATO-Verstärkung für Westeuropa und der Eingreiftruppe (2) sowie im Rückgriff auf die „Lufttransportmöglichkeiten“ der USA bzw. der NATO klären. Soweit richtig.
2. Die Frage nach den Lufttransportmöglichkeiten, das wäre doch „vor allem“ (!) die Frage: „Wieviele Menschen kann die NATO überhaupt pro Tag über den Atlantik bringen?“

Genau an dieser Stelle müßte akustisch ein dumpfer Schlag eingeblendet werden, weil wir genau hier aufs Kreuz gelegt wurden. Wieso löst sich die Frage der Transportmöglichkeiten „vor allem“ in die Frage nach der Zahl der *verfügbaren* Transportmittel auf? Mal ganz ohne Bemühung militärischen



Sachverstands: Wessen Umzugsproblem ist damit gelöst, daß er feststellt, er habe schließlich einen R4 und brauche dazu dann auch nur eine relativ kleine Parklücke? Ein chaotischer Ablauf des Umzugs ist zu befürchten, wenn nicht „vor allem“ andere Fragen geklärt sind: wieviele Klamotten habe ich eigentlich zu verfrachten und wieviel Zeit steht mir dafür überhaupt zur Verfügung? Durchaus möglich, daß das an einem Samstag abend mit einem R4 gar nicht zu schaffen ist und ein LKW her muß.

Wenngleich mit dem Sachverstand eines Mieters auf Umzug keine strategischen Transportaufgaben gelöst werden können, stellen sich einige grundlegende Fragen durchaus ähnlich. Nicht so den Verfassern der Studie. Bis auf ihre listige Proberechnung (3) ist in der ganzen Studie von Volumen des Transports keinerlei Rede. So wird implizit unterstellt, mit dem geplanten Ausbau der Lufttransportkapazitäten bis 1990 durch Reagan ließen sich die Transportaufgaben problemlos bewältigen. Verbleibt also für die Studie nur noch nachzuweisen, daß die vorhandene Transportflotte keine Startbahn West nötig habe. Zäumen wir den Gaul von vorne auf!

Logistik mit neuen Dimensionen

Der Umfang dessen, was unmittelbar vor dem Ausbruch eines Krieges in und um Europa und während der ersten Wochen und Monate der Kriegshandlungen über den Atlantik geschafft werden muß, entzieht sich exakter Planung.

Das „Kunststück“ besteht z.B. darin, die Erfahrungen aus dem II. Weltkrieg mit denen aus jüngeren Kriegen miteinander zu verknüpfen. Denn beide Bezugsgrößen haben eklatante Mängel. Der II. Weltkrieg: ein totaler Krieg zwischen hochindustrialisierten Staaten, auf Kriegsschauplätzen, mit denen wir wieder rechnen müssen – aber bereits seit über 37 Jahren vorbei (37 Jahre mit mehreren Umwälzungen in der Kriegstechnologie). Die jüngeren Kriege: z.T. mit modernster Kriegstechnik geführt, aber im Vergleich zum Weltkrieg „Sonderkriege“ mit besonderen Eigengesetzlichkeiten, die nur bedingt Rückschlüsse auf einen Großkrieg zulassen.

Und trotz aller Hochrechnungen: die größten Fehlkalkulationen unterliefen den Militärs immer wieder in Sachen Logistik. Der tatsächliche Nachschubbedarf übertraf den erwarteten regelmäßig erheblich. Einige Zahlen über die sprunghafte Entwicklung der Logistik mögen die Überraschung selbst der Fachleute etwas verständlicher erscheinen lassen:

Während des II. Weltkrieges liefen 17,5 Mio. t an Rüstungsgütern von den USA in Richtung Großbritannien und Sowjetunion über See. Während des „Vietnamkrieges“ betrug aber die Transportleistung der US-Streitkräfte zur See 50 Mio. t an Fracht plus 25 bis 28 Mio. t an Öl und Flugkraftstoffen – jährlich! Nach dem ersten Schock und der schließlichen Bewältigung dieser Aufgabe glaubte die US-Logistik, jetzt einen realistischen Begriff von den Anforderungen eines modernen Großkrieges gewonnen zu haben. Diese Illusion überlebte etwa 4 Jahre, bis zum Yom Kippur-Krieg 1973. In den ersten 72 Stunden des Krieges am Suezkanal büßte die israelische Luftwaffe 25% ihrer Maschinen ein. Innerhalb der ersten zwei Wochen war die Hälfte der schweren Waffen der ersten Staffel der Heere außer Gefecht gesetzt. Mit solchen Zahlen war nie zuvor gerechnet worden.

Anhand dieser Erfahrungen werden in US-Studien tägliche Verlustraten bei US-Kampfpanzern in Mitteleuropa von 5 bis 20% hochgerechnet. Weiter wird von der Annahme ausgegangen, daß eine einzige US-Division in einem Monat 36000 t an Treibstoff, 14000 t an Munition und 26000 an anderen militärischen Gütern verbraucht. Im Indochinakrieg verflog die US-Air-Force im gleichen Zeitraum über 500000 t Flugkraftstoff. Mit einem vielfach so großen Einsatz insbesondere in den ersten Kriegswochen rechnen die Militärs in Europa. Angesichts der wackeligen Kalkulationsgrundlagen geben konkrete Zahlen nicht viel mehr her als die Dimension dessen, was die Logistik über den Atlantik zu schaffen hätte – aber immerhin: monatlich runde 20 Mio. t an Versorgungsgütern, Kampftruppen usw., die Hälfte davon aus den USA. (4)

10 bis 20% durch die Luft

Ein Randereignis des Yom Kippur-Krieges 1973 bringt das eine Hauptproblem der Transportmittel auf den anschaulichen Begriff: Das erste Versorgungsschiff mit Versorgungsgütern und Ersatzmaterial für die Israelis brachte mehr als der gesamte 19tägige Lufttransport – nur war der Krieg dann auch schon entschieden. Der Seetransport bringt die Masse – aber spät, möglicherweise zu spät. Rund 30 Tage reine Fahrtzeit über den Atlantik; aber fast das zehnfache der Zeit wurde während des Vietnamkrieges als Gesamtumlaufzeit eines militärischen Gutes zwischen der Anforderung im Depot bis zum Eintreffen am Bestimmungsort beansprucht. Die Transportachse in der Luft braucht etwa ein Fünftel dieser Zeit. Insbesondere zwei Entwicklungen zwingen nun die US-Militärs, den Anteil des Lufttransports am Gesamttransportaufkommen zu steigern:

1. mittelbar die gewachsene sowjetische Fähigkeit zur Führung eines „Blitzkrieges“ und
2. unmittelbar die gewachsene Bedrohung der maritimen Transportachse über den Atlantik durch die sowjetische Nordflotte.

sche Nordflotte.

Von einem Lufttransportanteil von 10 bis 20% ist die Rede. Das wären 2 bis 4 Mio. t pro Monat. Untersuchen wir, in Ergänzung der Rechnung des HSFK in ihrer Tabelle der Flugfrequenzen (5), wieviel davon die vom HSFK veranschlagte Lufttransportflotte im Zeitraum eines Monats nach Europa schaffen könnte.

Rund 40% von 2 Mio. t also – oder gar nur 20% von 4 Mio. t. Auch eine um 25% höhere Nutzungsrate, wie in der KVZ Nr. 15 unterstellt, reißt den Karren nicht aus dem Dreck. Eine vielfach so große Transportleistung wäre demnach erforderlich.

I Flugzeugtyp	... IIIa Nutzlast (t) pro Maschine (c.a.)	IIIb Transportleistg. (t) Richtung Europa pro Flug	... VIa Hin- u. Rückflüge in 30 Tagen	... VIII Transportleistung Richtung Europa in 30 Tagen (t)
C-5	100	9600	23	220800
C-141	32	5984	22	131648
C-130 (aktiv)	20	2720	9	24480
C-130 (Reserve)	20	4480	9	40320
CRAF III Passagier	30	5550	20	111000
Fracht	30	2670	20	53400
CRAF Europa	30	11400	20	228000
Summe	–	42404	–	809648

Das geht aber nicht, sagen die Verfasser der Studie; denn die dafür erforderliche, nie dagewesene Lufttransportarmada existiert ja gar nicht. – Eben, das ist das Problem, aber nicht unseres, sondern das der US-Imperialisten. Und dazu noch ein handfestes, kein fingiertes „Problem“ für die Propaganda zwecks Rechtfertigung von „Nachrüstungen“. Denn offensichtlich stopft absehbar kein Beschaffungsprogramm für den strategischen Lufttransport diese Lücke. Sie klafft ja gerade in diesem Umfang nach Abschluß des ehrgeizigen Ausbauprogramms von Reagan im Jahre 1990.

Um es in unserer Kritik an der Studie bloß nicht untergehen zu lassen: Auf der Suche nach dem Gang der Kalkulation der US-Strategen im Zusammenhang mit der Startbahn West haben wir eben die Startlöcher erreicht. Wie sie von hier aus kalkulieren, haben sie uns bekanntlich nicht verraten. Aber um ihnen auf diese Spur zu kommen, sind wir nicht auf unsere bloße Phantasie angewiesen.

1. Was also tun? (6) Die erste Alternative ist keine – wenigstens keine, die ernsthaft geplant wird: „Einfach“ weniger transportieren! Ersparen wir uns die Erörterung, daß dies die sicherste Gewähr für das militärische Desaster der NATO wäre!

2. Also muß die Transportflotte beschafft werden! Ja und Nein. Sie muß in der Luft sein, wenn sie gebraucht wird; aber wird sie heute schon unverzichtbar gebraucht? Zwar funktioniert Abschreckung bzw. militärische Drohung letztlich nur dann, wenn der gesamte Militärapparat auch tatsächlich von der bloßen Drohung zur Tat übergehen kann, aber die Abschreckungswirkung eines Panzerwagens etwa ist allemal größer als die sämtlicher LKWs, die für ihn Munition und Treibstoff heranfahren. Das gilt aber nicht mehr in der „heißen“ Phase der Kriegsvorbereitung – in der wir uns aber sicher nicht befinden. Umgekehrt läßt sich sogar eine paradox erscheinende Erfahrung festhalten: Wenn die Herrichtung von Feldlazaretten, die Anschaffung von Transportmitteln, überhaupt des wenig kriegerisch anmutenden Drumunddran wirklicher Kriegsführung, auf Hochtouren läuft, dann ist es meist 5 vor 12.

Auf die ausgesprochenen Nachteile des Besitzes einer Riesentransportflotte wollen wir gar nicht groß eingehen: die Anschaffungskosten, die Wartung, die Flugkosten bei Routineflügen und Manövern, das Personal dafür usw. (7)

3. Verfügen die USA überhaupt über Kräfte, um eine solche Transportflotte aus dem Boden zu stampfen? Die US-Rüstungsindustrie ist heute bereits kräftig angekurbelt; von einer regelrechten Kriegsproduktion ist sie dennoch weit entfernt. Kriegsproduktion, die Ausrichtung der gesamten Volkswirtschaft auf die Zwecke der Kriegsführung, das würde dem US-Imperialismus sicherlich die größte Kriegsmaschine überhaupt an die Hand geben. In zwei Weltkriegen hat sie erfolgreich die Mobilisierung ihrer Ressourcen demonstriert. Ein naheliegendes Beispiel:

1941 wurde das US-Amt für Kriegsproduktion eingerichtet. In den folgen-

1941 wurde das US-Amt für Kriegsproduktion eingerichtet. In den folgen-

den Jahren wurden 17 Schiffswerften mit standardisierten Einrichtungen hochgezogen. Die Vorfertigung von Bauteilen und die Anwendung der Modulbauweise gestattete es, Schiffe in Rekordzeit zu bauen und zu reparieren. Allein die California Shipyard Corp. brachte z.B. ab Ende 1943 aus ein Schiff vom Stapel und im Dezember 1943: 206 Victory- und Liberty-Schiffe mit insgesamt 2,05 Mio. BRT. Warum sollte der US-Imperialismus morgen in einer annähernd vergleichbaren Situation nicht auch Vergleichbares zustande bringen?

4. Ist es aber realistisch anzunehmen, die Transportflotte werde rechtzeitig genug zur Verfügung stehen? Es gibt keinen Grund zur Annahme, die US-Militärs seien in dieser Frage viel schlauer als wir. Zwei Weltkriege hat der US-Imperialismus gewissermaßen aus der Hinterhand gewonnen, durch Rüstung *während* des Krieges. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird ihm aber kein drittes Mal so viel Zeit für Vorbereitungen vergönnt sein. Vielleicht ein paar Monate oder nur Wochen. Und je kurzfristiger und dichter die Anstrengungen, desto wahrscheinlicher ein sowjetischer „Präventivschlag“. Das wissen und das ändern können, ist aber zweierlei. Eine Umstellung auf partielle Kriegswirtschaft wie in der Sowjetunion ist für die USA in „Friedenszeiten“ so ohne weiteres nicht machbar. Eine Systemschwäche. Nochmals: Was also tun?

5. Haushalten! Wenigstens das vorzeitig tun, was viel Zeit in Anspruch nimmt und was andere eventuell sogar finanzieren. In einigen Wochen mit den Methoden der Kriegsproduktion bewährte Flugzeugtypen in großer Serie zu produzieren, das ist nicht von vornherein ein Ding der Unmöglichkeit; im gleichen Zeitraum auch noch die dafür nötigen Pisten samt Abfertigungseinrichtungen in Europa anlegen, das ist so gut wie ausgeschlossen – womit wir endlich bei der Startbahn West angelangt wären.

Zum Schluß:

Wer nur das Schwarz auf Weiß der Dokumente gelten läßt, wird sich mit dieser Kalkulation nicht zufrieden geben; auf solcherart Beweise wird er aber wohl lange warten können.

So auch nicht geklärt ist das tatsächliche Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Planung der Startbahn. Die vorgeführten Kalküle legen aber die Unterstellung nahe, daß die USA ihr erhebliches Interesse nachdrücklich vorgetragen haben. Ein solches haben sie jedenfalls – weniger als verschämtes „Motiv“, denn als handfestes Interesse aufgrund einer Zwangslage.

Die Einsicht in diese Zusammenhänge setzt freilich die Bereitschaft voraus, es überhaupt für möglich zu halten, daß der US-Imperialismus in einer solchen Zwangslage stecken könnte.

Die Verfasser der Studie glauben nachgewiesen zu haben, daß sie im Falle der strategischen Verstärkung und des Nachschubs für Westeuropa nicht existiert. Und die Kräfte der Linken, die zur Verbreitung der Auffassung, die Startbahn sei ein militärisches Projekt, maßgeblich beigetragen haben, halten diese Zwangslage überhaupt für eine reine Propagandafinte. Dies paßt halt nicht in ihr Bild von der offensiven und omnipotenten Supermacht USA und der defensiven oder gar friedliebenden Sowjetunion. Wie also sollen sie diese Studie gründlich kritisieren können?

Immerhin denkbar, daß das Debakel, das sie mit der HSFK-Studie erleben mußten, zur nochmaligen Überprüfung ihrer Einschätzung der Kräfteverhältnisse zwischen den Supermächten veranlaßt. Der Bewegung gegen die Startbahn West und der Linken insge-

Startbahn West und der Linken insge-

samt kann es jedenfalls nicht gleichgültig sein, wenn durch windige Argumentation offene Flanken geboten werden und so eine „Widerlegung“ der militärischen Bedeutung der Startbahn à la HSFK-Studie geradezu herausgefordert wird.

(1) KVZ 15/1982, S. 6
(2) Auf die m.E. unbestreitbare Bedeutung der Rhein-Main AG für Operationen der RDF an den Flanken Europas gehe ich im folgenden aus zwei Gründen nicht ein: 1. Wenn das militärische Erfordernis der Startbahn West für einen europäischen Kriegsschauplatz nachgewiesen werden könnte, und sie schon deshalb gebaut werden müßte, könnte sie erst recht von der RDF benutzt werden. 2. Allemal schließt militärische Planung stets ein Operieren mit möglichst vielen Optionen ein. Die komplizierten Kombinationen der Studie mit Fällen unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit laufen militärischen Erwägungen direkt zuwider.
(3) Um die vermeintliche Realitätsnähe ihrer Rechnung nachträglich zu bekräftigen, wählen sie die Transportleistungen der BIG LIFTs bei den REFORGER-Manövern als Maßstab. Wie abwegig dieses Verfahren ist, zeigen die folgenden Darlegungen. Überhaupt sind Manöver in den seltensten Fällen maßstäbliche Verkleinerungen des geprobten Ernstfalls. Dieses Mißverständnis kann hier deshalb krass zu Buche schlagen, weil das Schwergewicht der REFORGER-Manöver bisher auf dem Truppentransport lag. Die Soldaten einer Division sind in 60 Verkehrsmaschinen unterzubringen; der „Rest“ der Division braucht 400 C-5 und 1200 C-141!
(4) Siehe z.B. F. Korkisch: Seetransport; in: ÖMZ 1/80, S. 26 und ders.: Strategischer Lufttransport; in: ÖMZ 1/79, S. 36 ff.
(5) Siehe S. 30 der Studie bzw. S. 6 der KVZ 15/82.
(6) Um Mißverständnissen vorzubeugen: *Unsere* Logik ist das nicht – aber die Konsequenzen daraus sollen wir tragen ...
(7) Die Kapazitätsverbesserungen bis 1990 kosten an die 4 Mrd. US-Dollars; ein einziger Atlantikflug rund 200000 Dollar. Bereits heute braucht das Lufttransportkommando MAC 90000 Mann für rund 1100 Flugzeuge.

Palästina-Solidarität

kvz. An der von der Informationsstelle Palästina in Bonn, dem Palästinensischen Arbeiterverein und dem Palästinensischen Studentenverein am 17.4. durchgeführten Solidaritätsdemonstration mit dem Aufstand des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besatzungsmacht beteiligten sich ca. 6000 Menschen. Eine Gruppe deutscher und israelischer Juden hatte eine Solidaritätsadresse an die Demonstration geschickt. In dieser Erklärung betonen die 17 Unterzeichner, „als Juden empfinden wir eine besondere Verpflichtung, gegen diese Politik des israelischen Staates unsere Stimme zu erheben: Wir solidarisieren uns mit dem palästinensischen Volk in seinem Kampf gegen die israelische Unterdrückungs- und Verdrängungspolitik, für die Wiederherstellung seiner Rechte ..." „Wir glauben, daß ohne Anerkennung der kollektiven Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes und des jüdisch-israelischen Volkes – einschließlich der Selbstbestimmung – weder Friede in der Region einkehren, noch das Überleben der dort lebenden Menschen – gleich welcher Herkunft – gewahrt und garantiert werden kann."

Syriens Blockade schnürt den Irak ein

chm. Die syrische Regierung hat vergangene Woche nicht nur die Grenzen zum Irak geschlossen, sondern auch die irakische Pipeline stillgelegt, die durch Syrien bis in den Libanon führt und durch die knapp die Hälfte des irakischen Öls, das für den Export bestimmt ist, fließt. Syrien hat weiterhin 200000 t Rohöl beschlagnahmt, was zu einem finanziellen Ausfall von über 50 Mio. $ geführt hat. Der finanzielle Verlust, den der Irak durch diese Blockadepolitik erleiden wird, liegt bei ca. 5 Mrd. $ jährlich. Der nächste Blockadeschritt, den der Irak seitens Syriens erwartet, ist die Sperrung des Euphratwassers, was den gesamten südlichen Landesteil ausdörren würde. Hier scheint der Irak jedoch Vorkehrungen getroffen zu haben durch die Umleitung eines Teils des Wassers, das der Tigrisfluß mitträgt, in die betroffenen Gebiete. Sind die wirtschaftlichen Folgen für den Irak noch unübersehbar, so sind die politischen Folgen wahrscheinlich gefährlicher, die daraus entstehen könnten. Bisher war es den irakischen Regierungen gelungen, Mangelerscheinungen in der Versorgung der Bevölkerung als Folge des Krieges gegen den Iran durch weitreichende Subventionen für die Güter des täglichen Bedarfs zu verhindern. Das wird in dem Ausmaße nicht mehr möglich sein. Die daraus resultierende Unzufriedenheit stellt einen Gefahrenherd für den Bestand der Regierung Saddam Husseins dar, zumal die Begeisterung für diesen Krieg, den die Mehrheit der Bevölkerung ablehnt, nie besonders groß war, mit enormen Opfern an Menschenleben verbunden. (S. KVZ 16/82) Irakische Truppen stehen zwar noch 40 km weit im Innern des Iran, aber sie haben wichtige Stellungen verloren. Der iranische Generalstabschef hat zwar erklärt, daß die iranische Armee sich defensiv verhält und nicht vorhat, in irakisches Territorium vorzustoßen, hat aber zugleich betont, daß der Iran „den Krieg bis zum Sturz Saddam Husseins" fortsetzen werde. Iran fordert den bedingungslosen Rückzug der irakischen Truppen, Reparationszahlungen seitens des Irak für die entstandenen Kriegsschäden und die Einsetzung einer Kommission, die die Kriegsursachen klären soll. Zumindest auf die erste Forderung war die irakische Regierung in der vergangenen Woche bereit einzugehen.

Verstärkte Guerillatätigkeit der SWAPO

kvz. Die namibische Befreiungsorganisation SWAPO hat angekündigt, daß sie ihre Angriffe gegen die in Namibia stationierten südafrikanischen Besatzungstruppen steigern will. Am Donnerstag vergangener Woche hat sie eine Militärkolonne angegriffen, die in der Nähe der nordnamibischen Stadt Tsumeb fuhr, sechs Soldaten getötet und einige Militärfahrzeuge zerstört. Südafrika hat den Tod der Soldaten bestätigt, aber geleugnet, daß es Materialverluste gehabt habe. Wegen der strengen Militärzensur, die Südafrika den Medien gegenüber exerziert, ist es schwer, sich ein genaues Bild von der Lage zu machen. Hauptoperationsgebiet scheint jedoch das im Norden gelegene Ovamboland zu sein, wo die SWAPO eine gute Basis unter der Bevölkerung hat.

KP Spaniens nach Spaltung in Katalanien

cof. Immer schwieriger wird die Lage der Linken in Südeuropa. Abgeschreckt durch eine äußerst kompromißlerische Politik der nationalen Einheit, bilden sich ausgerechnet jetzt, wo vor allem die italienische KP, aber auch die PCE sich endlich an eine fundierte Kritik des „realen Sozialismus" machen, in beiden Ländern vergleichsweise starke prosowjetische Flügel, die ihre Basis sowohl unter Altkommunisten wie unter den jahrelang von ihnen geführten Arbeiterkommissionen bzw. Gewerkschaften haben. Fast perfekt scheint inzwischen die Spaltung der PCE, seitdem sich am Ostermontag ein beachtlicher Teil des vor einem Jahr erst auf Carrillo-Kurs gebrachten katalanischen Teilverbands PSUC mit der starken Arbeiterbasis in Barcelona als „Katalanische Kommunistische Partei" (PCC) neu gegründet hat. Im Oktober soll die landesweite Gründung gegen Carrillos „sozialdemokratischen" Kurs erfolgen, und bei den nächsten Gewerkschaftswahlen wird die Kontrolle über die Arbeiterkommissionen abgestrebt. Nachdem die PCE im letzten Jahr einen Aderlaß vor allem durch Austritte und Ausschlüsse unabhängiger Intellektueller in den Städten erfuhr, droht ihr jetzt auch ein Ausbluten der Arbeiterbasis.

Philippinische Guerilla dehnt ihre Operationen aus

Wachsender Widerstand gegen Marcos-Diktatur in Stadt und Land

Bedeutende Fortschritte der militärischen Aktivitäten der „Neuen Volksarmee" (NPA) im Jahre 1981 wurden durch die Trennung von militärischen und organisatorischen Funktionen ermöglicht. Die Militär-Kader können nun ihre ganze Zeit der Planung und Ausführung der Kämpfe widmen.

Obwohl Marcos sein Bestes tut, um das Anwachsen der NPA klein erscheinen zu lassen, ist er beunruhigt genug, um ihre Unterdrückung zu einem der Hauptziele seiner neuen Administration zu erklären. Mitte Januar 1982 gab die Armee den Einsatz von 12 bis 20 neuen Bataillone bekannt, die speziell die NPA zerschlagen sollen. Davor schon waren Einheiten, die Erfahrungen aus Operationen gegen die Nationale Befreiungsfront der Moros mitbringen, in Gebiete der NPA verlegt worden.

Viel umfangreicher als ihre militärische Kapazität ist der politische Einfluß der NPA. Sie ist heute von 27 Fronten aus tätig, die 412 Städte in 47 philippinischen Provinzen abdecken. Eine Guerilla-Front ist ein Gebiet mit eigener Partei-Einheit, Massenorganisationen und Guerillakräften, mit gesondertem militärischen Kommando. Diese Grundeinheiten müssen in der Lage sein, für lange Zeit mehr oder weniger unabhängig zu funktionieren. Mittels dieser Fronten erhält die NPA die aktive Unterstützung von 6 Mio. Menschen, einem Sechstel der ganzen ländlichen Bevölkerung. Über eine Million Bauern und landlose Arbeiter gehören den Massenorganisationen an, die durch die Kommunistische Partei (CPP) geführt werden. Die Ausweitung des politischen Einflusses der NPA ging Hand in Hand mit dem Fortschreiten des revolutionären Landreformprogramms. Ende 1980 hatten gerade 1684 Pächter gemäß dem inzwischen 8 Jahre alten Programm der Regierung Besitztitel auf ihr Land erhalten. Allein in zwei Provinzen jedoch haben 6754 Bauern die Pachtzahlungen verweigert als Ergebnis der von der NPA geführten Kämpfe. Weitere 4500 Bauern und landlose Arbeiter haben die Pachten vermindert oder eine Lohnerhöhung erreicht.

Eine allgemeine Aufwallung des Widerstandes ist ebenso in den Städten festzustellen. Dabei wurden neue städtische Bevölkerungsschichten in die Auseinandersetzungen hineingezogen. Lehrer staatlicher Schulen und Beschäftigte im Gesundheitswesen haben gestreikt; Rechtsanwälte protestierten gegen Greueltaten und Folter der Armee und verteidigten politische Gefangene; Journalisten organisierten sich gegen die fortlaufenden Einschränkungen der Pressefreiheit; Frauenorganisationen protestierten gegen Schönheitswettbewerbe und gegen Sex-Tourismus; Anti-Kernkraft-Gruppen schlossen sich gegen Atomwaffen auf Militärstützpunkten der US-Armee und den Bau des ersten Kernkraftwerks im Land zusammen; Tuberkulosekranke, Blinde und Behinderte protestierten gegen die Kürzungen der öffentlichen Unterstützung für die Befriedigung ihrer grundlegenden Bedürfnisse.

Etablierte Bereiche des Widerstands machten ebenfalls erhebliche Fortschritte, z.B. die Arbeiterbewegung seit der Gründung von „Kilusang Mayo Uno" (KMU, Bewegung 1. Mai) im Mai 1980. Die KMU stand an der Spitze bei der Bildung der „Vereinigten philippinischen Arbeiter" (PMP), wo Arbeiterorganisationen mit ganz unterschiedlichen politischen Überzeugungen zusammenkamen, um sich der gegen die Arbeiter gerichteten Politik der Diktatur entgegenzustellen. Während der staatliche „Gewerkschaftskongreß der Philippinen" auseinanderfällt, entwickeln sich KMU und PMP schnell zu einer fähigen politischen Kraft.

Die KMU hat schätzungsweise 500000 Mitglieder, während PMP 30% der 1,8 Mio. organisierten Arbeiter des Landes erfaßt. Der rasche Aufstieg der KMU fällt mit einer Verschärfung der ökonomischen Krise zusammen, die immer mehr Arbeiter zum Handeln zwingt. Trotz des neuen, restriktiveren Arbeitsgesetzes von 1981 wurden 257 Streiks verzeichnet gegenüber 47 im Jahr 1980 und 51 im Jahr davor. Andere wichtige Bereiche des städtischen Widerstands, die im letzten Jahr einige Erfolge verbuchen konnten, sind die Studentenbewegung und der christliche Widerstand. Nachdem die Bewegung unter den Studenten viele Jahre lang im großen und ganzen auf die Hauptstadt Manila beschränkt gewesen war, brachen in der zweiten Hälfte des Jahres 1981 in einem Dutzend anderer Städte Studentenunruhen aus. Der Protest gegen höhere Studiengebühren und andere hochschulspezifische Dinge wurde mit nationalen politischen Zielen verbunden, und ca. 390000 Studenten von 60 Hoch- und Fachschulen beteiligten sich an Unterrichtsboykotts.

Alle Sektoren des Widerstands vereinigten sich schließlich in einer massiven Bewegung für den Boykott von Marcos' betrügerischen Präsidentschaftswahlen im Juni 1981. Die Wahlen waren Teil von Marcos' „Normalisierungs"-Programm, das die Aufhebung des Kriegsrechts im Januar und die Änderung der Verfassung im April einschloß. Die linke „Nationale Demokratische Front" (NDF) bezeichnete dieses Programm als einen Versuch, etwas demokratische Tünche über fortgesetzte Diktatur und Unterdrückung zu streichen.

Man schätzt, daß 40% der Wahlberechtigten die Wahlen boykottierten; weitere 20% dürften ihre Stimmzettel ungültig gemacht haben. Wichtiger ist aber, daß die Boykott-Bewegung einen politischen Bezugspunkt herstellte, um den sich alle Widerstandkräfte, einschließlich der opposionellen Teile der nationalen Elite, sammeln konnten.

Die Bedingung für eine beachtliche Verbreitung der Kräfte der nationalen Befreiung in den nächsten paar Jahren scheinen auf den Philippinen ziemlich günstig.

aus: Guardian (USA), 14.4.1982 – eigene Übersetzung



Straßentheater während einer Boykott-Rally der Studenten von Manila im Juni 1981. Rallies, Demonstrationen und Teach-ins finden in 12 großen und 36 kleineren Städten im ganzen Land statt. Etwa 260000 Menschen nahmen direkt an den Boykottaktionen teil, trotz amtlicher Drohungen, Überfällen und der Erschießung von 13 Demonstranten.

Der Rückzug aus dem Sinai besiegelt das Scheitern von Camp David

chm. Es geht angeblich um 600 m Land, die, wohlgemerkt unbestritten ägyptisches Territorium, das Touristendorf Taba am Roten Meer mit dem israelischen Hafen Eilat verbinden. Um diese 600 m soll es also hauptsächlich gehen bei dem Widerstand, den Israel gegen die Erfüllung seiner Verpflichtung aus dem Camp David Abkommen leistet, sich bis zum 25.4. aus der Sinaihalbinsel zurückzuziehen. Für weitere 15 Gebietspunkte in der Zone C, also dort, wo die multinationale Beobachtertruppe eingesetzt ist, ist Israel bereit, ein Schiedsverfahren zu akzeptieren, das sie zwischen ihm und Ägypten aufteilt. Nur bei Taba nicht. Wieder pendelt ein US-Diplomat, diesmal der stellvertretende Außenminister Stoessel, zwischen Tel Aviv und Kairo und vermittelt.

Was will Israel für Taba haben? Einmal eine von Kairo, Washington und ihm unterzeichnete Erklärung (die wievielte?!), daß Ägypten Camp David respektiere und sich an das Abkommen halten werde. Die USA sollen als die Schirmherrin des ganzen mitunterzeichnen. Israel behauptet, Ägypten habe in letzter Zeit das Abkommen verletzt, indem es in die schon geräumten Gebiete mehr Soldaten geschickt habe, als zulässig sei; es habe auch Waffen an die PLO im Gazastreifen geliefert. Stimmen im israelischen Parlament werden schon laut, die zumindest eine Verschiebung des Rückzugs fordern. Es sind Stimmen, die mit der rechtsextremistischen Siedlerbewegung, deren Mitglieder sich in den Bunkern der Siedlung Yamit im Norden Sinais verschanzt haben, organisatorisch nicht zu tun haben.

Yamit werde erst ganz zum Schluß geräumt, heißt es in Israel. Zwei andere Siedlungen sind montags von der israelischen Armee leergemacht worden. Die angereisten „politischen" Siedler – die seit Jahren hier ansässigen Bewohner, die genauso illegal dort gesiedelt haben wie die jetzigen, sind schon längst weg und mit Millionenbeträgen „entschädigt" – wurden mit Hilfe von Hebekränen und Käfigen von den Dächern runtergeholt. Vergnüglich muß dieser Teil der „Räumung" abgelaufen sein. In Yamit dagegen klingt alles schon wieder viel ernster: Mit Selbstmord haben die dort verschanzten Mitglieder und Sympathisanten der Gush Emunim und der Kach des amerikanischen Rabbi Kahane gedroht, wenn sie zur Räumung gezwungen werden sollten. Sie ziehen bewußt die Parallele zum Selbstmord der Verteidiger der jüdischen Festung Massada (74 n. Chr.), die den kollektiven Selbstmord der römischen Gefangenschaft vorgezogen haben.

Hier schließt sich der Kreis und läßt sich das Bindeglied zwischen diesen „Spinnern" und der offiziellen Staatsideologie finden. Es gehört zu den entscheidenen Versatzstücken der offiziellen Staatsideologie, daß sich Israel seinen jüdischen Bewohnern und der Außenwelt gegenüber als „belagerte Festung" präsentiert – was natürlich insofern stimmt, als es aufgrund *seiner* Politik seine Integration in die Nahostregion unmöglich macht, dies aber auch aufgrund der Staatskonzeption eines rein jüdischen Staates, Vorposten europäischer „Zivilisation" im barbarischen Arabien, gar nicht will. Wenn es einer belagerten Festung gelingt, den Belagerungsring etwas weiter hinauszuschieben, wie dies im Junikrieg 1967 gelungen ist, so ist jeder Zentimeter Boden ein Objekt zähen Feilschens.

Nun erscheinen trotzdem die 600 m Sand um Taba immer noch zu wenig angesichts der Rückgabe fast des gesamten Sinai. Es geht also vielleicht gar nicht mehr um die 600 m? Real wäre natürlich solch ein Stückchen Hinterland für den israelischen Hafen Eilat am Golf von Agaba ganz passend. Die Stadt endet unmittelbar an der ägyptischen Grenze. Darum ist es sicherlich auch anfangs gegangen, vielleicht auch um das Touristenhotel und das Feriendorf. Aber es geht längst nicht mehr darum: Es geht um die Camp David Verträge insgesamt. An dem Feilschen um diese 600 m wird das Scheitern dieses Unternehmens vor allem für Israel deutlich: Ägypten hat weitgehend sein besetztes Terriorium bekommen. Die Tage sind gezählt, bis es wieder in die arabische Welt integriert wird. Das entré-billet, das Minimum sozusagen, ist jedoch, daß es tatsächlich jeden Zentimeter des Sinai der israelischen Kontrolle entreißt. (Auch die Überweisung an eine Schiedskommission wie bei den anderen 15 Punkten wäre akzeptabel, was Israel für Taba jedoch ablehnt.) Jeder Zentimeter deshalb, weil Ägypten *keinen* anderen Erfolg dieser Verträge vorzeigen kann: In keiner anderen Frage außer dem Sinai hat Israel Konzessionen gemacht – weder in der von den Palästinensern abgelehnten Autonomie, noch in der Jerusalemfrage, nichts. Im Gegenteil – die letzte Phase von Camp David ist begleitet von der schwersten Welle von Unterdrückung, die die besetzten palästinensischen Territorien je erfahren haben und von massiven Kriegsvorbereitungen gegen den Libanon.

Israel macht die 600 m Sand in Taba zum Prüfstein für Ägyptens „Friedenswillen" und macht es Ägypten wegen der Intransingenz seiner Haltung in allen anderen Fragen, vor allem gegenüber den Palästinensern, unmöglich, auf die 600 m zu verzichten. So liefert die Abschlußphase, die Krönung sozusagen dieses Jahrhundertwerks, den Beweis für die Unversöhnlichkeit der Interessen zwischen Israel und der arabischen Welt – exemplarisch am Beispiel Ägyptens vorgeführt.

Für die Siedler, die sich in Yamit verschanzt haben, als konsequenteste Vertreter des zionistischen Geschichtsbildes, sind sie der Beweis dafür, daß Massada ein beliebig historisch wiederholbares Trauma ist. Denn Ägypten ist ja vertragsbrüchig geworden – was sie immer gesagt und erwartet haben. In diesem Teufelskreis zionistischer Geschichtsklitterung steckt jeder Jude, der im besetzten Palästina lebt.

Zimbabwe zwei Jahre nach der Befreiung – Landreform, Ersatzlösung oder was sonst?

Von Thomas Frank

Zwei Jahre, nachdem die ZANU nach einem glänzenden Wahlsieg die Unabhängigkeitsfeiern ausrichten konnte, scheint sich für die Träger des Befreiungskampfes, die armen afrikanischen Bauern, noch nicht sehr viel verändert zu haben. Der Autor, der seit 7 Monaten in Zimbabwe lebt, untersucht die schwierigen Voraussetzungen für eine wirkliche Landreform, die einmal aus den Festlegungen des Lancaster-Abkommens, das den Übergang zur Unabhängigkeit regelte, entspringen, zum anderen aber auch auf die mangelnden Erfahrungen der ZANU auf diesem Gebiet zurückzuführen sind. In diesem ersten Teil geht es hauptsächlich um die Besitzverhältnisse *vor* der Befreiung. Der zweite Teil in der nächsten KVZ behandelt Pläne und Stand der Landreform heute.

Der drückende Mangel an Boden war die zentrale Triebkraft des bewaffneten Kampfes des zimbabweschen Volkes gegen das rhodesische Siedlerregime. Der Kampf endete mit einem politischen Kompromiß. Trotz eines überwältigenden Wahlsieges sind die Bewegungsmöglichkeiten der Regierung sehr begrenzt. Eingezwängt in die Bestimmungen des Lancaster Kompromisses und der Verfassung darf die Regierung nicht ohne „angemessene Entschädigung" enteignen. Die Bestimmungen binden die Regierung für 10 Jahre. Absehbar war also, daß die halbe politische Lösung die drängenden sozialen Widersprüche keiner befriedigenden Lösung zuführen konnte. Die Frage war, ob die Verfassung eine Politik erlauben würde, die eine gründliche Lösung des Problems vorbereiten kann, wie eine solche Politik aussehen würde und wie sie in eine Landreform münden kann.

Heute, zwei Jahre nach der Unabhängigkeit, ist das Landproblem nicht weniger drückend. Gerade angesichts der hohen Erwartungen kann die Regierung ihre auf diesem Gebiet entfalteten Aktivitäten kaum auf der Positivseite bilanzieren. Trotz immer wiederkehrender Beteuerungen des Willens, etwas zu ändern, sind die erfolgten Veränderungen noch sehr bescheiden. Auch ist nicht einfach offensichtlich, in welche Richtung sie gehen: Von linken ZANU- und ZAPU-Kräften, die im Augenblick für die politischen Entscheidungen bedeutungslos sind, wird auf die Ähnlichkeit der gegenwärtigen Vorhaben mit denen Muzorewas hingewiesenen und daraus gefolgert, daß die Regierung in den gleichen Rang von „Ausverkäufern" gesunken sei. Die offiziellen ZANU-Äußerungen umfassen eine große Bandbreite von Versprechungen, daß es jetzt mit der Umsiedlung richtig losgehe und Ermutigungen, Kooperativen zu bilden, bis Ermahnungen an die Bauern, sie sollten nicht immer über schlechten Boden klagen, es gebe auch da Möglichkeiten der Produktionssteigerung.

Darüber, daß die Bodenknappheit noch immer die Hauptsorge der Bauern ist und daß ihre größte Erwartung und Hoffnung an und auf die Regierung darin besteht, hier Abhilfe zu schaffen, kann es keinen Zweifel geben.

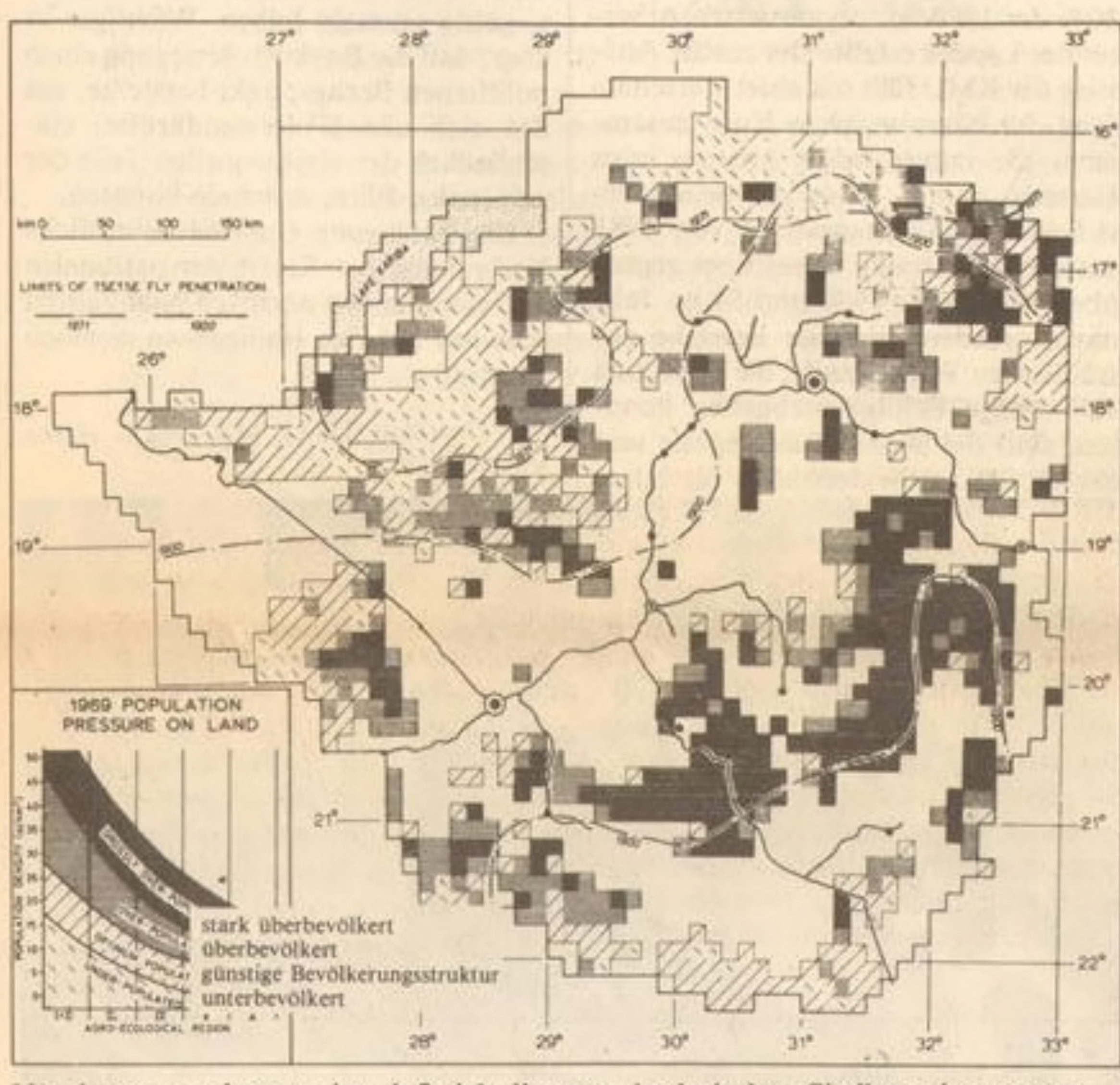
Über 60000 Bauern konnten inzwischen nicht mehr warten: Sie wirtschaften auf besetztem Land.

Zur Ausgangslage

Zur Zeit der Unabhängigkeit war das Land folgendermaßen aufgeteilt: 16,2 Millionen ha waren afrikanisches Stammesland (Tribal Trust Land = TTL), 780000 Familien produzierten hierauf hauptsächlich für den Eigenbedarf. Das Land, heute Gemeindeland, ist kein privates Eigentum. 252 Häuptlinge waren für die Zuteilung von Ackerland an die Bauern zuständig (eine Bestimmung, die kürzlich zugunsten der Bezirksräte geändert wurde) und überwachten die Nutzung des Gemeindeweidelandes. Das Vieh ist individuelles Eigentum der Bauern.

14,8 Millionen waren im Besitz von weißen Farmern und großen Gesellschaften, 5400 Farmen und Gesellschaften betrieben auf dem Land Ackerbau und Viehzucht. 1,5 Millionen ha waren freigegeben für den Erwerb durch afrikanische Farmer. Auf 1,1 Millionen ha dieses Landes wirtschafteten 8500 Farmer, die sich die Berechtigung dazu mit der erfolgreichen Ablegung einer Prüfung für den „Meister-Farmer" verschafft hatten.

Bevölkerungsdruck 1969



Unschwer zu erkennen ist, daß sich die vom rhodesischen Siedlerregime gezogenen Grenzen zwischen Farmland und afrikanischem Land an günstigen oder weniger günstigen natürlichen Bedingungen orientieren. Nach neueren Berechnungen sind 29,8% des afrikanischen Landes um das Doppelte seiner Tragfähigkeit überbevölkert. 12,9% um das Dreifache, 11,7% um das Vierfache und 12,9% um das Fünffache.

Die verschiedenen, auf dieser Seite abgebildeten Karten geben einen Eindruck von den unterschiedlichen Bedingungen in den Gebieten. Durch Überbeanspruchung wegen der Übervölkerung ist das afrikanische Stammesland heute teilweise Halbwüste. Die Bevölkerungsdichte erreichte stellenweise europäische Dimensionen mit bis zu 200 Personen pro Quadratkilometer. 17mal soviel Land wie zu Ackerbau geeignet war unter Getreide. Dieses Land hätte ohne Schaden für das Land höchstens als Weide getaugt. Im Kontrast dazu: 3,7 Millionen ha in den weißen Gebieten wurden als potentielles Ackerland eingeschätzt, nur 15% davon waren bis 1976 unter dem Pflug gewesen. Die Bedingungen für die afrikanischen Farmer waren alles andere als rosig. Der fast fehlende Zugang zu Krediten, die erschwerten Vertriebsbedingungen usw. führten zu einer Situation, wo der pro-ha-Ertrag teilweise unter den des TTL abrutschte, da die TTL-Bauern erzwungenermaßen mehr Arbeit pro ha Land flüssig machen mußten.

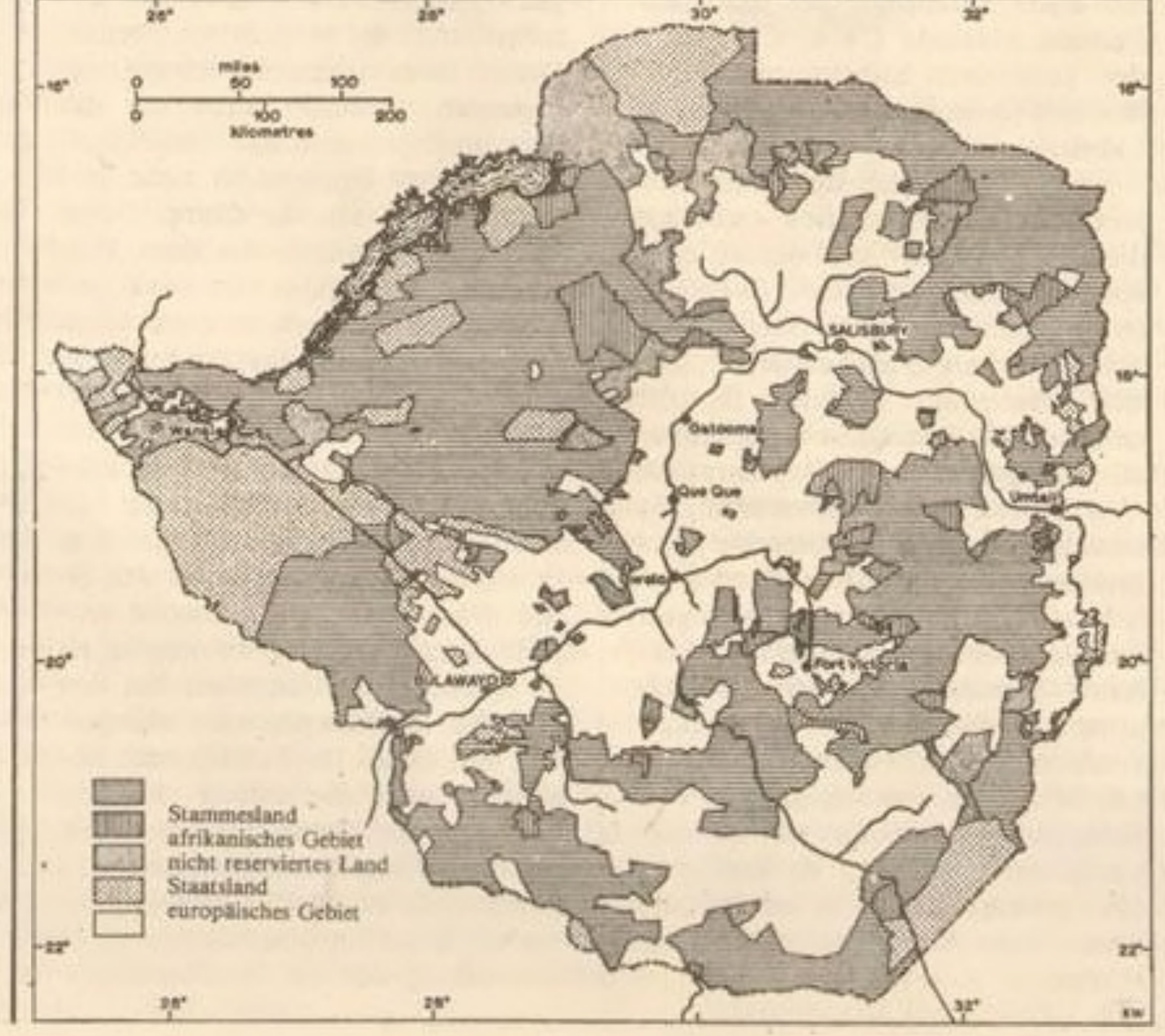
Die Infrastruktur in den afrikanischen Gebieten ist so gut wie gar nicht entwickelt. Von den Verkehrswegen waren diese Gebiete weit entfernt. Verkaufen konnten die Bauern fast nur an die staatliche Vertriebsorganisation, die sie stark benachteiligte. Dazu kommt, daß diese Gebiete hauptsächlich unter den Kriegszerstörungen zu leiden hatten. Die Rhodesier hatten Schulen, Geschäftszentren, Kliniken usw., alles das, was es sowieso nicht ausreichend gab, geschlossen. Von 1800 Wassertanks, die es in diesen Gebieten gab, waren 1600 zerstört. Ca. 1,4 Millionen Menschen waren durch den Krieg in der einen oder anderen Weise gezwungen, ihr Land zu verlassen. 250000 gingen als politische Flüchtlinge in die Nachbarstaaten, 400000 in die Städte, 750000 wurden von der rhodesischen Truppe in sogenannten „geschützten Dörfern" zusammengepfercht. Kilometerweit von ihrem Land entfernt, ohne Transportmittel, ohne Ersatzland. Alle diese Menschen strömten nach der Unabhängigkeit auf ihr Land zurück.

Das heutige durchschnittliche Einkommen der afrikanischen Bauern ist von Gebiet zu Gebiet verschieden. Für die Bauern in den TTLs geht es von durchschnittlich 80 Dollar (ungefähr das Dreifache in DM) bis gebietsweise an die 250 Dollar. Für die afrikanischen Farmer geht das Jahreseinkommen von gebietsweise 300 bis 4000 Dollar. Alle diese Zahlen sind aber sehr ungewiß. Insbesondere bei den höheren Einkommen sind wahrscheinlich noch andere Quellen als Landwirtschaft den Bauern zugänglich wie Handwerk und teilweise Lohnarbeit. Seit den 60er Jahren dürfte das Einkommen stetig gesunken sein. Irgendwelche Sozialversicherungen gibt es nicht.

Ohne in diesem Artikel weiter auf die Geschichte eingehen zu wollen, nur soviel: Über verschiedene Gesetze sind die afrikanischen Bauern ganz gezielt als Konkurrenz für die weißen Farmer ausgeschaltet, von gutem Land vertrieben und auf die schlechtesten Gebiete eingeschränkt worden. Nicht um ihnen dort Landwirtschaft zu ermöglichen, sondern um sie zu zwingen, neben der Landwirtschaft ihre Arbeitskraft als Lohnarbeiter in den Minen oder auf den weißen Farmen zu verkaufen. Dort konnten sie dann weit unter Wert bezahlt werden, weil sie gleichzeitig auf dem Land noch kargen Ackerbau betreiben und betreiben mußten. Die Schätzungen, wieviele Frauen heute auf dem Land alleine wirtschaften, weil der Mann in der Stadt arbeiten muß, reichen von 136000 bis 235000. Im ZIMCORD-Dokument heißt es, daß von der schwarzen Bevölkerung in Salisbury heute noch 83,4% ein Haus auf dem Land haben. Dazu waren sie unter dem früheren Regime auch durch politische Festlegungen gezwungen, die ihnen ein dauerhaftes Verbleiben in der Stadt verboten. Die Arbeit in der Stadt wiederum ist heute auch für die auf dem Land lebenden Verwandten von großer Bedeutung. Nicht nur Industriegüter kaufen sie mit dem Geld, das sie von den Städtern bekommen, auch Lebensmittel müssen heute in die TTLs eingeführt werden.

Über 4 Millionen Menschen leben in den afrikanischen Gebieten. Auf Teilen davon sollen heute bis zu 40% der Männer (das Land wird bis jetzt nur an die Männer vergeben) zwischen 16 und 30 Jahren überhaupt kein Land mehr haben.

Verteilung des Landes nach Rassen



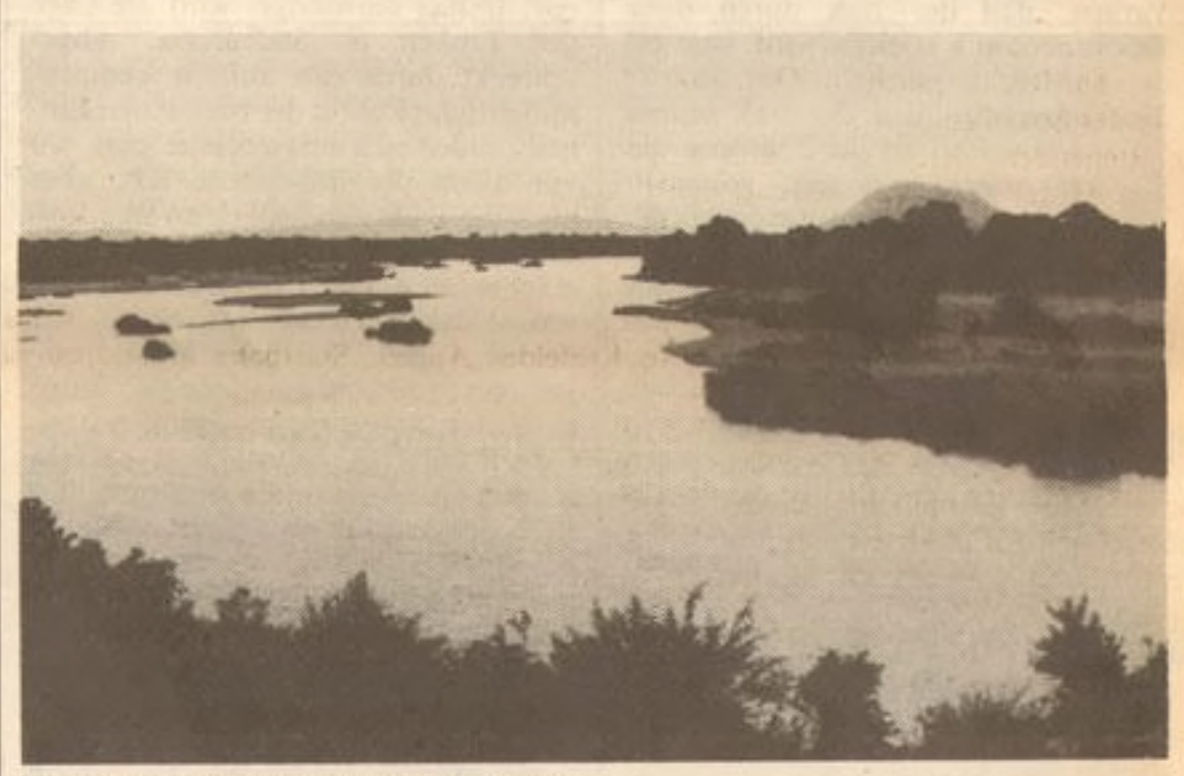
Die Farmen

Auf den afrikanischen Farmen arbeitet durchschnittlich weniger als ein Farmarbeiter pro zwei Farmen. Auf den weißen Farmen haben 1979 im Schnitt über 52 Arbeiter (ohne Saisonarbeiter) auf einer durchschnittlich Farm von 2157 ha Größe gearbeitet. Doch diese Durchschnittszahlen geben leicht einen falschen Eindruck. 216 weiße Farmen besitzen über ein Drittel des weißen Landes, darunter: Liebig und Lonrho je über 500000 ha, South African Imperial Cold Storage's Nuanetse Ranch 400000 ha, Anglo America Corporation zwei Farmen mit je 60000 ha. 6,2% der Farmen produzierten 1974/1975 nahezu 50% aller landwirtschaftlichen Waren. 1979 beschäftigten 14 Farmen im Schnitt 1800 Arbeiter ohne Saisonarbeiter und 16 Farmen 1930 Arbeiter mit Saisonarbeitern. Mit 327000 Beschäftigten 1980 war Land- und Forstwirtschaft der bei weitem größte Beschäftigungszweig überhaupt. Der durchschnittliche Jahreslohn betrug 1980 458 Dollar. Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß schon 1976 die 5500 weißen Aufseher und ausgebildeten Farmarbeiter, die in diesen Zahlen enthalten sind, ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 5102 Dollar hatten.

In vielerlei Hinsicht sind die Farmarbeiter die elendigsten und vergessensten unter den ausgesaugten afrikanischen Massen. Heute, nach dreimaliger gewaltiger Anhebung des Mindestlohnes liegt dieser bei 50 Dollar, und der Durchschnittslohn dürfte auch nicht weit darüber liegen, wenn die Verstöße mitgerechnet werden. Damit liegt er 30 Dollar unter der Armutsgrenze von 1980 für eine sechsköpfige Farmarbeiterfamilie. Isoliert und ohne Transportmöglichkeiten sind sie auf der großen Farmen völlig ihren Ausbeutern ausgeliefert. Soweit es Schulen gibt, wurden sie bis zur Unabhängigkeit von den Farmern betrieben. Bedingung für den Schulbesuch war oft neben Schulgeld die Arbeit der Kinder vor oder nach dem Unterricht. Gelernt werden konnte auf diesen Schulen nur das Nötigste in Rechnen und Schreiben.

Die Wohnbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien sind elend. Inmitten des Grundstücks des Farmers wohnend, sind sie dann oft auch noch darauf angewiesen, in seinen Geschäften, sofern es das überhaupt gibt, einzukaufen. In dem „Report of the Kommission of Inquiry into Incomes, Prices and Conditions of Service" (im folgenden Riddell-Report) wird berichtet, daß bei Stichproben auf fünf als besser bezeichneten Farmen in der Bindura-Gegend in der Altersgruppe von 6 Monaten bis zu 2 Jahren 99% der Kinder unterernährt waren. 68% der Kinder wurden auf den Farmen geboren, 9% starben noch im ersten Monat.

1978 lebten 36900 Weiße auf dem weißen Farmland, und geschätzt werden 1,5 Millionen Afrikaner. Die weiße Farmwirtschaft ist in jeder erdenklichen Weise staatlich gefördert worden:



Durch Bodenerosion verschlammtes Tal

durch den Raub des besten Landes ohnehin, weiter mit einer ausgebauten Infrastruktur; Subventionen (in den 70ern jährlich mehr als 20 Millionen Dollar), garantieren höhere Preise bei der staatlichen Vertriebsorganisation; mit leichtem Zugang zu Krediten, und trotzdem kam nur der kleinere Teil der weißen Farmer in die Verlegenheit, Steuern zahlen zu müssen; 1976:1419 Farmen.

Frühere Reformvorschläge

Die Gründe für die Bauern, die Guerillakämpfer zu unterstützen, lagen auf der Hand. Natürlich zwangen sie mit dem fortschreitenden Krieg auch das Siedlerregime, ihre Probleme in der einen oder anderen Weise zur Kenntnis zu nehmen.

Sollte die „innere Lösung" überhaupt gelingen, mußte auf das Landproblem eingegangen werden. An dieser Stelle will ich mich nicht damit befassen, inwieweit sich innerhalb der Widersprüche Siedler gegen internationales Kapital mit der „inneren Lösung" eine Kräfteverschiebung ergeben hätte in bezug auf die vorherrschenden Interessen im Staatsapparat – eine Frage, die in diesem Zusammenhang sicher sehr interessant ist und für das Verständnis der „inneren Lösung" und was danach passiert ist, erörtert werden müßte. Hier soll der Rahmen enger sein und ich will nur die verschiedenen Konzepte zur Landwirtschaft einführen.

Der rhodesische Farmerverband, der afrikanische Farmerverband, der UANC (Muzorewa) und der interne Flügel der ZAPU, der als African National Council Zimbabwe (ANCZ) operierte, hatten ziemlich gleichlauten-

Fortsetzung folgende Seite unten

Positionen zu Polen

Einige Schlußfolgerungen, die in der Linken gegenüber „Solidarność“ und dem Kriegsrechtsregime in Polen gezogen worden sind – und einige eigene Schlußfolgerungen

Von Gerd Koenen

Im folgenden werde ich versuchen, einige wesentliche und charakteristische Positionen, die in der Linken hierzulande gegenüber „Solidarność“ und dem Kriegsrechtsregime in Polen eingenommen worden sind, noch einmal kurz zusammenzufassen, kritisch zu würdigen, und am Ende einige eigene Schlußfolgerungen aus der Entwicklung in Polen zu ziehen. Dabei werde ich diejenigen Positionen aussparen, die der unseren nahestehen (bei durchaus wichtigen Unterschieden im einzelnen – aber die gibt es auch bei uns): Positionen, wie sie im großen und ganzen in der *taz*, mehrheitlich in der AL Westberlin und bei den GRÜNEN, vom Sozialistischen Büro, von den Vertretern der vormaligen „Komitees“ in der Redaktion der „Modernen Zeiten“, dann von einigen Alt-Spontis wie D. Cohn-Bendit, schließlich von einigen (wenigen) Leuten bei der DGB-Jugend bzw. den Einzelgewerkschaften vertreten worden sind.

Ich will also hier hauptsächlich angreifbare und zu kritisierende Positionen aufführen, und dabei drei Sorten unterscheiden: die Friedens-Polizisten, die Nicht-Einmischer und die Wahren Revolutionäre.

Die Friedens-Polizisten

Über die Parteigänger der unaufhaltsamen, gepanzerten Macht des „realen Sozialismus“ ist nicht viel zu sagen. Die publizistische Kampagne, zu der sie sich nach dem 13. Dezember genötigt sahen, hat ja auch kein einziges neues Argument erbracht. Die ganze polnische Millionenbewegung ist eine einzige „ideologische Aggression“ von Westen aus. Es ging Solidarność um die „Wiedereinführung des Kapitalismus“, und peng! „Wir wissen aus revolutionären Entwicklungen in andern Teilen der Welt, daß eine revolutionäre Organisation ebenso wie ein sozialistischer Staat das Recht braucht, zur Verteidigung des Sozialismus die zur Verfügung stehenden gesetzlichen und staatlichen Mittel auch einzusetzen.“ (Erklärung des MSB Spartakus, in: rote blätter 1/1982) Die polnische Armee als organischer Teil der Friedensbewegung, in vorderster Frontlinie!

Anders herum, aber dabei fast noch ultra von der DKP, argumentiert Herrmann L. Gremliza, Chefredakteur von „konkret“. Alle Komplikationen der Welt fassen sich für ihn in dem Gramsci-Wort zusammen: „Die Krise besteht genau darin, daß das Alte im Sterben liegt und das Neue nicht geboren werden kann.“ Forsetzung Gremliza: „Das Alte ist der Kapitalismus, das Neue der Sozialismus.“ – Und was beweist da die Verhängung des Kriegsrechts über Polen? „... *daß es der Kapitalismus bei der Zerstörung des Sozialismus weit gebracht hat*“.

In diesem 70jährigen Krieg des internationalen Kapitalismus gegen die Oktoberrevolution nun sei Polen der ideale Angriffspunkt. Denn Polen, so der Schriftsteller H.P. Piwitt im gleichen Heft, sei eine „abenteuerliche Mutation“ unter den europäischen Staaten bzw. Völkern. Gremliza sagt es so: „Die Arbeiter: umgeschulte Kleinbauern. Die Kleinbauern: bigotte Klein-Unternehmer. Die Intelligenz: parisesisch. Die Idee der Emanzipation: eine Diktatur von außen.“ Und dann noch importiert von den Russen! Nein, in Polen, im „Land der großen abendländischen Religionen (Katholizismus, Nationalismus, Antisemitismus)“ hatte der Sozialismus einfach keine Chance. Neu-linkes Ressentiment verbindet sich hier organisch mit altdeutsch-reaktionärem!

Freilich, Gremliza ist auch kritisch gegen die polnische Partei, gegen Gomulka und Gierek – weil sie nämlich liberal bis ins Mark waren, immer zu Kompromissen geneigt, „und den lieben Gott einen besonders guten Mann sein ließen“! Pfui Deibel! Aber statt guter Empfehlungen oder Ermahnungen hilft Polen (wenn ihm zu helfen ist!) nur eines: „Kampf gegen das Alte, das das Neue nicht oder nur verkrüppelt zur Welt kommen lassen will.“ Also Krefelder Appell, Startbahn West – „oder jede andere Aktion, die den Kapitalismus trifft“. (Bis daß der Traum euch Sühne lacht, konkret 2/82)

Das darf man wohl Schützenhilfe im wörtlichsten Sinne nennen für den „Friedenskampf“ der Sowjetunion. Aber ja nicht erst seit neuestem.

Neu dagegen (oder vielleicht auch nicht) ist der schneidende Ton des Ordnungshüters, den Michael Stamm (Gruppe Z), Vertreter der Mehrheitsrichtung bei den „Modernen Zeiten“, anschlägt, um alle anzupfeifen, die heute zur Solidarität mit Solidarność aufrufen, und dabei gar von ihren Regierungen diplomatische oder wirtschaftliche Schritte gegen das Kriegsrecht in Polen fordern. Die letzteren stellt Stamm geradzu außerhalb der Menschheit. Namentlich genannt werden Michael Siegert und Max Thomas Mehr von der *taz* und H.-G. Schmierer vom KBW. Nach Stamm hat Reagan das atomare Grande Finale schon so definitiv vorbereitet, daß Max Th. Mehr mit seiner Aufforderung zur Einmischung in Polen nichts ist als „*ein durch eine besondere Gesinnung legitimierter Kriegstreiber*“, der sich von Haig nur noch dadurch unterscheidet, daß dieser den Finger am Abschußknopf hat (wörtlich!). – Der „Solidarność“ selbst wirft Stamm vor, sich nicht an ihre hoch und heilig geschworene Selbstbeschränkung gehalten zu haben. Dann hat sie natürlich die Folgen selber zu tragen! (Linke Machtphantasien zu Polen, in: MOZ 3/82)

Das also wäre, was ich einen Friedens-Polizisten nennen würde: Rechtfertigung der Unterdrückung der Bewegung in Polen durch Kriegsrecht, ausdrücklich oder implizite – angeblich im Interesse des Weltfriedens. Im Vorwort zur 3. Auflage von „Freiheit, Unabhängigkeit und Brot“ (vgl. KVZ 9/1981) habe ich mich bereits aufführlicher damit auseinandergesetzt, wie diese Sorte aggressiver Indifferenz gegenüber den Ereignissen in Polen überhaupt nichts anderes ist als eine neue, – mit der denunziatorischen Schärfe von Stamm könnte ich sagen: wie ein Gestapo-Handschuh auf „links“ verkehrte – Version eines (west)deutschen Chauvinismus, der zwei objektive Tatsachen zur Grundlage hat: erstens die relativ starke Weltmarktstellung des BRD-Kapitals, die einen brutalen spießbürgerlichen Wunsch nach „Frieden“ für die westdeutsche Prosperitäts-Oase erzeugt, egal ob andere dafür über die Klinge springen müssen; und andererseits die Tatsache, daß der Schlüssel für einen *solchen* „Frieden“ für die BRD zweifellos in Moskau liegt.

Die Nichteinmischer

Solche Positionen, wie sie Stamm in der MOZ vertritt, findet man jederzeit auch im „Arbeiterkampf“ des KB; man hätte sich also wiedergefunden?! Im Widerspruch dazu stand allerdings unmittelbar nach dem 13. Dezember eine Erklärung des KB, in der verblüffend richtige Sachen standen: „Der Ausnahmezustand in Polen ist die vorläufig letzte Konsequenz der Tatsache, daß in Polen ein politisches und soziales System nur noch mit Zwangsmitteln und äußerem Druck gegen die große Mehrheit des Volkes aufrechterhalten wird.“ Der KB wandte sich sogar ausdrücklich gegen eine Doktrin, wonach dies Zwangssystem mit allen Mitteln aufrechterhalten werden müsse, „da andernfalls das ‚internationale Gleichgewicht‘ zuungunsten der Sowjetunion beeinträchtigt würde“. Der KB erklärt deshalb seine Unterstützung für den Widerstand in Polen. (AK 215, S. 3)

In der Praxis war davon allerdings fast nichts zu bemerken; und schon in der folgenden Nummer – als in Polen gerade die streikenden, besetzten Betriebe von Panzern überrollt worden waren – entwickelte der AK unter der fetten Titelzeile „Am Beispiel Polen – Der Imperialismus als Herr der Welt“, daß alles Lüge, Übertreibung, eine einzige imperialistische Kampagne sei. Ja, mit der Ankündigung von Sanktionen sei der westliche Imperialismus sogar zu einer neuen, verschärften Aggression gegen „den unmittelbaren Machtbereich der Sowjetunion“ angetreten. „... der Ruf nach einer Revision von Jalta, der Poker mit der totalen Konfrontation – alles das setzt voraus, daß sich der Imperialismus heute bereits im Besitz einer nötigenfalls *entscheidenden* militärischen und ökonomischen Überlegenheit sieht“. (AK 216, S. 2)

Nun ist klar, daß nur eines von beidem geht: *entweder* man ist solidarisch mit dem Kampf des polnischen Volkes für „uneingeschränkte Demokratie und Selbstbestimmungsrecht“ (wie der KB in seiner ersten Stellungnahme) *oder* man opfert dies alles einem „Friedenskampf“ unter, worin jede Schwächung der Sowjetunion eine Stärkung des US-Imperialismus bedeutet. Solidarność ist dann objektiv ein Schwächungsfaktor der SU und muß also verschwinden. – fb hat in KVZ 10/82 mit dieser Auffassung, die im „Arbeiterkampf“ auch explizit vertreten wurde, polemisiert. Der Genosse Kt., Hamburg, einer der Mit-Redakteure des AK, hat empört mit dem Hinweis auf die obige Erklärung des KB geantwortet (KVZ 14/82).

Dem Genossen Kt. muß zugute gehalten werden, daß er selbst einen ernsthaften Versuch unternommen hat, die spezielle Beurteilung der internationalen Lage durch seine Organisation in Übereinstimmung zu bringen mit seiner Solidarität für den polnischen Widerstand. In einer zweiteiligen Artikelfolge in AK 218 und 219 „Polen – Die Machtfrage war gestellt“ geht er zwar ebenfalls davon aus, daß jede Erschütterung im „realsozialistischen Staatenblock“ eine existenzielle Bedrohung für die Sowjetunion darstelle und insofern Solidarność dem strategischen Interesse des westlichen Imperialismus entspreche, diesen Staatenblock aus den Angeln zu heben; er hebt aber zugleich hervor, daß dies nicht als Argument gegen emanzipatorische Bewegungen in diesen Ländern dienen dürfe. Zwar sei „Solidarność“ keine demokratisch-sozialistische Bewegung gewesen; aber jede authentisch sozialistische Bewegung wäre auf dieselben Probleme wie sie gestoßen, nämlich daß ihre bloße Existenz bereits unerträglich für die Inhaber der realen Staatsmacht war.

In einer eingehenden Untersuchung – der man im großen und ganzen nur zustimmen kann – weist Kt. nach, daß es die Parteiführung war, die die Machtfrage, im nackten Interesse ihrer Selbstbehauptung, ab einem bestimmten Punkt zielstrebig gestellt und zunächst für sich entschieden hat – wobei die Führung von Solidarność weder aus Abwieglern bestand noch umgekehrt irgendwelche Putschpläne verfolgte. Im Gegenteil: war es ganz unausweichlich, daß infolge der Krise und der immobilen innenpolitischen Situation tatsächlich politische Forderungen – letztlich zugespitzt in einem Referendum über die Regierung und Regierungsform – aufgestellt werden *mußten*, so hatte die Führung von Solidarność für diese Konfrontation „of-

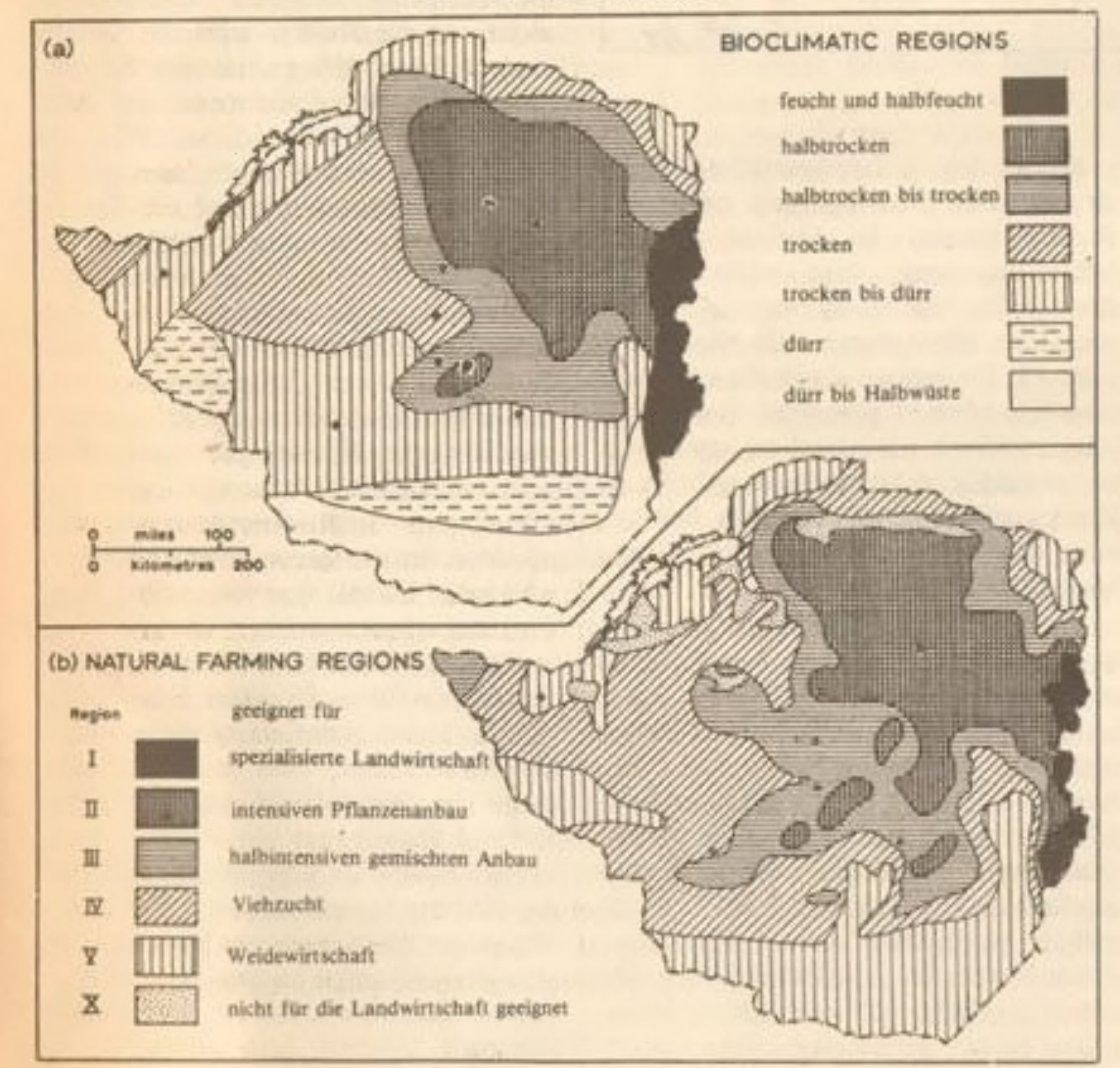
Fortsetzung folgende Seite

Fortsetzung Zimbabwe ...

de Vorschläge für eine Reform. Voraussetzung für ihre Art Reform war eine innere Lösung, um zugesagtes amerikanisches Geld nutzen zu können. Die beiden Farmerverbände wollten vor allem afrikanische Bauern fördern, die kommerzielle Landwirtschaft betreiben konnten. Dazu sollte dringend und systematisch die Ausbildung der Bauern verbessert werden. Nach und nach sollte das afrikanische Stammesland in das Eigentum der Bauern übergehen.

Der UANC und der ANCZ hatten zusammen mit der Whitsun-Stiftung ein Konzept, das die Bedingungen einer solchen Reform mehr in den Rahmen der gesamten Ökonomie einordnete. Die Whitsun-Stiftung wurde unter anderem von Shell ausgehalten; ihr leitender Direktor war ein früherer Angestellter der Weltbank. Ihre Untersuchungen und Vorschläge gaben das Fundament auch für die beiden politischen Gruppen ab. Auch sie wollten keine radikale Umwälzung, sondern an dem bestehenden System anknüpfen.

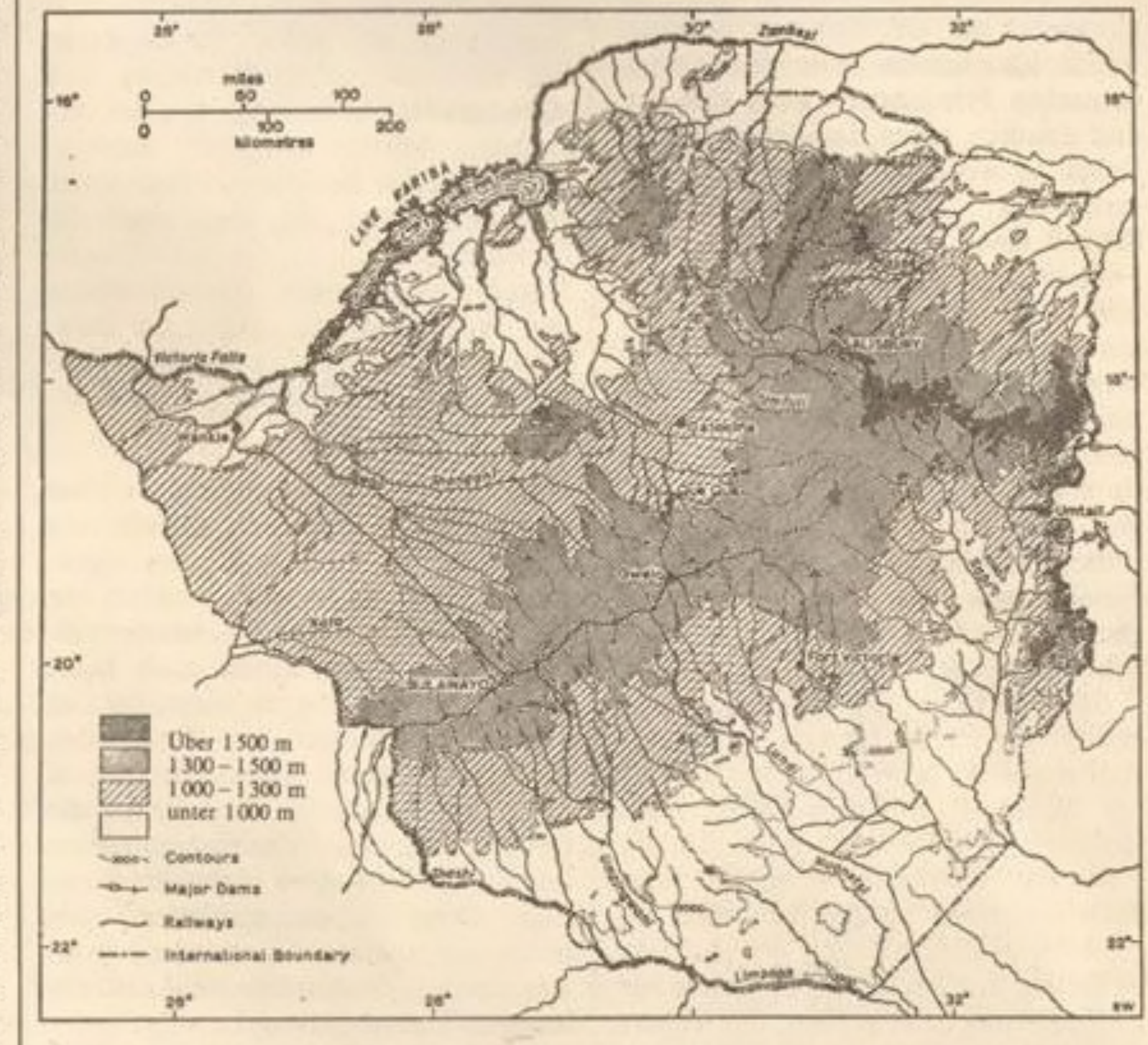
Klimatische und natürliche Voraussetzungen der Landwirtschaft



Über die Vorschläge der beiden Farmverbände hinaus sollten afrikanische Bauern auf ungenutztem weißen Farmland angesiedelt werden. Programme, die Produktivität in den TTLs zu erhöhen, sollten eingeführt werden. Kapitalinvestitionen in den ländlichen Gebieten in zu schaffenden Zentren sollten ermutigt und für die Bauern, die dann weder in der Industrie noch als Farmer ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, sollten Staatsfarmen eingerichtet werden. Eine besondere Steuer wollte der UANC einführen, um die bestmögliche Nutzung des Farmlandes zu erzwingen.

Roger Riddell und verschiedene andere Autoren kritisierten die Vorschläge in einer Reihe von Büchern und Broschüren als untauglich. Mit Verweis auf die Erfahrungen in Kenia, indem eine ähnliche „Landreform“ durchgeführt worden war, charakterisierte Riddell die Vorschläge als Konterreform, die eine wirkliche Landreform verhindern sollten. Dagegen schlug er vor, eine Politik für eine Übergangsperiode zu entwickeln, die es ermöglichte, nach und nach das ganze Land umzuverteilen. Dabei sollte unbedingt der erreichte Produktivitätsgrad erhalten bleiben. Erreicht werden sollte das durch gestaffelte Entschädigungen für die Farmer. Kriterien für die Entschädigung sollte sich danach richten, inwieweit die Farmer die Produktion während der Übergangszeit aufrechterhalten oder sogar ausdehnen würden und inwieweit sie die Arbeiter nach und nach in die Verwaltung einbeziehen würden. Die Farmer der großen Konzerne sollten vorerst nicht enteignet, aber die Investitionen sollten staatlich kontrolliert werden. Die Bauern, die nicht für kooperativen Ackerbau gewonnen werden könnten, sollten ermutigt werden, Arbeitsgruppen zu bilden, die reihum die Äcker der einzelnen Bauern bearbeiten. Mit solchen Arbeitsgruppen hatte es im afrikanischen Stammesland gute Erfahrungen gegeben. Dieser diskussionswürdige Ansatz hatte zum Ziel, daß die Produktion auf den großen Farmen nicht einbricht, diese Farmen im Kern in großen Stücken erhalten bleiben und trotzdem genug Land für ein Umsiedlungsprogramm gewonnen wird.

Physikalische Karte



Die ZANU hat kein schriftliches Programm für die Landreform vorgelegt. In den von ihr kontrollierten Gebieten konnte sie auch nirgendwo eine Landreform in größerem Maßstab durchführen. Zum einen konnten die Rhodesier in starken Truppenverbänden immer noch in die befreiten Gebiete eindringen, zum anderen waren diese Gebiete die afrikanischen Stammesgebiete, von denen aus ja gerade in das Farmland umgesiedelt werden mußte. Auch praktisch hatte die ZANU also keine großen Erfahrungen mit einer Landreform. In ihrer Propaganda trat sie aber immer für eine radikale Umverteilung des Landes ein. Bis das Lancaster-Abkommen schließlich abgeschlossen wurde, war die unbefriedigende Behandlung des Landproblems in dem Abkommen auch immer einer ihrer Haupteinwände.

Fortsetzung Polen ...

fensichtlich keinen Plan – und noch nicht einmal eine strategische Idee''.

Kt. nimmt hier immerhin deutlich für die Massenbewegung Partei, argumentiert von ihrem Standpunkt aus, und kommt so auch zu der richtigen Schlußfolgerung, daß der Führung von Solidarność tatsächlich auch keine Rückzugsmöglichkeit mehr blieb gegenüber einer Staatsmacht, die putschen *mußte*. Er wirft die Frage auf, ,,ob unter Umständen eine solche Niederlage nicht nützlicher sein kann als ein freiwilliger Rückzug, der zudem angesichts der Fraktionierung in der Solidarność und in der Volksbewegung gar nicht mehr als *geordneter* Rückzug, sondern nur als Aufsplitterung, Verwirrung und Flucht denkbar gewesen wäre'' (AK 219, S. 11).

Bis hierhin schon fast von Sympathie übermannt, wünscht sich Kt. zur Versöhnung seines Weltbildes mit der Realität der polnischen Massenbewegung eine *andere Solidarność*. Die hätte jedenfalls den Kampf gegen die NATO-Nachrüstung ganz dick auf ihre Fahne schreiben müssen. Vielleicht hätte ja sogar die ,,revolutionäre Partei'' daraus entstehen können – die allerdings die Inhalte (weniger die Methoden) der jetzigen ,,Solidarność'' einer harten Kritik hätte unterziehen müssen: ,,ihr Verhältnis zur Barbarei des Katholizismus, ihre bestenfalls kindlich naiven Ansichten über den kapitalistischen Westen usw.'' (AK 219, S. 12).

Statt sich zu fragen, *warum* die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Menschen in Polen nicht daran denkt, alles dies zu tun, *warum* eigentlich dies System so abgewirtschaftet hat und zur offenen Konterrevolution schreiten muß, und *was* für ein System das eigentlich ist – eine idealistische Konstruktion zur Rettung des eigenen Weltbildes. Hier berühren sich die Auffassungen der KB-Genossen, die man unter diesem Gesichtspunkt auch zur dritten Gruppe der ,,Wahren Revolutionäre'' rechnen muß, mit denen der GIM-Genossen, auf die ich anschließend komme. Den ,,Arbeiterkampf'' in seiner Haupttendenz genommen muß man sogar eher der ersten Kategorie zuschlagen. Im Resultat aller inneren Differenzen, die da schwelen mögen (gestattet, daß wir zur Abwechslung mal an eurem Hosenladen schnüffeln, Männer vom KB!) wollen wir ihnen dennoch das Prädikat ,,Nicht-Einmischer'' verleihen.

Die beiden Hauptprotagonisten dieser Position sind aber zweifellos Pfarrer Albertz und Rudolf Bahro.

Albertz hat bekanntlich in einem Interview in der *taz*, worin er gedrängt wurde, als einer der Sprecher der westdeutschen Friedensbewegung sich laut und deutlich gegen das Kriegsrecht in Polen zu wenden, sich schließlich so verheddert: ,,Die qualitative Gefährlichkeit eines *Erdrutsches durch mehr Freiheit* – ja, so makaber ist die Situation – ist eben in Zentraleuropa wesentlich größer als irgendwo anders. Wenn Sie mich nun Spitze auf Knopf fragen, dann sage ich: jawohl, es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden.'' (Interview mit der *taz* vom 11.1.) – Was sich der Friedensbewegung für trübe Perspektiven auftäten, folgte sie dieser Logik, die ja eigentlich auch ganz die des Kanzlers ist, hat Genosse Schmierer in der KVZ 4/81 ausgeführt.

Bahros Position ist schwieriger, und es wäre ein Thema für sich, sich damit einmal ausführlicher auseinanderzusetzen. Seine oft und gern zitierte Feststellung: ,,Was können *wir* jetzt für die Polen tun? *Direkt gar nichts*'' – steht doch immerhin im Rahmen einer eigenwilligen Einschätzung der globalen Situation, aus der heraus er gerade zur Propagierung einer großen, blockübergreifenden Freiheits- und Emanzipationsbewegung kommt. Seine Einschätzung, daß mit Polen die Sowjetunion sich definitiv in eine ausweglose Situation gebracht hat, die gegenüber den USA eine Position der Schwäche ist – bringt ihn jedenfalls gerade auch dazu, umso entschiedener für die Entwicklung dieser blockübergreifenden Bewegung *von hier aus* einzutreten. Und das bedeutet für ihn auch, die DKP als ,,Agenten des anderen Block'' schnurstracks aus der Friedensbewegung ,,hinauszudiskutieren'', um der Glaubwürdigkeit willen. Nicht ohne messianischen Zug sieht Bahro gerade im Westen und in Westdeutschland den archimedischen Hebelpunkt, um das Gleichgewicht des Schreckens außer Kraft zu setzen. ,,Damit Schluß zu machen, ist die notwendige ,Vorleistung' für die Emanzipation Osteuropas von der sowjetischen Hegemonie.'' Entfiele der westliche Druck, dann – so seine Spekulation – brauche es auch keinen solchen Nationalismus zu geben wie in der polnischen Bewegung, der Bahro ganz mißfällt; sondern dann werde es gerade wieder Platz für reformkommunistische Bewegungen geben, von denen er sich offenbar am meisten verspricht. (Wer interventiert für Polen? in : *taz* vom 22./23.12.81)

Die wahren Revolutionäre

Von den letzten verbliebenen marxistisch-leninistischen Parteien der westdeutschen Arbeiterklasse einmal abgesehen (wie Ernst Aust's *KPD*, die in der Polenfrage dem revolutionären Leuchtfeuer aus Tirana gänzlich aus dem Ruder gelaufen ist; oder dem *KABD*, für den der ,,Parteibaufbau'' in Polen wie in Westdeutschland wie überall auf der Welt die entscheidende Frage ist) – haben sich vor allem Genossen von der *GIM*, der trotzkisti-

Positionen zu Polen

schen IV. Internationale also, durch prononcierte Empfehlungen für eine authentische sozialistische Revolution in Polen hervorgetan. So *Winfried Wolf* in der ,,*Was tun*'' 1/1982 in einem Artikel ,,Die Lehren des Dezember''.

Die bestehen ihm zufolge darin, daß die herrschende Minderheit (,,ob bürgerliche Klasse oder bürokratische Kaste'') ihre Macht stets mit Gewalt verteidigen wird. Ergo müsse die Mehrheit, wenn eine revolutionäre Situation heranreife, ihre Verteidigung organisieren. Kurzum, der Sturm auf den Palais Radziwill in Warschau war angesagt, und Solidarność hat ihn leider verschlafen. Zwar in Frageform (,,was wäre gewesen wenn ...''), aber in stolzer Orthodoxie auch als die einzig mögliche Lösung hochgehalten, mußte Solidarność W. Wolf zufolge mit ihren schnell aufgestellten Arbeitermilizen die Regierung verhaften, wenn diese das geforderte Referendum verweigert hätte; die Solidarność mußte sich selbst zur provisorischen Regierung erklären; sie hätte ihre Bündnistreue gegenüber dem Warschauer Pakt und zum Sozialismus erklären, ,,jedoch für das Recht auf nationale Selbstbestimmung und Arbeiterselbstverwaltung mit allen verfügbaren Mitteln kämpfen'' müssen. Genau wie die Bolschewiki eben unter Wladimir Iljitsch, die, sogar gegen die Mehrheit der Linken, die proletarische Revolution *anfingen* (Hervorhebung von Wolf) und sich ,,gegen die Invasion nicht nur einer, nein eines Dutzend feindlicher Regierungen und Armeen durch(setzten)''.

Die Vorstellung nährt sich aus einer Reihe weiterer Prämissen, die alle sehr zweifelhaft sind: Einmal derjenigen, daß die Revolution in Polen eben *nur* eine politische sein müßte, insofern also ihrem *sozialen* Inhalt nach keine großen Komplikationen biete; im Gegenteil, gerade hier, wo die großen Produktionsmittel schon der Form nach vergesellschaftet sind, sehen die Genossen das Feld einer angestrebten reinen, authentischen Arbeiterrevolution. Diese Arbeiterrevolution aber müsse nur an einer Stelle wieder *begonnen* werden, dann werde sie Ausstrahlungskraft gewinnen und zur Sache der Arbeiter aller Länder werden, diese selbst zur Revolution bringen. Diese große internationale Arbeiterrevolution aber könne ein konterrevolutionärer Interventionskrieg in Polen womöglich gerade beschleunigen; und W. Wolf stellt sich nachgerade eine Art ,,Heilige Allianz'' des Westens und Ostens gegen die polnischen Arbeiter vor. Das geht zusammen mit einer auch reichlich verwegenen Wirtschaftsanalyse, wonoch Polen heute schon in der Hauptsache von den westlichen Banken wirtschaftlich beherrscht und ausgeplündert wird, und diese auch die direkten (Mit)Betreiber des Militärputsches waren.

Es würde wieder zu weit führen, auf all diese Argumente im einzelnen einzugehen. Es bleibt vor allem die Frage, ob die polnische Arbeiter- und Volksbewegung – vielleicht ja infolge ihrer Nasführung als Schäfchen Gottes? – nicht vielleicht doch die Revolution verschlafen hat; und jedenfalls mangels revolutionärer Führung ohne strategisches Konzept war. Da wäre dann eben eine fruchtbare Orthodoxie gegenüber den vermeintlichen neuen Erfahrungen in Polen angebracht.

Es ist hier einzuflechten, daß es auch im KBW – schon vor dem 13. Dezember – eine Kritik an der (hauptsächlich von mir verantworteten) Polen-Berichterstattung in der KVZ gab, der vorgeworfen wurde, die Gefahr einer inneren Konterrevolution zu unterschätzen und insgesamt die Frage der politischen Macht als Schlüsselfrage jeder Revolution, so eben auch in Polen, zu vernachlässigen. So seinerzeit auch der Genosse K. Engel in einem Leserbrief: ,,Die politische, soziale, z.T. auch ökonomische Hegenomie der herrschenden Klasse in Polen scheint mir weitgehend gebrochen, doch ohne Zerschlagung des Staatsapparates scheint es nicht zu gehen.'' (KVZ 45/1981)

Einige Überlegungen

Wahr ist, daß innerhalb der Solidarność wie wohl der großen Mehrheit der ganzen Bevölkerung die Möglichkeiten der Konterrevolution unterschätzt wurden – und diese Illusion habe ich seinerzeit geteilt. Nur, was ist daraus zu schlußfolgern?

Wer verlangt, daß Solidarność hätte beizeiten den Sturm aufs Winterpalais unternehmen sollen, der muß nicht einfach hypothetisch, sondern sehr konkret über die Notwendigkeit sprechen, diesen Kampf dann auch als einen revolutionären Verteidigungskrieg gegen die Rote Armee durchzustehen – die ja nicht erst einmarschieren muß, sondern mit einer viertel Million Mann schon im Lande steht. Und man muß dann schon wirklich ein Doktrinär nach Art des alten Trotzki sein und sogar Lenin gegenüber noch rechthaberisch bis ins zehnte Glied, wenn man die Notwendigkeit leugnet, mindestens – wie es die Bolschewiki taten – die Front ihrer potentiellen Feinde zu spalten und mit einer der beiden großen imperialistischen Allianzen der Zeit, in dem Falle dem deutschen Imperialismus, ihren Frieden zu machen. Dann muß man aber auch klar aussprechen, daß dies für ein aufständisches Polen heute nichts anderes als ein Bündnis mit dem US-Imperialismus sein könnte.

Diesen Krieg, diesen internationalen Konflikt wollte und will in Polen (fast) niemand. Das war das erste entscheidende Argument für die eingeschlagene Strategie der ,,Selbstbeschränkung'' der Revolution.

Es handelt sich hier aber um ein allgemeines Problem jeder revolutionären Bewegung heute; auch und gerade, wo sie aus der Bewegung gegen einen drohenden Krieg entsteht. Nicht nur weil dieser Krieg potentiell mit Massenvernichtungswaffen ausgefochten würde, sondern auch schon wegen der verheerenden Wirkung des Einsatzes konventioneller Waffen in einem solchen Krieg, muß sich eine revolutionäre Bewegung – jedenfalls im dichtbesiedelten Europa, wo es kein Ausweichen in ein Hinterland gibt – sehr genau und, wie man so sagt, ,,schöpferisch'' überlegen, welche Gewaltmittel sie in Kauf nehmen und welche sie selbst anwenden will, um ihre sozialen und demokratischen Ziele zu erreichen. Das ist das ganz rationelle Element im tief verwurzelten Pazifismus der heutigen Friedensbewegung und ,,Alternativbewegung''.

Es gab in der Diskussion in der polnischen Bewegung einen zweiten wesentlichen Grund für die Taktik der ,,Selbstbeschränkung'': Das war das aus der Erfahrung mit der historischen Arbeiterbewegung und ihren Revolutionen gespeiste Mißtrauen gegen politische Kampf-Parteien überhaupt, die sich als Generalstab der sozialen Bewegung, als das für Politik schlechthin verantwortliche Organ konstituieren, über welches dann ,,die Staatsmacht ergriffen'' wird. Jacek Kuroń hat aus diesen Gründen sehr grundsätzlich gegen Parteigründungen, gegen die Herausforderung der Staatsmacht auf dem Felde der allgemeinen ,,Politik'' sich ausgesprochen und zunächst für die Organisierung einer breiten, sich selbst organisierenden sozialen Bewegung, die sich allenfalls einen weiten, unbedingt pluralistischen politischen Mantel überzieht und ,,die Macht'' geradezu *nicht will* – bevor sie zu ihrer wirklichen Ausübung nicht reif ist.

Hat die Konterrevolution nun diesen Träumern Mores gelehrt? Ja und nein.

Zunächst einmal ist hier festzustellen, daß Solidarność zwar die Möglichkeiten der Staatsmacht, die Armee einzusetzen, unterschätzt hat, aber doch nicht so blind gegenüber der drohenden Gefahr eines konterrevolutionären Gewaltstreichs war, wie sich hier einige gelegentlich plustern. Ohne daß groß darüber gesprochen wurde, wurde das Risiko sehenden Auges in Kauf genommen, aus einem ganz rationellen Grund: nämlich der Offenheit und Glaubwürdigkeit der eigenen Bewegung willen. Man kann geradezu sagen, daß es die Staats- und Parteiführung darauf angelegt hatte, die Führung von ,,Solidarność'' in den Untergrund zu drängen – um so endlich den offenen Machtkampf zu bekommen, den sie zur eigenen Legitimation brauchte. Sie bekam ihn nicht. Zwar lief die ,,Operation Kanarienvogel'' über Erwarten glatt ab. Aber die Regierung handelte und handelt bis jetzt im eisigen Klima gesellschaftlicher Ablehnung und Verachtung. Dieser ,,polnisch-jaruzelische Krieg'', wie ihn der Warschauer Volksmund nennt, kann gerade für das Regime selbst tödlich enden.



Was nun?

Keine der bisher veröffentlichten strategischen Überlegungen nach dem Putsch kommt im übrigen zu der Schlußfolgerung, man hätte energischer ,,die Machtfrage stellen'' müssen. Fast alle nehmen die Niederlage vom 13. Dezember als in dieser Härte unnötig, aber in gewissem Grad auch unvermeidlich hin. Und so etwas wie unvermeidliche Niederlagen gibt es in jeder großen Revolution. Sie können eine notwendige Zwischenstufe zum Sieg bilden.

Tatsächlich setzt die ,,Solidarität'' den vorher eingeschlagenen Kurs ja auch *ausdrücklich fort*. Keine Aufstandsversuche, keine bewaffneten Aktionen und nicht einmal der Versuch zum Aufbau etwa einer provisorischen Regierung im Untergrund als organisierter, zentraler Gegenmacht. Stattdessen der Aufbau eines noch dichter, noch fester als zuvor geknüpfesten Netzes der gesellschaftlichen Solidarität, nicht so sehr ein ,,Untergrund-Staat'' als vielmehr eine Untergrund-*Bewegung*, die sich verschiedenster Formen des zivilen Widerstandes bedient und vor allem die offizielle Gesellschaft und ihre Organisatien subversiv durchdringt. Man muß vielleicht in so großen geschichtlichen Zeiträumen denken, wie das die Polen gewohnheitsmäßig tun, damit dies große revolutionäre Experiment so einheitlich durchgeführt werden kann. Jedenfalls, viele Polen-Reisende berichten von einem fast befremdend anmutenden Optimismus, oder jedenfalls Gelassenheit, mit der die polnische Bevölkerung unter dem Kriegsrecht lebt – und zusieht, wie sich das Regime in wachsende Schwierigkeiten verstrickt und gerade angesichts der ruhigen Selbstorganisation der Gesellschaft immer nervöser wird.

Es ist wahr: Der Staatsapparat dieser fast jeder sozialen Basis beraubten herrschenden Bürokratie hat eine beachtliche Robustheit an den Tag gelegt. Allerdings ist die Militarisierung der ganzen Gesellschaft auf die Dauer auch – wenn es nicht gelingt, das alte Regime und sein Parteiensystem wiederherzustellen – ein sicherer Weg zur ,,Vergesellschaftung'' der Armee, jedenfalls ihrer unwiderruflichen Einbeziehung in die gesellschaftliche Bewegung. Daß man diese Staats-Maschine ,,zerschlagen'' muß – das braucht man den polnischen Arbeitern am wenigsten zu erzählen. Das ganze Programm der Solidarność war geprägt vom Ziel der Auflösung, der ,,Zerschlagung'' des Staatsmonopols, der Rückverwandlung bürokratischer Verwaltung in gesellschaftliche Selbstverwaltung. Eine ganz andere Frage ist, wie diese Revolution zu machen ist und für welchen Preis. Zbigniew Bujak, der den Warschauer Untergrund leitet, einer der ,,Radikalen'' in Solidarność, früherer Fallschirmjäger, hat in einem Interview gesagt: ,,Unser Land hat niemals Terrorismus gekannt, und es wäre besser, wenn es nicht dazu käme.'' Terrorismus steht hier gleichbedeutend mit Bürgerkrieg.

Zwei *falsche* Orthodoxien sollte man also jedenfalls vermeiden:

– Einerseits, dies in erster Linie an die Adresse der GIM-Genossen, zu verkennen, daß ein Sturm auf das Winterpalais alias Palais Radziwill nur dann geht, wenn man statt einem ,,polnisch-jaruzelischen Krieg'' einen wirklichen polnisch-russischen Krieg ins Auge faßt; und der kann dann natürlich keine reine Arbeiterrevolution sein, sondern nur eine gesamtnationale Erhebung, ein polnischer Unabhängigkeitskrieg, mit internationalen Bündnissen und allem Drum und Dran. Und das will niemand.

– Andererseits, und diesen Fehler sehe ich angedeutet in den Ausführungen des Genossen Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf 2/1982 (,,Wider den Fatalismus gegenüber der sozialimperialistischen Konterrevolution''), die Machtfrage in Polen *ausschließlich* blockiert zu sehen durch die Eingebundenheit Polens in den Machtbereich der Sowjetunion; mit der daran geknüpften Schlußfolgerung, daß wohl auch *nur* eine Änderung der internationalen Situation (eine europäische Bewegung für Blockfreiheit) es der Bewegung in Polen ermöglichen wird, ihren Weg weiterzugehen, ,,bis die Bedingungen verbessert sind, um die Machtfrage zu lösen''. Es sind aber nicht nur die Risiken und die Kosten eines solchen Kriegs mit der Sowjetunion, die der Solidarność in ihrer übergroßen Mehrheit diesen Weg ungangbar erscheinen lassen; sondern es sind auch die Risiken und die Kosten eines *Bürgerkriegs*, eines regulären bewaffneten Aufstands in einem entwickelten, industrialisierten, dicht besiedelten europäischen Land – ,,Risiken'' nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt von Mut oder Feigheit, sondern von Sieg oder Niederlage – und ,,Sieg oder Niederlage'' nicht nur in der unmittelbaren Machtauseinandersetzung, sondern für die ganze zukünftige Entwicklung. Es soll eine Revolution sein, die man wünschen kann, die gut wird, und nicht noch einmal vom Regen in die Traufe führt. In dieser Hinsicht ist die russische Revolution nicht unbedingt zu Recht, aber mit Gründen, heute das *Schreckbild*, keinesfalls das Vorbild Osteuropas. In Polen hat ein neuer Abschnitt der geschichtlichen Revolutionen, ein neues Experiment begonnen. Die Gesellschaft verwandelt sich in eine Lauge, in der das absolutistische Staatsmonopol zersetzt, aufgelöst wird.

Diesseits weiter Lohnarbeit

Weil die ein öffentliches Investitionsprogramm fordernden Alternativprogramme die Lohnarbeit nicht antasten, wird jetzt die „Beschäftigungspolitik von unten“ erfunden. Weder aber ist sie ein Programm zur Befriedigung der Arbeit noch entwickelt sie Ansatzpunkte und Formen der Neuordnung des gesellschaftlichen Stoffwechsels.

Von Friedemann Bleicher

Ohne ausreichend hohe Gewinnchancen für ausreichend viele Investoren läßt die Intensität des Wettbewerbs nach“, so haben die sachverständigen Professoren in ihrem letzten Jahresgutachten geschrieben. Es sind die Urängste der politisch denkenden Kapitalseele, die sich hier Ausdruck verschaffen.

Sinkt die Profitrate, und seit Adam Smith fürchten die bürgerlichen Ökonomen um eine solche gesetzmäßige Tendenz, so wird der Stachel stumpf, der allein die einzelnen Kapitale um die Entwicklung der von ihnen ausgebeuteten Produktivkräfte wetteifern läßt. Daraus aber zieht der Kapitalismus seine ganze historische Existenzberechtigung. Fällt die Triebkraft der ständigen Umwälzung der Produktions- und Lebensverhältnisse, so fällt auch sie.

So geht es in dieser Krise mehr als um rote Zahlen in einigen Konzernbilanzen. Dessen ist sich auch die in diesem Lande herrschende Klasse und die ihr dienstbare Regierung durchaus bewußt – wie der Sachverständigenrat beweist. Und die Programme, die sie entworfen haben und entwerfen, sehen sich durchaus in einem solchen Zusammenhang. Es sind keine Konjunkturprogramme, sondern Maßnahmen, die sich in eine langfristige Politik einpassen.

In der Kritik an der „Operation '82“ und der „Gemeinschaftsinitiative“ kommt dieser Zusammenhang vielfach etwas kurz, was angesichts ihrer Stümperhaftigkeit und des ungeduldigen Drängens der Kapitalisten nach Mehr nicht verwunderlich ist. Die in Aussicht gestellten – noch hat sich ja die große Koalition von CDU bis SPD nicht auf das Tempo der Trendwende geeinigt – Maßnahmen sind nicht ausreichend damit charakterisiert, daß sie den Namen „Beschäftigungsprogramm“ zu unrecht tragen, auch nicht mit ihrer Umverteilungsfunktion.

Insgesamt nämlich zielen sie auf eine nachhaltige Senkung des Lebensniveaus der breiten Massen, weil nur so wieder „ausreichende Gewinnchancen“ geschaffen werden. Eine Strukturverschiebung der Produktion von der Herstellung von Konsumgütern zur Herstellung von Investitionsgütern ist die Folge; die Konzentration auf die eigentliche Industrie, die allein den auch exportfähigen materiellen Reichtum produziert, wird gefördert. Speziell soll die „Aufnahme neuer Produkte in das Sortiment“ forciert werden, „und zwar solcher Produkte, deren Ferti-
das Sortiment“ forciert werden, „und zwar solcher Produkte, deren Ferti-
gung ein spezielles technisches Wissen erfordert, über das nur wenige Anbieter verfügen“ (Sachverständigenrat). Sie wiederum können nur lohnend hergestellt werden, wenn sie auch im Ausland Absatz finden.

Daß in diesem Konzept der Staatsapparat eine zentrale Rolle spielt, muß nicht wundern, wenn man bedenkt, daß rund ⅓ des Masseneinkommens aus öffentlichen Haushalten oder staatsbeaufsichtigten Versicherungen fließt, daß weiterhin bald die Hälfte des Jahresprodukts durch die staatlichen Hände fließt. Hiervon rührt die Bedeutung der Umverteilungsmaßnahmen. Aber es geht dabei natürlich nicht um Haushaltspolitik, sondern um eine Umwälzung im Kräfteverhältnis der Gesellschaft.

Linke Alternativen

Sicherlich ist es notwendig, dieser Politik mit einem Konzept zu antworten, das nicht bei der Enthüllung kapitalistischer Entwicklungsgesetze stehen bleibt. Man greift aber viel zu kurz, wenn man darauf nur mit einem „Beschäftigungsprogramm“ antwortet, so wie es verschiedene linke Alternativkonzepte mehr oder weniger ausgeprägt tun.

Ähnlich wie der DGB es dann übernommen hat, fordern sie ein Programm staatlicher Investitionen in unterschiedlichem Umfang. Dabei wird ganz abgehoben auf die krisenbekämpfende Wirkung solcher Forderungen, während ihre Stärke doch gerade darin liegt, daß sie auf ihrem Gebrauchswert nach definierte gesellschaftliche Bedürfnisse abheben. So insbesondere in den Vorschlägen der Memorandum-Gruppe, die ganz von dem Verlangen geprägt sind, die monopolistisch überhöhten Profite der Unternehmen zu beschneiden und die kaufkräftige Nachfrage nach Konsumgütern zu stärken. Dadurch werde der stockende Reproduktionsprozeß dann schon wieder in Gang kommen.

Es läßt sich also so manches kritisieren an diesen Konzepten. Verstärkt werden sie nun so kritisiert, sie wollten bloß Beschäftigung von oben, während die wirkliche Alternative in der „Beschäftigungspolitik von unten“ liege. Willfried Maier hat solche Vorstellungen kürzlich in einem Aufsatz in den „Modernen Zeiten“ dargelegt. Andere, vor allem aus der Richtung der Ökosozialisten, haben ähnliches an anderer Stelle entwickelt.

Maiers Kritik sagt, all den bisher unter dem Stichwort „Alternative Wirtschaftspolitik“ laufenden Programmen sei gemeinsam, „daß sie die für die kapitalistische Produktionsweise grundlegende Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln nicht antasten“. Er erinnert daran, daß schon bei einfacher kapitalistischer Reproduktion eines immer mitproduziert wird: Das gesellschaftliche Verhältnis der dem Kapital untergeordneten Lohnarbeit.

der dem Kapital untergeordneten Lohnarbeit.

Wie nun dieses Verhältnis aufbrechen? Maier sieht unter Berufung auf die „spontane gesellschaftliche Entwicklung“ die Zeichen, die die Instandbesetzerbewegung gesetzt hat, als den Weg an, der über die Lohnarbeit hinausweist. Hier winkt die Welt „Jenseits der Lohnarbeit“, denn das „Hauptprodukt jener Lohnarbeit, das Lohnarbeitsverhältnis selber, wird in der Instandbesetzer-Arbeit verweigert“. Das „Beschäftigungsprogramm von unten“ ist entdeckt, es muß nur ergriffen werden.

Natürlich wird zugestanden, daß das Modell nur eingeschränkt Anwendung finden kann. So müsse der Bogen zwischen Produktion und Konsum ziemlich eng sein und möglichst gar nicht über den Markt vermittelt sein. Außerdem dürfte nicht allzu viel Maschinerie und nicht hohe berufliche Qualifikation verlangt sein. Auch könnten sich unter solchen Bedingungen hergestellte Produkte nicht auf dem Weltmarkt schlagen, aber die Produktion „unmittelbar für Bedürfnisse“ habe auch solche Absicht nicht.

Dualwirtschaft

Die Beschränktheit solcher Modelle ist so offensichtlich, daß ihre Verfechter selbst häufig vom Ziel einer „Dualwirtschaft“ sprechen. So z.B. der Bielfelder Soziologe Johannes Berger, der dafür plädiert, „das Vielbeschäftigungsziel zu Gunsten der Sicherung eines materiellen Grundbedarfs für alle bei mehr freier Zeit und größerer sozialer Gerechtigkeit unter der Nebenbedingung 'Schutz der natürlichen Umwelt' fallenzulassen“. Er tritt für den Versuch ein, „das Verhältnis zwischen der Arbeit für andere und der Arbeit für sich selbst“ zugunsten letzterer zu verschieben.

Seiner Meinung nach hat die Arbeitsproduktivität einen Stand erreicht, der Einkommen und Güterverbrauch als Maß des Reichtums veralten lassen. Unter Verweis auf Marx hält er die zur Verfügung stehende freie Zeit für das heute adäquate Reichtumsmaß.

Zwei Schwerpunkte für eine ökologisch-sozialistische Wirtschaftspolitik folgen daraus: Arbeitszeitpolitik und Verlagerung von Aktivitäten aus dem formellen in den informellen Bereich.

Auch hier die Warnung vor einer Überschätzung: „Aber das Programm lautet ja auch gar nicht, Abschaffung der wirtschaftlichen Aktivitäten im formellen Sektor, sondern deren Eingrenzung und eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen den Sektoren der Ökonomie!“ (taz, 7.9.81) Was aber bleibt dann noch für die von Maier ganz richtig verlangte Aufhebung der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln?

Mit ihrer Darstellung nennen diese Konzepte auch schon ihre Schwächen. Zwar verstehen sie sich als gesellschaftliche Perspektiven, können aber allenfalls Perspektiven für einen Teil der Gesellschaft sein. Ja sogar bloß für einen kleinen Teil, einen Randbereich, jedenfalls so, wie sie von ihren Autoren gefaßt sind. Denn gut und gerne kann man annehmen, daß der formelle Sektor der harte Kern der materiellen Produktion bleibt. Sei es, daß er die Grundbedürfnisse versorgt, sei es, daß er jene Produktionen umfaßt, die sich den von Willfried Maier genannten Anforderungen verschließen.

Zustimmen muß man Johannes Berger, wenn er auf die freie Zeit als Maßstab des Reichtums verweist. Er sollte dann aber auch von ihrer Grundlage reden. Offensichtlich ist sie absolut begrenzt durch die zur Produktion der „Grundbedürfnisse“ – die bekanntlich zum Glück eine historisch Größe sind – plus ggf. eines gesellschaftlichen Akkumulationsfonds notwendige Arbeitszeit, unter welcher Form immer sich diese Arbeit vollzieht.

Kapitalistische Herrschaft erzwingt die Ausdehnung der Arbeitszeit über die notwendige hinaus und das Produkt dieser Arbeit fällt dem Kapital anheim. Aber selbst wenn das Kapitalverhältnis fällt, so entfällt damit noch lange nicht die notwendige Arbeitszeit. Und umso entwickelter die Produktivkraft, umso geringer die notwendige Arbeitszeit. Ist der Arbeitsprozeß nicht mehr zugleich auch Verwertungsprozeß, so bleibt er doch Arbeitsprozeß, mit den ihm eigenen Gesetzen.

In der Dualwirtschaft aber soll ja der formelle Sektor unberührt bleiben. Nicht nur, daß damit das Ausmaß der freien Zeit ganz von der Entwicklung der Produktivkraft im formellen Sektor abhängig bleibt, hier herrscht ungebrochen das Kapitalverhältnis. Und eben hier soll auch noch für den „Grundbedarf“ produziert werden!

Mehr noch, unweigerlich zwängt sich in einer solchen Gesellschaft der formelle Sektor dem informellen auf, wenn es dieser nicht versteht, das erreichte Produktivitätsniveau zu nutzen. Man sehe sich bloß den Automatismus an, wie die Beherrschung überlegener Produktivkraft – alle Hindernisse niederreißend – die handwerkliche Produktion ganzer Länder ruiniert hat, einfach aufgrund überlegener Ökonomie. Oder, um aus der Erfahrung des hiesigen wirklichen Lebens zu schöpfen, will man übersehen, welche Schwierigkeiten die kapitalistische Krise zahlreichen Alternativbetrieben bereits beschert hat? Dort diskutiert man bereits den Verbund in größeren Genossenschaften.

Andernorts schon wurde an derartige Vorstellungen, soweit sie mit dem Anspruch eines politischen Konzepts auftreten, die Frage gestellt, wer denn dann wie, was, für wen im „formellen Sektor“ produziere. Wahr ist, daß niemand das Wunderrezept kennt, wie die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln aufzuheben sei. Es bleibt aber ein bloß gedanklicher Trick, das gesellschaftliche Verhältnis der Lohnarbeit aufheben zu wollen, indem man ihm individuell oder für ein paar Stunden mehr am Tag zu entfliehen sucht.

Gesellschaftliche Lösung

Was in Konzepten wie jenen Maiers oder Bergers ausgegrenzt bleibt, sind in Wirklichkeit all jene Bereiche, in denen die Kooperation und die Vergesellschaftung der Arbeit am weitesten fortgeschritten sind. „Eigenarbeit“ nach diesem Bilde hat offenbar nichts damit zu tun, wer sich das Arbeitsprodukt aneignet, sondern damit, ob die Vergesellschaftung der Arbeit bloß rudimentär, die Arbeit jedenfalls keine maschinenmäßige ist.

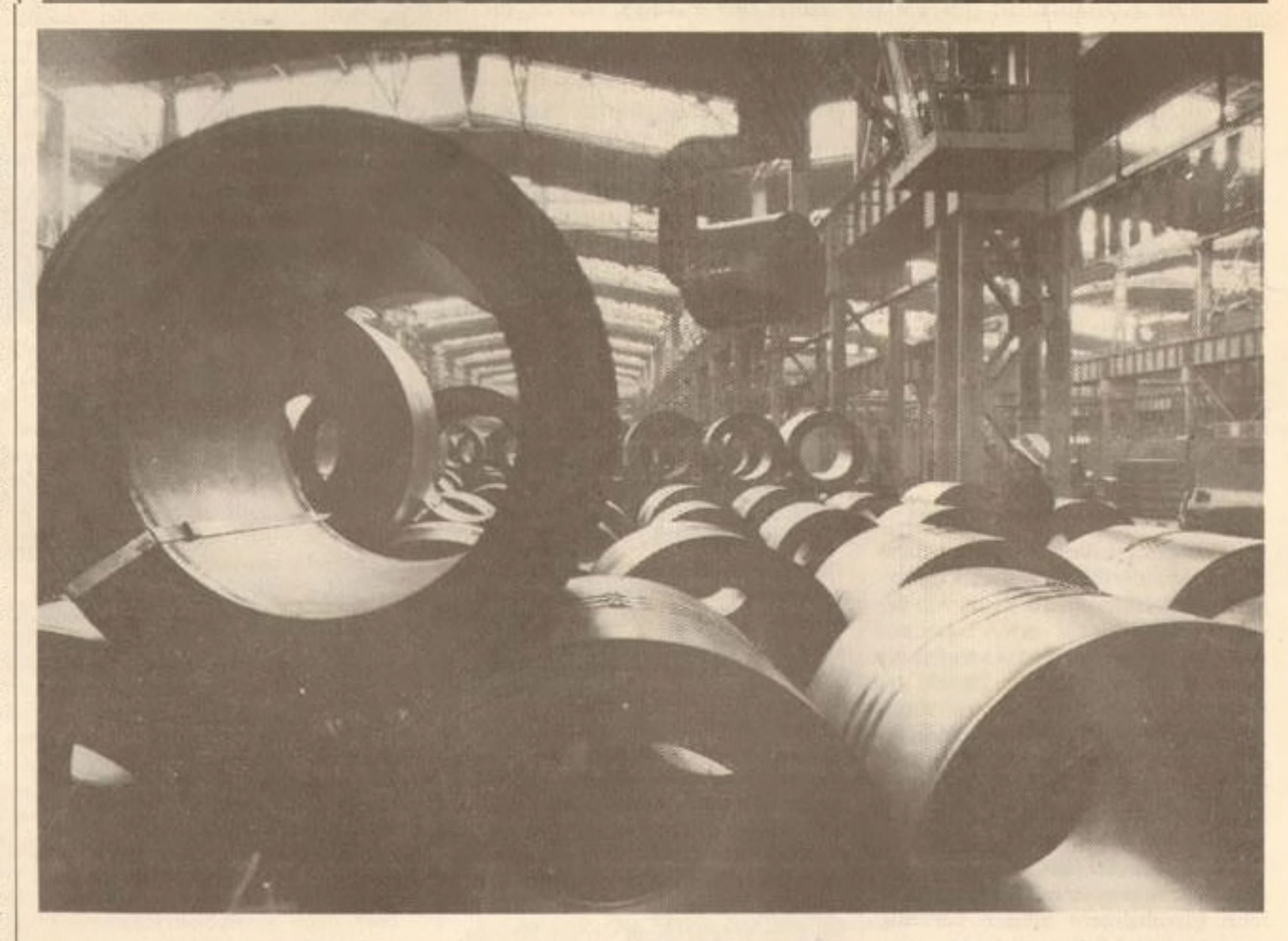
Unbeantwortet aber lassen sie die Frage, weshalb sich maschinenmäßige Großproduktion eigentlich genossenschaftlicher Organisation verschließen soll, weshalb etwa der Arbeitsprozeß eines Walzwerks oder einer Automobilfabrik die Produzenten hindern sollte, über ihre Arbeit und das Ergebnis ihrer Arbeit selbst zu verfügen. Aufhebung der Lohnarbeit wird hier verwechselt mit der Aufhebung der Vergesellschaftung der Arbeit.

Marx hat behauptet, jedes Kind wisse, daß eine Gesellschaft, die für ein paar Wochen die Arbeit einstelle, zugrunde gehen würde. Weiter sei bekannt, daß die verschiedenen Bedürfnismassen entsprechenden Massen von Produkten verschiedene Massen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erfordern. Und die Notwendigkeit dieser Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit besteht unabhängig von der bestimmten Form, unter der sie sich vollzieht.

In der kapitalistischen Warenproduktion, in der sich die Produzenten als Privatproduzenten gegenübertreten, ist die Form, unter der die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit vonstatten geht, der Tauschwert der Produkte. Vielleicht daher der Unwille gegenüber den Gesetzen der Ökonomie der Zeit, ihre blanke Negierung zugunsten menschlicherer Werte. Denn der Tauschwert ist gleichgültig gegenüber dem Gebrauchswert der Ware, wie die kapitalistische Produktion überhaupt an und für sich gleichgültig ist gegenüber dem besonderen Gebrauchswert der Ware, die sie produziert.

Aber auch hier gilt, daß mit der kapitalistischen Form seiner Behandlung nicht das Problem selbst verschwindet. Weder hinsichtlich der gesellschaftlichen Kooperation noch hinsichtlich der Reduzierung der notwendigen Arbeit. Die Ökonomie der Zeit ist die eigentliche Ökonomie einer auf die Produktion von Gebrauchswerten, der Erhaltung des natürlichen Stoffwechsels und des menschlichen Lebens ausgerichteten Produktionsweise.

Wahr ist, daß damit auch noch kein Konzept sozialistischer Wirtschaftspolitik geschaffen ist. Es nützt aber nichts, alte Einseitigkeiten durch neue zu ersetzen. Der Mangel der Konzepte, wie sie etwa von der Memorandum-Gruppe entwickelt wurden, ist, daß sie zu sehr lediglich auf das Funktionieren der Produktion starren. Andererseits kann die „Beschäftigungspolitik von unten“ kein Ausweg sein, weil sie die Produktion des materiellen Reichtums auf die leichte Schulter nimmt. Ja, in dem Maße, wie sie erfolgreich wäre, wie die Verlagerung auf den „informellen Sektor“ gelänge, würde sie in ihrer Gleichgültigkeit gegen jede Ökonomie gleichzeitig ihre Grundlage, die Möglichkeit zur Ausdehnung der freien Zeit, untergraben. Positiv an ihr bleibt der Hinweis auf die genossenschaftliche Organisation der Produktion. Ihre Möglichkeiten sieht sie viel zu negativ, wie diese überhaupt noch viel zu wenig entwickelt sind.



US-Farmer in tiefer Krise

frb. Trotz aller Embargos werden die USA die Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein langfristiges Getreideabkommen am 21. Mai wiederaufnehmen. Sie waren nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen unterbrochen worden. Eine völlig unterschiedliche Krise ihrer Landwirtschaft zwingt beide Supermächte zu Verhandlungen. Die UdSSR braucht dringend Getreide, die USA brauchen dringend Absatzmärkte für ihr Getreide.

Eher bekannt dürfte sein, daß die sowjetische Landwirtschaft im letzten Jahr wiederum eine Rekordernte eingefahren hat, was die Unterschreitung des Planziels angeht. Bis heute hat das statistische Zentralamt keine Zahlen veröffentlicht.

Weniger bekannt dagegen ist, daß die amerikanische Landwirtschaft in eine Lage hineinsteuert, die einige Beobachter für die größte Krise seit der Depression der 30er Jahre halten. Nicht, daß auch hier zu wenig geerntet worden wäre, nein, während in weiten Teilen der Welt Hunger herrscht, werden Millionen Tonnen amerikanischen Getreides diesen Sommer bloß die ohnehin vollen Silos noch mehr auffüllen. Und dieser Überschuß ist das Unglück der Farmer. Denn sinkende Preise bei steigenden Zinsen bringen ihnen Ruin. In der Presse gehandelte Schätzungen besagen, daß die Einkommen der Farmer dieses Jahr nochmal ein Drittel unter dem schon miesen Ergebnis des Vorjahres liegen werden. Real gesehen war es seit 1934 nie niedriger.

Während so die eine Supermacht unfähig ist, ausreichend Nahrungsmittel zur produzieren, ist die andere unfähig, den Aufwand ihrer Farmer dem Bedarf anzupassen oder den Überschuß dorthin zu schaffen, wo er dringend gebraucht würde. Mitte der 70er Jahre hatten die US-Farmer steigenden Preisen folgend ihren Anbau ausgeweitet. Jetzt drückt ihnen diese zusätzliche Produktion auf die Preise, die damals aufgenommenen Kredite aber müssen bedient werden.

Verfügbares Masseneinkommen 1981

Netto-Lohn- und -gehaltssumme; Sozialleistungen; Arbeitslosengeld u. -hilfe; Arbeitsmarktförderung; Krankengeld usw.; Renten; Sonstiges; Sozialhilfe; Kindergeld; Kriegsopfer; öff. Pensionen; Versicherung; Staat

Schichtung der Haushalte nach der Höhe des verfügbaren Einkommens 1980

% der Haushalte*; Rentner; Arbeiter, Angestellte, Beamte; Selbständige; verfügbares Einkommen je Haushalt im Monat: 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 6000, 7000, 8000, 9000, 10000 u. 10000

* bezogen auf Einkommensklassen von je 100 DM

Rund ⅓ des verfügbaren Einkommens der lohnabhängigen Bevölkerung bestand 1981 aus Sozialleistungen: Zahlungen der Versicherungen und des Staatsapparates. 1960 war es noch ein Viertel gewesen. 1980 hatten die meisten Haushalte der Lohnabhängigen ein Nettoeinkommen – einschließlich der Sozialleistungen – von etwas über 1900 DM zur Verfügung. Bei den Selbständigen-Haushalten verfügten die meisten über ein Einkommen von 5400 DM.

Die Woche im Rückblick

Der westdeutsche Kapitalexport hat sich auch im letzten Jahr eines weiteren Rekords erfreut. Die vom Bundesministerium für Wirtschaft erfaßten sogenannten Nettotransferleistungen für deutsche private Direktinvestitionen im Ausland haben nämlich mit 9,8 Mrd. DM (1980: 8,2 Mrd. DM) ihren bisherigen Höchststand seit ihrer Erfassung im Jahre 1952 erreicht. 23% dieser Investitionen wurden in Entwicklungsländern getätigt, die damit wieder mehr als in den Vorjahren in den Genuß westdeutschen Kapitals kamen. 1980 waren es nämlich nur 14% aller Investitionen gewesen. Wichtigstes Anlageland blieben die USA vor Belgien/Luxemburg, Brasilien, Frankreich und Kanada. Die wichtigsten Herkunftsbranchen für Direktinvestitionen im Ausland waren (in Mio. DM): Kreditinstitute (1885), Straßenfahrzeugbau (1339), Chemische Industrie (1178), Maschinenbau (557), Erdöl- und Erdgasgewinnung (544) und Elektrotechnik (478). Die Anlage ausländischen Kapitals in der BRD belief sich auf 4 Mrd. DM.

Ursachen des Facharbeitermangels hat das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit untersucht. Danach blieben im Verarbeitenden Gewerbe 1980 17% der rund 54000 angebotenen Facharbeiterstellen unbesetzt. Davon waren zu zwei Dritteln Klein- und Mittelbetriebe betroffen, die weniger finanzkräftig sind als Großbetriebe. Im Bauhauptgewerbe konnten 45% von 57000 angebotenen Facharbeiterstellen nicht besetzt werden. Das Institut meint, der Mangel an gewerblichen Fachkräften sei u.a. darauf zurückzuführen, daß Facharbeiter nicht immer dort ausgebildet werden, wo sie aktuell benötigt werden. Hinzu komme, daß viele Facharbeiter (42%) den erlernten Beruf wechseln. Nach eigenen Angaben wandern sie vor allem deshalb ab, weil sie woanders bessere Arbeitsbedingungen (42% der Berufswechsler) oder sicherere Arbeitsplätze (27% der Berufswechsler) antrafen. Dank zunehmender Arbeitslosigkeit aber sieht das Institut für die Unternehmen künftig geringere Probleme.

Ein gewisses Zugeständnis an die OPEC haben offenbar die Ölkonzerne gemacht. Jedenfalls vermeldet Nigeria letzte Woche eine Steigerung seiner Ölproduktion auf 950000 Faß/Tag, nachdem sie infolge des Preisbrecher-Boykotts der Ölkonzerne Ende letzten Monats auf nur 630000 Faß gefallen war. Allerdings liegt die OPEC-Quote für Nigeria bei 1,3 Mio. Faß/Tag. Wie gemeldet hatten Saudiarabien und einige Golfstaaten ihrerseits den Ölkonzernen einen Boykott angedroht, wenn sie nicht von ihrer Erpressung absehen. Mitte dieser Woche war eine OPEC-Beratung in Wien angekündigt, auf der u.a. das Verhalten von Gulf und Shell gegenüber Nigeria bewertet werden soll.

Die USA erleben nun auch noch eine fast beispiellose Konkurswelle. In den ersten elf Wochen mußten 4846 Firmen Konkurs anmelden, was gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit eine Steigerung um mehr als 50% bedeutet. 1981 hatten 17000 US-Gesellschaften Konkurs angemeldet. Hält die jetzige Welle an, so werden es 1982 über 20000 Unternehmen sein. Die derzeitige Konkursrate ist die stärkste seit dem Katastrophenjahr 1932. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im März 9,85 Millionen, das sind 9%.

Eisenbahngewerkschafter mit weitsichtigen Vorstellungen

Die Konzeption der GdED steht der Politik der Streichungen diametral gegenüber und entwickelt einen Beitrag zur Verkehrspolitik

acm. Wut packt viele, wenn sie hören, daß die Deutsche Bundesbahn zum 23. Mai wieder eine erhebliche Anzahl von Streckenstreichungen durchführen will. Nach und nach wurden in den letzten 3 Jahren 1200 km aus den Fahrplänen entfernt. Zusätzlich gab es in diesem Zeitraum 3 Preiserhöhungen – insgesamt um die 20%.

Aber – so die Verantwortlichen der Bundesbahn – es geht nicht anders, die Schulden steigen. Ginge die Verschuldung so weiter, dann sei die Bahn noch in den 80er Jahren am Ende.

Streichungen und ihre Folgen

Dabei ist die Entwicklung bei der Bahn durchaus widersprüchlich. Viel ist von Personalüberhängen die Rede, von geringer Produktivität usw. Tatsachen sind aber: Von 1950 bis 1981 wurde die Zahl der Eisenbahner um 200000 gesenkt, allein seit 1974 wurden 90000 „abgebaut". Die Produktivität (ausgedrückt in Kilometerleistung je Beschäftigten) ist in den letzten 5 Jahren um 26% gestiegen, im Güterverkehr um 16%.

Was das heißt, läßt sich an folgenden Ergebnissen messen: Neun von zehn Eisenbahnern müssen vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden. Fast jeder zweite arbeitet in Wechsel- oder Nachtdienst. Überarbeit ist an der Tagesordnung, denn bis Mitte 1981 haben sich 700000 *Tage* nicht-abgefeierter Überstunden angesammelt sowie ein Rückstand an Urlaubs*tagen* von 1,3 Mio.

Trotz dieses Drucks auf die Bahnbeschäftigten – Kosten und Schulden steigen, der Anteil der Bahn am Verkehrsaufkommen in der BRD ist in den letzten 10 Jahren von 40 auf 30% zurückgegangen, der Personenverkehr dabei von 8,4 auf 6,5%. In fast allen Bereichen sind die Kosten höher als die Einnahmen, die berühmte Ausnahme bildet nur der Bereich des „Intercity-Verkehrs".

Die Bahn also auf abschüssigem Gleis, Maßnahmen müssen her. Und die erfolgten wie gesagt vermittels Preiserhöhungen und Zugstreichungen, weitere Stellenstreichungen sind in Erwägung gezogen, Privatisierung von Streckenbau und Wartung war auch schon im Gespräch.

Mit der Änderung des Eisenbahngesetzes im November versuchte Verkehrsminister Hauff ein paar Maßnahmen einzuleiten. Der neu bestellte Vorstand soll in Zukunft „Funktionsstrukturen eines privaten Unternehmens" entsprechen – analog kommt ein Teil der Mitglieder nicht mehr aus den Reihen der Bundesbahn selbst, sondern aus der „Privatwirtschaft". Der zukünftige DB-Chef Gohlkei stammt beispielsweise aus der Chefetage von IBM, kennt sich also mit Rationalisierungsstrategien aus.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Das Planungsrecht wird „entflochten", um den Zeitraum zwischen Planung und Durchführung eines Neu- und Ausbaus von Strecken zu beschleunigen. Die Einwände von Bürgerinitiativen und Gemeinden sollen schneller aus dem Weg geräumt werden können.

Aber zufrieden ist man mit dem Gesetz trotzdem nicht. Eine Selbstfinanzierung des „Unternehmens Bahn" sei nicht gesichert, „Privatstrukturen" noch nicht weit genug durchgesetzt, von einer Schuldenrückentwicklung könne nicht ausgegangen werden.

Die GdED verlangt eine Konzeption

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat in den letzten Jahren vielfach die Verantwortlichen bei der DB und die Bundesregierung angegriffen, weil ihre Planung nur in Streichungen bei Personal und Kosten bestehe, aber an Konzepten und Verkehrspolitik nichts Vernünftiges rauskomme.

Zum 23. Mai hin führt die GdED nun im gesamten Bundesgebiet Aktionen durch unter dem Motto „Die Bahn muß bleiben!" und will durch Befragung der Fahrgäste und Unterschriftensammlung die DB zu einer anderen Politik zwingen.

Die Grundlage dieser Aktionen bilden die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages und ein im März durch den Beirat verabschiedetes 10-Punkte-Programm „Gemeinsam schaffen wir's: Die Bahn muß bleiben!"

Im ersten Punkt wird die Sicherung des Nahverkehrs auch außerhalb der Großstädte und der Ballungsräume „zu vertretbaren Preisen" verlangt. Eine Ergänzung von Schienenverkehr und Bahnbus sei notwendig. Solange kein Ersatz für Streckenstillegungen in Form von Bahnbussen bestehe, dürften solche nicht vorgenommen werden. Insgesamt bedürfe es einer Politik, die beim Personenverkehr von der engen Verknüpfung von Bahn-, Bus- und Individualverkehr ausgehe, gerade um den Abbau des Individualverkehrs zu erreichen.

Umfassendes Ausbauprogramm

Nach dem Willen der GdED soll das ganze eingeordnet werden in ein umfassendes Ausbaukonzept der Bahn. Ausgegangen wird davon, daß die Bahn von allen Verkehrsmitteln das umweltfreundlichste, energiesparsamste und daher zukunftsträchtigste sei. Wenn in der Vergangenheit drastisch im Straßenbau investiert worden sei, so müsse die Priorität auf die Bahn verlegt werden, ein Ausbau des Streckennetzes in der Fläche sei notwendig sowohl beim Personen- als auch beim Güternahverkehr. Da das Streckennetz im wesentlichen dem entspricht, wie es vor dem II. Weltkrieg aufgebaut wurde (also Ost-West-Richtung), muß ein Investitionsschub für den Ausbau der Nord-Süd-Richtung her, um das Angebot der Bahn allein schon von der Streckenführung her zu verbessern.

Wenn man von einer Transportkapazitätsverlagerung auf die Bahn ausginge (mit Verstärkung des Container-Verkehrs zwischen Bahn und Lastwagen), sei auch dies das richtige Rezept gegen den jetzigen Transportrückgang zugunsten der Straße. Um in diese Richtung vorwärts zu kommen, müßten aber die „wettbewerbsverzerrenden" Zuschüsse für die Binnenschiffahrt gestrichen und die Mittel der Verkehrsfinanzen auf die Bahn umgelenkt werden.

Bahn als Gemeinschaftsaufgabe

Die GdED geht davon aus, daß die Bahn ein „gemeinwirtschaftliches Unternehmen" ist, wo es nicht um die Erwirtschaftung von Profit geht sondern um die optimale Erfüllung von Dienstleistungen. Das bedeute, daß man die Ausgaben nicht als „Verluste" betrachte, sondern als Kosten gesellschaftlicher Dienstleistung – und auf die Verbesserung dieser käme es an. Folglich seien die Finanzen der Bahn nicht nur durch den Bund sondern auch durch die Länder und Gemeinden zu unterstützen. Solange aber ein Programm der Streichungen und nicht eins der allumfassenden „Kundennähe" bestehe, sei eine positive Entwicklung überhaupt nicht möglich, müßten die Schulden steigen. Wer Stellen bei den Schaltern, beim Service und bei der Reinigung streiche, gleichzeitig die Fahrpreise erhöhe, müsse sich nicht wundern, wenn die Leute wieder auf den Individualverkehr umsteigen müßten.

Kontrolle und optimale Dienstleistung

Um die konzeptionellen Vorstellungen umzusetzen, will die GdED im Inneren der Bundesbahn den Kampf um Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen (Mitbestimmung) und Modernisierung führen. Die vorhandene Bürokratie führt sie gerade darauf zurück, daß die Entscheidungsinstanzen „verbeamtet" seien, daß die Initiative der Produzenten, der mit Kenntnissen ausgestatteten Beschäftigten, nur zu einem geringen Teil zum Tragen komme. Stattdessen werde immer von Stellenstreichungen gesprochen oder die Privatisierung hochgejubelt – die doch nur dazu führt, daß die „Verlustbereiche" dann letztlich auf die Gesellschaft abgewälzt und nur der Profit bei den Kapitalisten angesammelt würde.

Die GdED will Rationalisierung unterstützen, wenn sie der Modernisierung, dem Ausbau, der Verstärkung des Service usw. diene und somit keine Entlassungen sondern Umleitung der Beschäftigten in neue Bereiche zur Folge habe – ja auch verstärkt Neueinstellungen dadurch notwendig würden. Nur so können auch die Wechsel- und Nachtschichtarbeiten eingeschränkt und die Folgen für die Beschäftigten vermindert werden.

Eine Konzeption zur Diskussion

Das vorliegende Programm der GdED ist also stark geprägt a) von positiven Vorstellungen über ein umweltfreundliches, „kundenfreundliches" und ineinandergreifendes Verkehrskonzept, b) von der Erfahrung, daß die Träger dieser Dienstleistungen, also die Beschäftigten, die entscheidende Kraft sind und c) davon, daß die Finanzierung aus gesellschaftlichen Mitteln nicht als „unproduktiv" und „Verlust" betrachtet werden darf.

Es läßt sich einwenden, daß der Ausbau der Bahn und gerade auch das Gewicht auf dem Güterfernverkehr ja den Kapitalisten und ihren Profiten diene. Das stimmt, und es wird in dem Programm nicht kritisiert.

Diese Sichtweise wäre aber etwas verengt. Gerade weil in dem Programm vom *gesamtgesellschaftlichen* Interesse bei Verkehr und Transport ausgegangen wird, der über enge Profitinteressen hinausgeht, stößt dieses Programm bei den Kapitalisten auf wenig Gegenliebe.

Somit sind die jetzigen Kampfmaßnahmen der Eisenbahnarbeiter nicht nur eine aktuelle Antwort auf weitere Streichungsmaßnahmen durch den Bundesbahnvorstand, sondern beinhalten tatsächlich auch Anregungen, die die Arbeiterbewegung und demokratische Bewegung in ihrem Kampf zur gesellschaftlichen Umwälzung aufgreifen kann.



Im Kampf gegen 150 Entlassungen befinden sich die 600 Beschäftigten der Frankfurter Niederlassung der Mannesmann Demag AG, früher Pokorny. Am Freitag besetzten etwa 150 Arbeiter die Tore (Bild). Die Kapitalisten wollen die Entlassungen durchsetzen, um die Produktion zu konzentrieren und in Zukunft die Kompressorenfertigung in ein anderes Werk zu verlagern. Nur Verwaltung, Vertrieb und Konstruktion sollen weiterhin in Frankfurt bleiben. IG Metall und Betriebsrat sehen hinter der Produktionsverlagerung den möglichen Anfang eines langen Endes, denn die seit Monaten laufenden Verhandlungen um einen Sozialplan sind gescheitert. Jetzt will die Geschäftsleitung via Arbeitsgericht einen Schlichter einsetzen lassen.

Zugeständnisse an die französischen Kapitalisten

kvz. Seit langem schon drängelten die Kapitalistenverbände die französische Regierung zu einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Drohungen wurden schon länger ausgestoßen und erst vor ca. 14 Tagen hatte der Präsident der Kapitalistenverbände, Gattaz, bei einem „Besuch" bei der Regierung seine Forderungen überbracht. Nun haben die Zusagen des Ministerpräsidenten Pierre Mauroy an die Kapitalisten schon einiges an „Wende" aufzuweisen. Mauroy hat den Kapitalisten eine Verringerung der Gewerbesteuer um 10% pro Jahr, d.h. um 5 Mrd. FF in diesem und um 6 Mrd. FF im nächsten Jahr und ein Einfrieren der Beiträge zur Sozialversicherung bis 1. Juli 1983 versprochen. Aber nicht nur das – sondern auch die Zusage, bis 1984 auf weitere gesetzliche Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung zu verzichten, wurde überbracht. Solche sollen höchstens über Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten in den einzelnen Branchen möglich sein. Wie erlebt, führt das aber zu zahlreichen Kreuz- und Querspaltungen, abgesehen davon, daß die Kapitalisten jetzt sowieso insgesamt gegen weitere Arbeitszeitverkürzungen Front aufmachen. Um das Faß voll zu machen, sollen die zu erwartenden Mindereinnahmen durch die Senkung der Gewerbesteuer zum größten Teil über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wettgemacht werden. – CFDT und CGT haben gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Regierungspolitik protestiert, an Maßnahmen war bis zum Redaktionsschluß aber nichts bekannt.

Aussperrung bei Renault wurde beendet

kvz. Wie berichtet, hatten die Renault-Kapitalisten im Werk Flins ca. 7000 Arbeiter ausgesperrt, um Arbeitskämpfe um mehr Lohn in den verschiedensten Abteilungen des Werkes einzudämmen. Da es sich in manchen dieser Abteilungen um bis zu 90% ausländische Kollegen handelt, ging es also auch um die Spaltung der Arbeiter. Bis zum 13.4. wurde die Aussperrung von 3500 Arbeitern von den Kapitalisten aufrechterhalten. Die Gewerkschaften CFDT und CGT hatten gemeinsam gegen die Aussperrung gekämpft, größere Mobilisierungserfolge aller Ausgesperrten blieben allerdings aus. An den Aktionen vor den Betriebstoren und an häufigen einstündigen Arbeitsniederlegungen beteiligten sich zumeist nur ca. 300 Arbeiter, wohl der Kern der Abteilungen, die für höheren Lohn und verbesserte Arbeitsbedingungen kämpften. Wollten die Kapitalisten erst nicht von der Aussperrung Abstand nehmen, so traten sie dann doch in Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Am 14.4. wurde die Aussperrung insgesamt aufgehoben, am 15.4. setzten sich Aufsichtsrat und Gewerkschaften zu Verhandlungen zusammen. Die Gewerkschaften haben noch am 15.4. einen Forderungskatalog aufgestellt, in dessen Mittelpunkt jetzt die Forderung nach 1 Woche zusätzlichem Urlaub für die ausländischen Arbeiter und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen Verbesserung der Arbeitsbedingungen stehen. Über den Verlauf der Verhandlungen selbst war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt.

Tarifrente für dieses Jahr gescheitert

kvz. Nachdem sich auch in der zweiten Gesprächsrunde die Chemiekapitalisten weigerten, in Tarifgespräche über die Einführung der sogenannten Tarifrente überhaupt einzutreten, ist dieser Ansatz der IG Chemie erstmal gescheitert. Da die Laufzeit der entsprechenden Manteltarife erst Ende 1984 endet, wäre auch im nächsten Jahr für Verhandlungen vorher ein Einverständnis der Kapitalisten nötig. Das Konzept der IG Chemie sei ein Defensivkonzept gewesen, so kommentiert der Arbeitsring Chemie das Scheitern. Nötig sei aber heute ein Offensivkonzept. Elemente davon habe man schon in den Gedanken der IG Chemie nach einer 3monatigen Lohnpause gesehen. Hier gelte es weiter zu gehen. Wie H. Mettke auf einer Vertrauensleute-Konferenz in Köln erläuterte, soll versucht werden, die „Tarifrenten" in den nächsten Gesprächen für besonders belastete Gruppen, z.B. die Schichtarbeiter, zu erreichen. Dies würde den Nutzer auf einen noch kleineren Kreis einschränken. Jetzt werden die Lohnverhandlungen regional durchgeführt. Als nächstes berät die Tarifkommission für Rheinland-Pfalz. Hier liegt eine Forderung nach 140 DM plus 3% auf dem Tisch.

4,3% für die Zuckerindustrie

kvz. Für die 11000 Beschäftigten der westdeutschen Zuckerindustrie wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Rückwirkend seit dem 1.3. werden die Einkommen um 4,3% erhöht. Die Ausbildungsvergütungen werden einheitlich um 20 DM angehoben.

ILO: Auch nach der Verrentung arbeiten

kvz. Die Internationale Arbeitsorganisation hat jüngst in Genf den Vorschlag gemacht, daß die Arbeiter über ihr Rentenalter hinaus arbeiten sollten. Sie traten damit den Forderungen nach Verkürzung der Lebensarbeitszeit entgegen. Begründung: Die Industriestaaten hätten die „Überalterungsschwelle" erreicht, weil mittlerweile sieben bis acht Prozent der Einwohner über 65 Jahre alt seien. Deshalb sollten ältere Arbeiter, die körperlich und geistig in guter Verfassung seien, zu längerer Arbeitszeit ermutigt werden.

Streikbewegung in Bolivien zwingt 6 Minister zum Rücktritt

ark. Wie bereits berichtet (siehe KVZ 14/1982) führt die bolivianische Arbeiterklasse, geleitet von der verbotenen Gewerkschaft COB, seit einigen Monaten eine zähe Streikbewegung gegen die Regierung Torrelio Villa.

Ursache für die gegenwärtige Streikbewegung ist das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung. Ziel dieses Programmes ist die Überwindung der desolaten wirtschaftlichen Lage, in der sich das Land befindet. So werden die noch vorhandenen Devisenreserven mit ca. 20000 $ angegeben. Die Auslandsverschuldung liegt mittlerweile bei über 3,6 Mrd. $. Bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 5,5 Mio. beträgt somit die Pro-Kopf-Verschuldung ca. 700 $ bzw. ca. 1700 DM (im Vergleich dazu: das durchschnittliche Monatseinkommen eines Arbeiters beträgt ca. 200 DM). Darüberhinaus ist die Inflationsrate mittlerweile auf über 60% angestiegen. Zu den von der Regierung verkündeten Maßnahmen gehört u.a. die Abwertung des bolivianischen Pesos um 76% (!). Der Wechselkurs beträgt jetzt 44 Pesos zu einem Dollar (vorher 24,50 zu 1). Eine weitere Maßnahme ist die Erhöhung der Preise verschiedener lebensnotwendiger Waren. So sind die Lebensmittelpreise um teilweise das Dreifache (!) gestiegen. Demgegenüber steht zwar eine „allgemeine" Lohn- und Gehaltserhöhung, die jedoch weit unter den beschlossenen Preiserhöhungen liegt.

Diktiert wurden die Maßnahmen vom Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) sowie den US-Imperialisten, die beide schon seit dem Sturz der Regierung Meza im letzten Jahr auf eine grundlegende Sanierung der Wirtschaft gedrängt haben. Der IWF etwa hat sich immer noch nicht bereit erklärt, einen schon vor über einem Jahr beantragten Stand-by-Kredit über 220 Mio $ zu gewähren. Auch sind finanzielle Zuwendungen der USA bislang ausgeblieben.

Ob die beschlossenen Maßnahmen ausreichen werden, um die Kreditgeber zu beruhigen, ist allerdings fraglich. Der IWF hat sich nämlich gegen einen festen Wechselkurs ausgesprochen und der Regierung nahegelegt, einen freien Kurs (sogenanntes Floaten) zu veranlassen. Dies wiederum wurde von Teilen der bolivianischen Kapitalisten abgelehnt, die sich wegen der besseren Kalkulierbarkeit für einen festen Wechselkurs ausgesprochen haben. Der „Wunsch" des Währungsfonds hingegen wird von den Kapitalisten unterstützt, die für den Export produzieren lassen (insbesondere die Minenkapitalisten). Diese hoffen, durch ein System des Floatens besser auf Änderungen des Weltmarkts reagieren zu können.

Die Maßnahmen der Regierung erfolgten auch zu einer Zeit, in der hartnäckige Gerüchte eines Putsches gegen Torrelio Villa zirkulierten. In den anderthalb Jahrhunderten seit seiner Unabhängigkeit hat nämlich Bolivien schon 187 „erfolgreiche" Putschs und eine statistisch nicht erfaßte – aber wesentlich höher liegende Anzahl – von gescheiterten militärischen Umsturzversuchen erlebt. Auch Torrelio Villa ist durch einen Militärputsch an die Macht gekommen.

Anfang April nun mußte Torrelio Villa auf den Druck der Militärs hin und als Konzession an die Arbeiter- und Bauernbewegung sechs seiner Minister auswechseln. Der Ministerwechsel hat dazu geführt, daß zum erstenmal seit der Machtübernahme der Militärs in 1980 der bolivianischen Regierung mit einem Verhältnis von zehn zu acht jetzt mehr Zivilisten als Mitglieder der Streitkräfte angehören. Torrelio Villa hofft, durch diesen Zug der Gewerkschaftsbewegung die Spitze nehmen zu können, da u.a. der bisherige Finanzminister sowie der Verteidigungsminister, die im Volk besonders unbeliebt waren, gehen mußten. Inwiefern er damit Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten, zumal sich durch diesen Wechsel der Pferde sicher nichts an den Regierungsplänen ändern wird.

Darüberhinaus scheinen die Tage von Torrelio Villa auch gezählt zu sein. Vor dem Regierungswechsel war bereits der bolivianische Zentralbankpräsident zurückgetreten, nachdem er beschuldigt worden war, rechtzeitig vor der Abwertung des Pesos an Freunde und Regierungsbeamte Dollarreserven des Staates verkauft zu haben. Der Zentralbankpräsident berief sich auf eine Erlaubnis des Finanzministers und des Staatschefs. Torrelio hat dieser Anschuldigung zwar widersprochen, aufgrund der engen Verbindungen der herrschenden Klasse in Bolivien (so war z.B. der Verteidigungsminister ein Neffe von Torrelio) kann jedoch davon ausgegangen werden, daß Torrelio von den Praktiken des Zentralbankpräsidenten gewußt haben dürfte.



Wieder Front gegen Großen

Erneut Schauplatz Frankfurt, Metallindustrie: Seit Freitagabend läuft hier die Betriebsbesetzung der Belegschaft gegen die Entlassung von 90 Arbeitern (von 343). Rockwell Golde, Werk in der Hanauer Landstraße, Teil eines Konzerns mit 100000 Beschäftigten in der Luft-, Raumfahrt- und Automobilindustrie, Gewinn von 290 Mio. $ in 1981, will rationalisieren. Die Geschäftsleitung in Frankfurt kündigte an, man wolle die nächsten zwei Jahre – „Durststrecke" – mit den Entlassungen überwinden, danach ständen 5 Mio. DM Gewinn in Aussicht, dann könne man auch wieder einstellen. Ansonsten ist die Geschäftsleitung auch nicht untätig: gegen die streikenden türkischen Arbeiter wurde schon das Ausländeramt zu Hilfe gerufen, und auch hammerschwingende Geschäftsleitungsmitglieder sind vor die Streikenden getreten.

Bauschlichtung: Vorschlag gleich schlecht wie Metall – aber mit schlechteren Folgen

geh. Die Schlichtungsverhandlungen in der 2. Runde in der Bauindustrie haben zu einem Schlichtungsspruch geführt. Die Löhne und Gehälter sollen ab dem 1.4.1982 um 3,5% ansteigen und ab 1.10.1982 um weitere 0,7%-Punkte angehoben werden. Allerdings konnte sich die Schlichtungskommission nicht auf den Schlichtungsspruch einigen, 4 der 9 Mitglieder stimmten dagegen. *Wer* dagegen stimmte, war sogleich in der Presse zu vernehmen: Der Schlichtungsvorschlag ist ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft, der nicht eingelöst werden kann! So kam es aus dem Baukapitalistenlager. Der Vorschlag nehme keine Rücksicht auf die 170000 arbeitslosen Bauarbeiter. Dies war wohl als Drohung zu verstehen. Angesichts der Vorbelastung von 1,2% aus der Anhebung des 13. Monatslohnes müßte dieser Vorschlag voll zu Lasten der Erträge gehen.

Und wie sieht es mit den Erträgen für die Arbeiter und Angestellten aus? Die Tabelle zeigt die Ergebnisse, wenn der Schlichtungsvorschlag in Kraft träte. Verglichen mit den bisherigen Abschlüssen, z.B. bei Metall, liegt er, wenn man es in Mark ausdrückt, für die mit der Metallecklohngruppe vergleichbare Lohngruppe 4: gehobener Baufacharbeiter, mit 80 DM im Jahresdurchschnitt um rund 5 DM höher. Auf das ganze Jahr gerechnet ergibt sich aus dem Stufenmodell eine Erhöhung von 3,85%. Einschränkend muß man hierzu noch sagen, daß der sogenannte „Bauzuschlag", der in den meisten Fällen gezahlt werden muß, nicht mit angehoben wird. Rechnet man ihn ein, so ergibt sich eine Erhöhung des Tariflohns um 3,35% bzw. um weitere 0,6%-Punkte, also durchschnittlich 3,65%.

Da in der Bauindustrie mit 15% die übertariflichen Lohnbestandteile geringer sind als in der Metallindustrie, würde sich, angesichts der 170000 arbeitslosen Bauarbeiter, der Abschluß stärker auf eine Verschlechterung der Effektivlohnentwicklung durchschlagen. Das Ergebnis ist ähnlich schlecht wie bei Metall, wird sich jedoch noch schlechter auswirken.

Angesichts dieser Sachlage und dem im letzten Tarifkampf erfolgten Widerstand der Bauarbeiter gegen den damaligen ersten Tarifabschluß im Rücken, beschloß die Große Tarifkommission der IG BSE, einen „Meinungsüberblick" bei den Mitgliedern einzuholen. Am Ende der Erklärungsfrist, am 30.4., will sie dann erneut beraten.

		1.4.1982		1.10.1982	
Lohngruppe	alter Lohn*	Erhöhg. (mtl)	Lohn*	Erhöhg. (mtl)	Lohn*
1	15,99	91,85	16,52	18,38	16,63
2	14,67	84,29	15,16	16,85	15,25
3	13,91	79,93	14,37	15,98	14,46
4	12,77	73,39	13,19	14,67	13,28
5	12,52	71,33	12,73	14,26	12,91
6	11,93	68,54	12,33	13,71	12,41
7	11,51	66,12	11,89	13,22	11,97

* eingeschlossen ist der sogenannte Bauzuschlag, der für die LG 1 82 Pfg., für LG 2 75 Pfg., für LG 3 71 Pfg., für LG 4 65 Pfg., für LG 5 64 Pfg., für LG 6 61 Pfg. und für LG 7 59 Pfg. beträgt.

Leiharbeit und gewerkschaftliche Vertretung

Interview mit einem Leiharbeiter

wem.Emden. Mein Gesprächspartner, G., ist verheiratet, Vater eines Kindes und 37 Jahre alt. Er ist gelernter Tischler und arbeitet unter den Bedingungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Es handelt sich also in unserem Fall um „legale“ Leiharbeit. Wir hatten uns mit dem Interview u.a. vorgenommen darzustellen, wir für einen aktiven Gewerkschafter unter den Bedingungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes die Gewerkschaftsarbeit aussieht.

Was hat bei dir dazu geführt, als Leiharbeiter auf Montage zu gehen?

G: Es sind im wesentlichen zwei Gründe: einmal sind die Arbeitsmöglichkeiten, die Aussichten auf Beschäftigung sehr zurückgegangen und zum anderen sind es finanzielle Erwägungen gewesen, daß ich damals aus einer festen Anstellung heraus auf Montage gegangen bin.

Welche Folgen bringt die Leiharbeit, in der du jetzt seit drei Jahren steckst, für deine oder eure Lebensumstände mit sich?

G: Die Interessen, die man sonst am Ort hat, Hobbys etc. oder auch politische und gewerkschaftliche Arbeit sind nur noch sehr eingeschränkt wahrzunehmen. Familienleben kriege ich nur im-Urlaub mit. Ansonsten ist immer alles passiert, wenn ich am Wochenende zu Hause bin, und dies oft auch nur alle 14 Tage.

Nochmals zum Wochenende ...

G: Je nachdem, wie weit die Baustelle entfernt ist, wird das Wochenende kürzer oder länger. Zur langen Arbeitswoche gesellt sich also in der Regel eine mehrstündige Heimfahrt und Anfahrt, wodurch der Körper sehr ruhebedürftig ist. Sehr häufig kommt es vor, daß ich mit einem KFZ-Schlosser-Kollegen mein Auto fahrbereit halten muß, was für einen Montagearbeiter sehr wichtig ist. Die Familie hat so gut wie gar nichts von mir.

Wie muß man sich deine gewerkschaftliche Tätigkeit auf der Baustelle vorstellen?

G.: Meine gewerkschaftliche Tätigkeit geschieht relativ abgelöst von meiner Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Lediglich über die monatliche Gewerkschaftszeitung bin ich auf dem laufenden. Versammlungen kenn ich so gut wie gar nicht. Auf der Baustelle versuche ich so gut es geht, den vorhandenen Unmut zu schüren. Das ist nicht immer planmäßig, sondern meist spontan. Dies ist nötig, damit der Unmut sich ab und an in Lawai (Streik, Aufruhr) ausdrücken kann. Das ist schon des öfteren passiert. Manchmal mit enttäuschenden Erlebnissen verbunden.

Was sind die typischen Konflikte zum Verleiher?

G.: Was andere über Tarifverträge / Betriebsvereinbarungen garantiert kriegen und weswegen sich darüber viele gar keine Gedanken mehr machen, müssen wir hingegen jeden Tag aufpassen. Wenn uns Arbeit zugeteilt wird, müssen wir sofort abschätzen: ist es Schmutzarbeit, ist viel Staub in der Luft, ist es Asbestarbeit, Zinkschweißen, starke Ölverschmutzung usw. Da muß man gleich anrufen in der Firma und sehen, daß dies auch bezahlt (Zulagen) wird. Und dann das nächste: Urlaubsgelder, Weihnachtsgelder, die sonst tariflich abgesichert sind, die beim Verleiher aber gezahlt werden, wie es dem gerade in den Kram paßt oder wie es sein Geldbeutel oder seine Auftragslage zuläßt. Ein ewiger Streitpunkt ist die unterschiedliche Bezahlung der Leiharbeiter bei gleicher Arbeit, sei es durch unterschiedliche Stundenlöhne oder Auslösungen. Damit versucht er unseren Zusammenschluß zu unterminieren, und häufig genug gelingt ihm das. Widerspruch gegen Kündigungen wegen Arbeitsmangel kann ein Leiharbeiter ganz schlecht einlegen, da er keinen Überblick über die weitverstreuten Baustellen hat.

Zuletzt gab es bei euch einen Streitfall wegen der Abgeltung der Wartezeit?

G.: Der Verleiher muß zu jeder Zeit in der Lage sein, ein gutes Arbeitskräftepotential vorrätig zu haben, um verleihen zu können. Zu diesem Zweck muß er auch Nicht-Beschäftigungszeiten überbrücken und bezahlt das in Form von Wartezeiten oder Abrufzeiten und legt das vertraglich fest. Nur hat der Verleiher diesen Winter ohne Absprache mit uns radikal von unserem Jahresurlaub Gebrauch gemacht, d.h. er hat einfach fünf Tage bis drei Wochen Urlaub angerechnet, statt für die Wartezeit Lohn zu zahlen.

Was hast du unternommen?

G.: Es kommt immer auf das Bewußtsein des einzelnen Leiharbeiters an. Du mußt einschätzen können, wie wertvoll du für den Verleiher bist. Ein Facharbeiter hat von vorneherein mehr Möglichkeiten, sich durchzusetzen, als ein Angelernter. Aber im Fall der Beschlagnahme des Jahresurlaubs ist der Verleiher sehr hartnäckig, und es ist fraglich, ob ich eine Anrechnung des Urlaubs vermeiden kann, obwohl ich hab durchblicken lassen, daß es noch andere Firmen gibt. Aber diese Waffe ist angesichts der Massenarbeitslosigkeit doch ein wenig stumpf geworden.

Gibt es außer der Drohung mit dem Stellenwechsel Mittel und Methoden, um sich gegen den Verleiher durchzusetzen?

G.: Die wirkungsvollere Methode ist bei den meisten Verleihern die Weigerung, mehr als acht Stunden am Tag zu arbeiten. Vor allem wenn's mehrere, eine Gruppe, machen. Wenn von 50 Leuten zehn nur acht Stunden arbeiten, wird's wirkungsvoll, weil für den Verleiher dementsprechend weniger Geld reinkommt. Der will ja viele Stunden sehen, weil er an jeder Stunde verdient.

Brauchst du als Leiharbeiter die Gewerkschaft?

Ich brauche als Leiharbeiter unbedingt die Gewerkschaft. Es ist eben so, wenn ich als Leiharbeiter ohne Gewerkschaft leben würde, liefe ich ständig Gefahr, erkämpfte Tarife, vielleicht ohne mein Wissen, zu unterhöhlen, indem ich Arbeiten billiger erledige ... Für mich persönlich ist es so, daß ich von den Lohn- und Manteltarifverträgen insofern profitiere, weil ich mich auf sie stütze, um mich einigermaßen gegenüber dem Verleiher zu behaupten, wo es ja häufig genug auf Einzelverhandlungen hinausläuft.

Denken die meisten Kollegen ähnlich?

G.: Oft nicht. Weil viele von ihnen aus Betrieben stammen, wo sie nur zwei Gesellen waren. In der Regel kommen sie aus schlecht organisierten Bereichen.

Fördert oder behindert die Leiharbeit den Gewerkschaftsgedanken?

Die Leiharbeit untergräbt auf jeden Fall den Gewerkschaftsgedanken. Weil die Leiharbeiter sagen: Für uns sind die Gewerkschaften ja sowieso nicht. Weil sie z.B. nicht erkennen, was es heißt, zu sagen, man liegt 20 Pfennig unter dem Tarif im Betrieb. Das heißt nämlich, daß es eine Marke gibt, an der man sich orientiert. Wenn es keine Lohnabschlüsse, keine Tarifverträge usw. geben würde, dann würde der eine acht Mark bekommen, der andere neun, der nächste zehn und der Tarif, der gerade bei 12 Mark liegt, der würde ja dann gar nicht existieren.

Gibt es bei den Gewerkschaften Versäumnisse gegenüber den Leiharbeitern?

G.: Die Gewerkschaften haben das Mittel der Werbung nicht ausgeschöpft. In ihren Branchenzeitschriften und Mitteilungsblättern müßten Seiten zur Information der Leiharbeiter sein, damit der Leiharbeiter sich besser in seinen Rechten auskennt: Reisekosten- und Auslösungsangelegenheiten, Lohntabellen, Urlaubsrecht etc. In den Gewerkschaften muß es Anlaufstellen geben, wo man sich mit dem Thema Leiharbeit auskennt und für Gewerkschafter jederzeit offen sind. Vor allem an den Wochenenden.

In der Operation '82 der Bundesregierung sind Maßnahmen zur Bekämpfung bzw. Einschränkung der Leiharbeit vorgesehen. Ist damit der selbständige Kampf der Arbeiterbewegung in dieser Frage hinfällig?

G.: Für den Leiharbeiter und die Gewerkschaften ist das praktisch eine Beruhigungspille. Die Verleiher werden mit den von der angedeuteten Maßnahmen leben können. Die Leiharbeit ist zum festen Bestandteil der Personalplanung in den großen Betrieben geworden und so lange die Leiharbeit existiert, haben die Arbeiter in den Entleiherbetrieben und die Leiharbeiter handfeste Gründe, in dieser Frage nicht locker zu lassen.

Literatur zu diesem Thema: J. Frerichs/C. Möller/J. Ulber: Leiharbeit und betriebliche Interessenvertretung, Bund-Verlag, Köln, 156 Seiten, 14,80 DM.

Und das 4–5fache illegal ...

Entwicklung der Leiharbeit

Beschäftigungstage (Mio.) — 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81 — 1, 2, 3, 4 Mio.

Verleiher beuten ...

% 10, 20, 30 — 0, 10, 20, 30, 40, 50, 100, 150 und mehr Beschäftigte aus

Die Hälfte bei Metall und Bau

Verteilung nach Branchen

Fahrzeugbau; Maschinenbau; Elektrotechnik; Eisen- u. Stahl-Ind.; Chemie; Bau; Übrige; übrige Dienstleistg.; Handel

Quelle: ANBA 12/1981

„Die Suppe ist übergekocht“

Köche, Kellner und Zimmermädchen streikten in Hessen / Von Cary-Mike Drud

Einmalig in der Geschichte Hessens: Köche, Kellner und Zimmermädchen demonstrieren gegen ihre Arbeits- und Lohnbedingungen.

Am Donnerstagnachmittag marschierten ca. 150–200 Köche und Kellnerinnen, gekleidet in ihrer Arbeitstracht, durch die Innenstadt Frankfurts, was mit einem 2½-stündigen Warnstreik verbunden war, und riefen: „2,3% mehr Lohn – das ist ein Hohn.“ Wie wahr!

Die Gastronomie, das Stiefkind der NGG. Hier gibt es keine 160 Stunden im Monat. (Am 1.1.82 wurden die Stunden von 178 auf 173 im Monat gesenkt, bei vollem Lohnausgleich.)

Ausgleichzahlung der Nacht-Schicht-Sonntage und Feiertage kennt man in der Gastronomie überhaupt nicht, geschweige denn die 5-Tage-Woche. 6 Tage sind tariflich festgelegt. Köche und Kellner bekommen nach ihrer Ausbildungszeit stolze 1310 DM brutto im Monat, egal welche Schicht sie geschoben haben. Ein Zimmermädchen 920 brutto, dafür muß es pro Tag 15–20 Zimmer säubern.

Die NGG hat 7% gefordert, die Antwort war 2,3% und für Januar und Februar 0%, ein Schlichtungsverfahren haben die Kapitalisten abgelehnt. Der Gipfel der Frechheit ist, daß die Kollegen seit dem 31.12.81 im tariflosen Zustand ihre Arbeitskraft verschleudern. Dabei hätten gerade die Köche das Recht, noch viel mehr zu fordern, denn die Arbeitsbedingungen sind in so mancher Küche katastrophal. Sie sind dem dauernden Stoßgeschäft ausgesetzt, müssen vom heißen Herd (bis zu 30° C) ins kalte Kühlhaus (3° C), weiterhin haben sie wechselnde und unmögliche Arbeitszeiten, z.B. 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr, dann Freistunden, danach von 18.00 Uhr bis 21.00 Uhr oder von 15.00 Uhr bis 1.00 Uhr oder 6.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Ein Arbeitstag in einem gutbürgerlichen Restaurant: 9.00 Uhr: Als erstes werden Suppen und Soßen gekocht und vorbereitet, danach warmgestellt. Dann werden Tomaten, Gurken, Petersilie, Lauch usw. geputzt und geschnitten, nun Salatsoßen angerichtet. Im Kühlhaus wird Kalbskeule, Roastbeef, Schinken ausgelöst und zu Schnitzel oder Steaks geschnitten, die Knochen werden für Suppen aufgesetzt. Als nächstes wird der Fisch geputzt, die Muscheln gewaschen, der Tintenfisch geschnitten, Spieße werden vorbereitet, Knödel gedreht, Hackfleisch gewürzt und zu Frikadellen gebraten, Hühner gekocht und Hähnchen gegrillt, Rotkohl gedünstet, Kartoffeln gekocht, Schweinebraten in den Ofen geschoben usw. Jetzt wird der Arbeitstisch gerichtet fürs Mittagsgeschäft. Es ist 11.30 Uhr: Die ersten Gäste bestellen, die Bestellungen werden immer mehr. Von nun an wird gebraten, gekocht, gedünstet, paniert, fritiert, garniert, auf den Teller gelegt, von der Kellnerin serviert, und so manche Gaumenfreude im Restaurant vom Azubi flambiert. In vielen Küchen werden mittags bis zu 400 Essen von drei Köchen in 2 Stunden durch einen Annoncierspalt geschoben. Jetzt muß die Küche gesäubert werden, dann ab in die Freistunde. Ab 18.00 Uhr geht das ganze Spiel von vorne los, dazu kommt noch die Abendkarte, die mehr Essen aufweist als die Tageskarte – für läppische 1310 DM bzw. der Oberkellner für 2000 DM brutto. Und obwohl die Gastronomie 5,9% mehr eingenommen hat als im Vorjahr. Überhaupt, schlecht gings ihr noch nie, selbst die Krisenzeiten überstand sie recht flott. Das stolze Gequake der Hotel- und Gaststättenkapitalisten, in der Branche durch die Innenstadt wurde die Kritik geäußert: Es sei was anderes, ob jemand sein höheres Entgelt tariflich gesichert bekommt oder ob einer von den „Herren im Hause nach Nase“ bezahlt werde. Zulagen kann eben jeder jederzeit wieder verlieren.

Etwa der arbeitslos gewordene Küchenmeister, der nach der Zumutbarkeitsregelung beim Arbeitsamt genötigt ist, eine neue Stelle anzunehmen, auch wenn dort nach Tarif gekocht wird.



Demonstration der Köche und Kellner in Frankfurt

werde reichlich über Tarif bezahlt, und der im ersten Jahr veranschlagte Koch salze faktisch nicht unter 3000 DM, läßt die Gewerkschaft NGG nur begrenzt gelten.

Und auch bei dem Protestmarsch

Und in dieser Situation, nämlich ohne Job, sind nach jahrelangem Fachkräftemangel nach Angaben des NGG Sekretärs Burckard Bösche nun auch Köche und Kellner.

Dennoch, die Verhandlung wird ein harter Kampf. Aufgrund der hohen Fluktuation der Beschäftigten und des erheblichen Anteils ausländischer Arbeiter ist es schwer, in den Betrieben gewerkschaftlich zu arbeiten. In manchen Hotels sind ein Dutzend verschiedene Nationalitäten unter den Mitarbeitern vertreten. Außerdem wird in der BRD die Gastronomie größtenteils von Kleinbetrieben getragen, in denen die Familienmitglieder Küche und Theke versorgen. Hieraus ist auch zu erklären, warum von den 70000 Beschäftigten in Hessen nur 15% gewerkschaftlich organisiert sind. Innerhalb der nächsten zwei Wochen will sich die Tarifkommission der Kapitalisten im Hotel- und Gaststättengewerbe zusammensetzen, um über die Wiederaufnahme von Lohn- und Gehaltsverhandlungen mit der Gewerkschaft NGG zu beraten. Und auch hier hört man das Geschrei: Wir lassen uns nicht unter Druck setzen. Und man muß auch an den Kleinwirt denken. Dabei wird gerade in den kleinen Restaurants weit über Tarif bezahlt, da jedem in dieser Branche klar ist, wie die Arbeitsbedingungen im Klein- oder 2–6-Mann-Betrieb aussehen, und für den Tariflohn hier kein Kellner die Gäste abspeisen würde. Aber in den Nobelhotels wird mehr denn je nach Tarif bezahlt. Weiterhin kalkulieren die Kapitalisten, ob sie nun endlich eine Reservearmee besitzen oder noch immer nicht, denn die Zeiten sind vorbei, wo man Kellner und Köche und Hilfspersonal als rare Geschenke angesehen hat, denn immer mehr Arbeitsuchende aus anderen Branchen nehmen eine Stellung in der Gastronomie an. Und gerade deshalb ist es ein Erfolg, daß am Donnerstag die Köche und Kellner aus den Prunkhotels (eine Übernachtung kostet 250 DM) Interconti, aus der Jahrhunderthalle, Frankfurter Hof und Hauptbahnhof auf die Straße gegangen sind.

Von Trotzki lernen? Warum nicht, aber anders!

Eine Auseinandersetzung mit Jakob Moneta / Von Hans-Gerhart Schmierer

In meinem Artikel „Woher die Schwierigkeiten der Linken mit der Polensolidarität?" in KVZ 2/82 wollte ich Ursachen für diese Schwierigkeiten in unserer eigenen Geschichte suchen.

Die westdeutsche Linke ist entstanden und hat sich entwickelt, indem sie die Blockgrenzen anerkannte. Das war wahrscheinlich unvermeidlich in einer Periode der Weltgeschichte, wo der US-Imperialismus alles daran setzte, um die Zwischenzonen für den konzentrischen Vernichtungsschlag gegen die Sowjetunion zu sichern. „Freiheit" und „Demokratie" waren die Kampfbegriffe unter denen die Weltherrschaft des US-Imperialismus vorbereitet wurde. „Antikommunismus" diente dazu, die Sowjetunion und ihren Block von außen sturmreif zu machen.

Unter diesen Bedingungen war es wahrscheinlich fortschrittlich, die Tatsache der Blockbildung zunächst einmal anzuerkennen, um gegen alle Interventionsversuche und Aggressionsvorbereitungen der USA Front zu machen. Als nächstes wurde versucht, dem herrschenden „Antikommunismus" das Wasser abzugraben, indem die Erscheinungen, an denen dieser „Antikommunismus" festgemacht wurde, historisch erklärt und auch gerechtfertigt wurden. Damit ging die Linke von der Anerkennung der Blöcke zur Apologetik der Sowjetunion über.

Hier sind die Wurzeln dafür zu suchen, daß der Internationalismus der westdeutschen Linken in Wirklichkeit gar kein Internationalismus ist und sich ihre Solidarität weitgehend auf Befreiungsbewegungen gegen den westlichen Imperialimus beschränkt und vielleicht noch die Solidarität mit den Arbeitern der Metropolen im Kampf gegen das Kapital umfaßt.

Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gegen den sowjetischen Imperialismus und die Unabhängigkeitskämpfe der osteuropäischen Völker gegen die Sowjetunion können dagegen mit Solidarität der hiesigen Linken vorläufig kaum rechnen. „Antiimperialismus" und internationale Solidarität treten in Gegensatz.

Wer sich mit der polnischen Arbeiterbewegung solidarisch erklärt und gar noch von der Regierung verlangt, sie solle jede Unterstützung der Militärjunta und ihrer sowjetischen Drahtzieher einstellen, muß damit rechnen, von jemand wie Michael Stamm in den MOZ als Ostlandritter etikettiert zu werden. Wer die DKP angreift, weil sie die Friedensbewegung auf ein Solidaritätsverbot gegenüber Solidarnosć oder den afghanischen Widerstandskämpfern festlegen will, braucht sich nicht zu wundern, wenn er von Karl Heinz Hansen dahin gewürdigt wird, ein Mann des Kanzleramtes könne die Interessen der USA nicht besser vertreten.

Meine These war und ist, daß diese Sorte Halbweltinternationalismus und ausgrenzende Solidarität nur überwunden werden kann, wenn sich die Linke Klarheit über Charakter und Triebkräfte der Sojwetunion verschafft und die Gesetzmäßigkeiten untersucht, nach denen die Sowjetunion als Weltmacht agiert, wenn wir gegenüber der Sowjetunion nachholen, was wir gegenüber den USA und dem westlichen Imperialismus bis zu einem gewissen Grad geleistet haben. Schließlich hat es ja auch schon mal Zeiten gegeben, wo den USA ihre angebliche Rolle als Vormacht von „Freiheit" und „Demokratie" mehr abgenommen wurde als heute.

Darauf antwortet Jakob Moneta in KVZ 9/82, daß die Schwierigkeiten halt daher kämen, daß die Analysen Trotzkis nicht genügend beachtet würden. Dank dieser Analysen sei die IV. Internationale immer auf der richtigen Seite der Barrikade gestanden. Sei's drum. Die Frage bleibt aber, warum es kaum jemand gemerkt hat.

Nein, ich glaube, daß die Kommunisten und die revolutionäre Linke überhaupt nach den Erfahrungen aus der Geschichte der Sowjetunion und der III. Internationale einen neuen Anlauf der Analyse und der Politik nehmen müssen, so wie seinerzeit die Oktoberrevolution und die III. Internationale ein neuer Anlauf gewesen sind, um aus den Halbheiten und Irrwegen der II. Internationale herauszufinden.

Wir haben es heute mit einer weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Vormächten des kapitalistischen und des staatsmonopolistischen Imperialismus zu tun, gegenüber denen sich die Völker, allen voran die Völker der Dritten Welt, und das internationale Proletariat zu formieren beginnen. Gleichzeitig zeigen sich innere Risse in den Blöcken der beiden Supermächte. Demgegenüber bleiben die trotzkistischen Theoreme eine Abwandlung der Theorie vom weltweiten Kampf zwischen dem imperialistischen und dem sozialistischen Lager.

Im folgenden konzentriere ich mich auf die Charakterisierung der SU als „Übergangsgesellschaft", weil von ihr eine ganze Reihe weiterer Streitpunkte abhängen, die Jakob Moneta streift, auf die ich aber hier nicht eingehen kann.

Das Theorem von der sowjetischen „Übergangsgesellschaft" stützt sich auf die Tatsache, daß in der Sowjetunion das Privateigentum an den Produktionsmitteln durch das Staatseigentum ersetzt ist. Trotzki charakterisierte in seiner Schrift „Die verratene Revolution" 1936 die sowjetische „Übergangsgesellschaft" folgendermaßen:

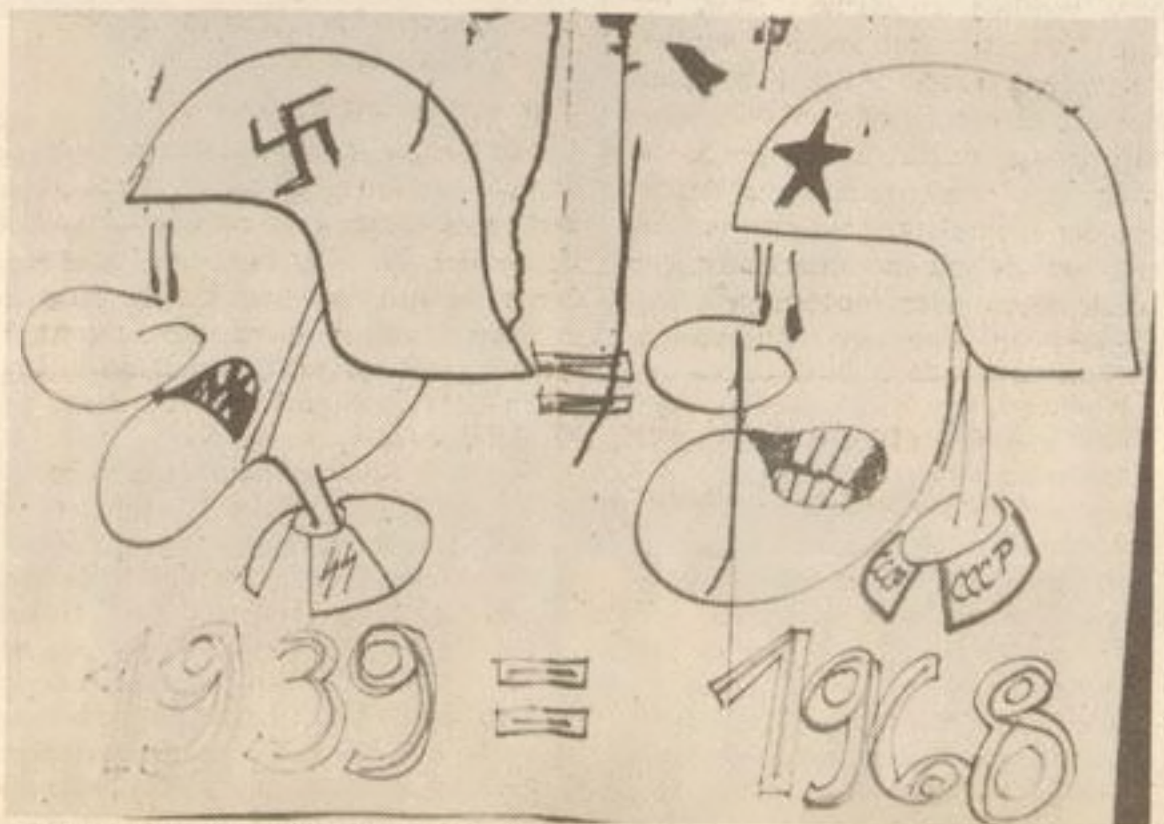
„Die U.S.S.R. ist eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus stehende, widerspruchsvolle Gesellschaft, in der a) die Produktivkräfte noch längst nicht ausreichen, um dem staatlichen Eigentum sozialistischen Charakter zu verleihen, b) das aus der Not geborene Streben nach ursprünglicher Akkumulation allenthalben durch die Poren der



Ein Spruch an einer Prager Häuserwand: „Lenin erwache, Breschnew ist wahnsinnig!" Das war 1968.

Planwirtschaft dringt, c) die bürgerlich bleibenden Verteilungsnormen einer neuen Differenzierung der Gesellschaft zugrundeliegen, d) der Wirtschaftsaufschwung die Lage der Werktätigen langsam bessert und die rasche Herausschälung einer privilegierten Schicht fördert, e) die Bürokratie unter Ausnutzung der sozialen Gegensätze zu einer unkontrollierten und dem Sozialismus fremden Kaste wurde, f) die von der herrschenden Partei verratene soziale Umwälzung in den Eigentumsverhältnissen und dem Bewußtsein der Werktätigen noch fortlebt, g) die Weiterentwicklung der aufgehäuften Gegensätze sowohl zum Sozialismus hin als auch zum Kapitalismus zurückführen kann, h) auf dem Wege zum Kapitalismus eine Konterrevolution den Widerstand der Arbeiter brechen müßte, i) auf dem Wege zum Sozialismus die Arbeiter die Bürokratie stürzen müßten. Letzten Endes wird die Frage sowohl auf nationaler wie internationaler Arena durch den Kampf der lebendigen sozialen Kräfte entschieden werden." (Verratene Revolution, S. 248)

Da bisher weder eine Konterrevolution das Staatseigentum beseitigt noch eine Arbeiterrevolution die Bürokratie



„Okkupanten" – Ein Plakat in Prag 1968.

gestürzt hat, kann sich für den Trotzkismus auch an der Charakteristik der Sowjetunion als Übergangsgesellschaft nichts geändert haben. Der Springpunkt der ganzen Charakteristik der Sowjetunion als Übergangsgesellschaft bleibt das Staatseigentum an den Produktionsmitteln, das schon nicht mehr kapitalistisch aber auch noch nicht sozialistisch ist. Da es aber nur noch Kapitalismus oder Sozialismus geben kann, kann auch das Staatseigentum nicht zur Basis einer eigenen gesellschaftlichen Formation, des sowjetischen Staatsmonopolismus werden. Von der Begriffsbildung Trotzkis her ist die Verfestigung der Sowjetgesellschaft zu einer Formation eigener Art von vornherein ausgeschlossen. Kapitalismus oder Sozialismus, ein drittes kann es nicht geben außer als Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Dabei ging Trotzki immerhin davon aus, daß sich relativ rasch entscheiden würde, ob die Sowjetunion vorwärts zum Sozialismus oder rückwärts zum Kapitalismus schreiten würde:

„Die Sowjetbürokratie expropriierte das Proletariat politisch, um seine sozialen Errungenschaften mit *ihren* Methoden zu verteidigen. Aber bereits daß sie in einem Land, wo die Hauptproduktionsmittel in Staatshänden sind, die politische Macht an sich riß, schafft ein neues, noch nicht dagewesenes Verhältnis zwischen der Bürokratie und den Reichtümern der Nation. Die Produktionsmittel gehören dem Staat. Aber der Staat ‚gehört' gewissermaßen der Bürokratie. Wenn diese noch ganz frischen Verhältnisse gegen oder ohne den Widerstand der Werktätigen sich festigten, zur Norm würden, sich legalisierten, so würden sie letzten Endes zur völligen Liquidierung der sozialen Errungenschaften der proletarischen Revolution führen. Doch jetzt davon zu reden, ist zumindest verfrüht. Das Proletariat hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen. Die Bürokratie hat für ihre Herrschaft noch keine sozialen Stützpunkte, will sagen besondere Eigentumsformen geschaffen. Sie ist gezwungen, das Staatseigentum als die Quelle ihrer Macht und ihrer Einkünfte zu verteidigen. Von dieser Seite her bleibt sie immer noch ein Werkzeug der Diktatur des Proletariats."

Trotzki ging also davon aus, daß sich auf Basis des Staatseigentums an den Produktionsmitteln keine dauerhafte Herrschaft der Bürokratie und erst recht keine *Klassen*herrschaft über die arbeitenden Massen errichten ließe.

Im übrigen ist leicht zu sehen, wie die These von der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion von der Trotzkischen Prämisse, daß sich auf Basis des Staatseigentums keine eigene Gesellschaftsform entwickeln könne, ausging, um dann die *Tatsache* des sowjetischen Imperialismus aus dem Hirngespinst kapitalistischer Produktionsverhältnisse erklären zu wollen.

Erstaunlich an der Trotzkischen These ist, daß sich in der geschichtlichen Realität ja gerade auf der Basis des Staatseigentums an den wichtigsten Produktionsbedingungen eine der dauerhaftesten Produktionsweisen, die „asiatische Produktionsweise", ausgebildet hatte.

Trotzkis These vom unabdingbaren Zusammenhang zwischen Staatseigentum und Übergangsgesellschaft ist überhaupt nur plausibel, wenn die geschichtliche Entwicklung um die asiatische Produktionsweise, die Marx als eine der „progressiven Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformationen" bezeichnete, bereinigt wird. Diese Ausblendung der asiatischen Produktionsweise hatte Trotzki mit Stalin gemeinsam.

Damit will ich nicht behaupten, die bekannte These einer „asiatischen Restauration" gäbe viel her für die Analyse der Sowjetunion. Wohl aber genügt der Hinweis auf die „asiatische Produktionsweise", um die Behauptung zurückzuweisen, auf Basis des Staatseigentums könne sich keine dauerhafte Gesellschaftsformation ausbilden, die durch antagonistische Klassenverhältnisse bestimmt ist.

Die Entwicklung der Sowjetunion hat inzwischen erwiesen, daß auch auf Stufe entwickelter Produktivkräfte das Staatseigentum an den Produktionsmitteln zur Basis einer Gesellschaftsformation eigener Art werden kann, deren Beschreibung als Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus an den wirklichen Verhältnissen völlig vorbei geht.

Die Entwicklung der Sowjetunion wirft inzwischen ganz andere Fragen auf, als sie sich Trotzki stellte, etwa Fragen folgender Art: ob und wenn ja wie aus der staatsmonopolistischen Gesellschaftsformation der Übergang zum Sozialismus möglich ist. Sicher scheint mir schon heute zu sein, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe in der Sowjetunion wie teils auch in den von ihr beherrschten Ländern andere Formen annimmt als in den kapitalistischen Ländern. Spricht man in bezug auf die Sowjetunion von den arbeitenden Massen als „Proletariat", so muß man sich wenigstens darüber im klaren sein, daß die arbeitenden Massen in der Sowjetunion anderen Formen der Ausbeutung unterworfen sind als das Proletariat im Kapitalismus und daß dementsprechend sich auch die Formen der Klassenherrschaft von denen in den kapitalistischen Ländern unterscheiden. Trade-unionistische Gewerkschaften können sich in der Sowjetunion und in den ihrem Gesellschaftssystem unterworfenen Ländern z.B. schon allein deshalb nicht entwickeln, weil es keinen freien Arbeitsmarkt gibt. Dementsprechend kann man auch keine Organisationsform in diesen Ländern erwarten, die das Verhältnis von tradeunionistischen Gewerkschaften und politischer Avantgardepartei wiederholen (wie weit solche Organisationsformen im Kapitalismus einen vorübergehenden Sinn hatten, sei mal dahingestellt).

Andere Fragen, die sich ergeben, sind etwa folgende: wenn es auch wahr ist, daß der sowjetische Staatsmonopolismus Ergebnis einer zweiten *Revolution* ist (1929 ff.), der die Oktoberrevolution das Feld bereitet hatte, und wenn es auch wahr sein sollte, daß der sowjetische Staatsmonopolismus in der russischen Geschichte eine progressive und vorübergehend notwendige Rolle spielte, inwieweit hat er eine solche progressive Rolle jemals gegenüber dem entwickelten Kapitalismus gespielt und spielt er gar noch heute? Wie sind also eventuell im Kapitalismus in Richtung Staatsmonopolismus wirkende Tendenzen einzuschätzen? Wie ist überhaupt das Verhältnis von Staatseigentum und Staatsmonopol zu bestimmen? Unter welchen Bedingungen entspringt aus dem Staatseigentum das Staatsmonopol als neue Form der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln und Negation genossenschaftlicher Arbeit frei assoziierter Individuen?

Trotzki warf seinerzeit – nach dem Hitler-Stalin-Pakt und der Teilung Polens – die Frage auf: „Was verteidigen wir an der Sowjetunion?" und antwortete: „Nicht das, worin sie den kapitalistischen Ländern gleichen, sondern gerade das, worin sie sich von ihnen unterscheiden ... In der UdSSR ist der Sturz der Bürokratie für die Erhaltung des Staatseigentums unerläßlich. Nur in diesem Sinne treten wir für die Verteidigung der UdSSR ein." Jakob Moneta zitiert das zustimmend.

Aber die Auffassung Trotzkis, daß der Sturz der Bürokratie für die Erhaltung des Staatseigentums unerläßlich sei, hat sich inzwischen als völlig haltlos herausgestellt. Im Gegenteil tritt die Sowjetunion überall als bewaffneter Propagandist des Staatsmonopols auf Basis des Staatseigentums auf. Und unterscheidet dieses Staatsmonopol heute die Sowjetunion *positiv* von den kapitalistischen Ländern? Jede Erhebung der arbeitenden Massen in der Sowjetunion und in den dem Staatsmonopol unterworfenen Ländern wird dieses Staatsmonopol als Produktionsverhältnis zertrümmern müssen, so wie die Revolution im Westen das Kapitalverhältnis brechen muß, ohne in die Sackgasse des Staatsmonopolismus zu geraten.

Meines Erachtens entschied sich die Frage, welche Stellung die Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus einnehmen mußte, nicht über den jeweiligen Charakter ihrer Länder für sich genommen, sondern darüber, daß der Faschismus seinerzeit der gefährlichste Feind der Völker in ihrem Kampf für Befreiung war. So steht auch heute die Frage. Welche Rolle spielen die Gewerkschaften für die Zukunftschancen der Arbeiterbewegung und die nationale Existenz der Völker? Für die Beantwortung dieser Fragen nützt der wiederholte Hinweis auf das Staatseigentum im Osten noch weniger als der nicht weniger penetrante Hinweis auf „Freiheit und Demokratie" im Westen.







Beispiele der Solidarität

acm. Eigentlich waren es ja nur drei musikalische Beiträge zur Solidarität mit Solidarność auf der Veranstaltung der DGB-Jugend am Karfreitag in Dortmund – doch vermochten sie auf nuancierte Weise die Kraft der Solidarität mit dem polnischen Volk auszudrücken.

Da war Jacek Kaczmarski, Sänger und Gitarrenspieler, den der 13. Dezember auf einer Tournee der sozialistischen Gewerkschaften in Frankreich einholte. Poesie und Pathos, geschichtliche Erkenntnis und leidvolle Unterdrückung des polnischen Volkes – all das findet sich in seinen kraftvollen und doch leisen Liedern wieder. Selbst die sprachliche Barriere wurde – unterstützt durch ein Textheft und Teilübersetzung durch eine Kollegin – auch vermittels seiner Ausstrahlung weitgehend durchbrochen.

Und da waren die „Schmetterlinge“, die nach dem Kurzschnitt ihres Programms „die letzte Welt“ ihre Stellung zu Polen deutlich machten. Bei ihnen spürt man förmlich die Entwicklung der letzten Wochen und Monate, kann man den politischen Fortschritt ihrer Auffassungen dem dokumentierten Gedicht und Lied entnehmen. Noch vorsichtig auslotend, aber mit Blick auf die geschichtliche Dimension des Einschnittes der polnischen Arbeiterbewegung, zugleich auch die eigene Stellung der kämpfenden Bewegung betonend. Das wirkte und ist überzeugend.

Letztlich Wolf Biermann, ohne Umschweife, mit Wut – aber auch Hoffnung, langte er in das Gesicht der Herrschenden in Polen und geißelte er die falschen Hoffnungen der weststämmigen Bourgeois von wegen „Aus der Traum“, Marke „Stern-Nannen“. Leider bekamen wir nichts vollständig auf Band. Doch ein Beitrag aus dem Buch „Verantwortlich für Polen?“ (rororo 5017) entspricht dem Atem des Konzerts.

Wolf Biermann

Idylle

über Nacht und ohne Kriegserklärung
war das Land okkupiert vom Schnee
Schnee über Frankreich, wehrlos
dem Einbruch der Kälte offen, kein
Wollhemd, kein Wintermantel, der Frost
beißt Paris in die Waden, Ecke
Boulevard Blanqui und Glacière
liegt was, ein Häufchen Elend liegt
auf dem Rost über dem Luftschacht
der Métro, Wärme von unten hoch
von oben wirbeln die Flocken die
schneeweiße Decke aus Schnee hat sich
gebreitet über das Menschenbündel
So grüßt der Schnee aus Polen, Gruß
von den vielen Zehntausend Proleten
stacheldrahtumgürtet auf offenem Feld
bekleidet mit den Klamotten, die sie
gerade trugen bei der Verhaftung
aus dem Schlaf gezerrt oder geprügelt
aus einem Gewerkschaftsbüro oder
aus den Farikenhallen gefegt mit
Maschinengewehren, oder mit Giftgas
aus den Schächten ihrer Bergwerke
vertrieben, in Verhören gefoltert
Auch, Winter, verfluchter Hund! auf
wessen Seite stehst du dieses Mal?

Wolf Biermann

Alle Begriffe stehen blutig auf dem Kopf

Wenn Jaruzelski & Co sich selbst mit verlogener Ehrlichkeit „das kleinere Übel“ nennen, dann sollten wir ihnen dieses schmeichelhafte Wort nicht nachplappern, denn dieser populäre Schandname der deutschen Sozialdemokratie ist ja im Hinblick auf die blutigen Schandtaten anderer Leute schon fast ein Ehrenname geworden. Jaruzelski hat den Bürgerkrieg nicht verhindert, wie er uns sagen läßt, er hat ihn vom Zaun gebrochen. Er hat nicht Schlimmeres verhindert. In diesem milden Lichte sahen und sehen sich alle Diktatoren, all diese kleinen dreckigen Putschgeneräle. Aber die deutschen Gartenzwerge in Ost und West machen in Weltpolitik und Entspannung, alle Worte, alle Begriffe stehen blutig auf dem Kopf. Der Putsch wird uns als Rettungstat verkauft, die KZs als Erholungsheime, die Konterrevolution als Entspannungspolitik, Walesa als gescheiterter Dummkopf und der General mit der Sonnbrille als das kleinere Übel ... und der *Stern* läßt den Vizepremier des polnischen Putschregimes sehr wirkungsvoll seine Lügen sagen, und Nannen philosophiert über Freiheit, ganz im Sinne des Kanzlers, der nach seiner Mecklenburger Nacht mit Honecker sagte: „Herr Honecker war genauso bestürzt wie ich, daß das nun notwendig war ...“ (!) Und der *Stern*-Titel nach dem Putsch: „Polen: Aus der Traum.“ Es ist viel Hoffnung aus in Polen, aber der Traum von einer gerechteren Gesellschaft ist alt wie die Menschheit und wird länger halten als wir. Und es reicht nicht so ein Dutzend-Putsch aus, um diesen Traum zu töten. Selbst wenn in den kommenden Katastrophen niemand übrigbliebe als dieses rechts- und linksgetünchte Pack wie Reagan und Breshnew, wäre dieser Menschheitstraum nicht aus: er würde in ihren eigenen Kindern wieder gegen sie auferstehen ...

5. Februar 1982

Schmetterlinge

Gedicht

Ihr Gewerkschaftsfunktionäre, nebstbei
Aufsichtsräte,
Ihr Christdemokraten, nebstbei
Bankmanager,
Ihr Volksvertreter, nebstbei
Umweltverschlucker,
Ihr Personalvertreter mit der Einheitsliste
Ihr Wohnbauförderer,
Ihr Krankenhausplaner,
Ihr Startbahnbauer,
Wir bitten Euch:

Solidarisiert Euch nicht vorschnell mit der
Solidarność in Polen.
Bedenkt doch:
Ihr seid ja gegen wilde Streiks; Ihr wollt doch nicht, daß die Betriebsdirektoren von der Belegschaft gewählt werden und daß sich die Arbeiter überall einmischen.

Die anderen, die auch hier für mehr
Demokratie sind und die weder mit den
Russen, noch mit den Yankees kolaborieren
wollen, auf Kosten der Arbeiter,
Nebstbei also: Wir!
Solidarisieren uns mit der Solidarność aus
eigenem Interesse, also aus gutem Grund.

Jacek Kaczmarski

Ich mag nicht

Ich mags nicht, wenn man mit mir gleich
per Du ist
wenn jedes zweite Wort schon Bruder heißt
Ich mag das Schulterklopfen nicht
Und das joviale Lächeln – lange nicht
gesehen
Ich mag nicht, wenn man meine Briefe liest
Und ihren Inhalt zu entziffern sucht
Und jene mag ich nicht, die meinen,
In den gebeugten Nacken schlagen schadet
nie

Ich hasse es, wenn man mich zu etwas
zwingt
Wenn man auf die Mitleidstour mir kommt
Ich hasse Stiefel, die in meiner Seele
trampeln
Und jene, die hineinzuspucken trachten
Ich hasse Fliegen, die frisches Blut saugen
Ich hasse Hunde, die Fetzen Fleisch
zerreißen
Und Leute, die von sich so überzeugt sind
Auch wenn sie schon an ihrer Gier ersticken

Ich ertrage die Hilflosigkeit nicht
Mit der ein gehetztes Tier in Gewehrläufe
schaut
Ich ertrage die unglücklichen Zufälle nicht
Die sich regen, wenn jemand fast am Ziel
schon steht
Ich ertrage ungeklärte Umstände nicht
Und Verluste, die nicht gutzumachen sind
Ich ertrage das Zählen unerfüllter Wünsche
nicht
Bis den letzten Dienst der Henker mir
erweist

Ich hasse es, wenn ein Knirschen in der
Leitung
Mein Gespräch plötzlich unterbricht
Ich hasse Schüsse in den Hinterkopf
Kanonensalven schrecken mich nur ab
Ich hasse mich, wenn ich zu feige bin
Wenn ich nur Ausreden hab für meine
Niedertracht
Wenn ich ein Lächeln hab für die, denen ich
diene
Obwohl ich in mir spüre nur den Haß

Eine Schallplatte mit Liedern von Jacek Kaczmarski kann beim Komitee „Solidarität mit Solidarność“ *per Scheck* für 20 DM zuzüglich 5 DM für Textheft (polnisch/deutsch), Verpackung und Porto bestellt werden: Postfach 112051, 6000 Frankfurt 1.

Jacek Kaczmarski

Die Quelle

Ein Fluß fließt in der Schlucht
Entland der Spur, die er sich selbst
gegraben
Die Hänge der Schlucht
Steigen steil in die Höhe
Dort oben soll es Ebenen geben
Und je mächtiger das Wasser
Desto tiefer wird es strömen
Und den Schatten der Böschung ertragen

Der Sand flieht vor der Strömung
Die ihn wirbelnd erfaßt
Und mit Macht gräbt sie sich tiefer in den
Abgrund
Doch der Fluß ist noch da
In der Tiefe der Klamm
Er ist da und wird da sein wie immer
Denn die Quelle, die Quelle lebt immer

Muster und Farben ritzt der Fluß
In die Wände der Schlucht
Die Geschichte seiner Ufer schreibt er
Schatten von Bäumen, die fielen
Des Gerölls verwaschene Spuren
Und widerspenstig gestrandeter Schlamm
Dort weit unten ein Schimmer
Der die Erde zerteilt
Die beginnt, sich über ihm zu schließen

Am Ufer wollen Kiesel und Lehm
Den Strom bremsen in seinem Lauf
Das Wascher zischt und brodelt und speit
Es weicht und windet sich, es bäumt sich
und schäumt
Doch es fließt und es fließt wie zum Trotz
Denn die Quelle, die Quelle lebt immer

Es gibt Stellen im Schlamm
Wo das Wasser fast steht
Unter der Haut aus schmutzigem Grün
Dort verschwindet jede Spur eher
Als der, der sie schafft
Unsichtbar die sumpfigen Fallen
Doch die Quelle sprudelt weiter
Zwischen Felsen zwängt sich ihr Puls
Auch wenn die Strömung
Sich dem Auge entzieht

Kaum zu sehen der Himmel
Kühl und dunkel der Abgrund
Mögen steinige Lawinen nun fallen
Mögen die Wände sich schließen der
grausamen Schluchten
Denn wer formt die Gestalt der künftigen
Welten
Als unterirdisch der Fluß
Er spült Höhlen in den Fels
Entdeckt goldene Adern
Denn die Quelle, die Quelle lebt immer

Schmetterlinge

Wißt Ihr, das stimmt uns so bitter,
wenn Soldaten in Panzern durch die
Menschen roll'n
Im Namen der Feiheit: Belegschaften
verschwinden hinter Gittern.
Das ist nicht der Sozialismus, den wir
woll'n.

Wir haben immer nach Osten geblickt
und gefeiert die Siege der Revolution,
dabei haben wir nicht mitgekriegt,
was sich verändert hatte – lange schon.
Ein sozialistisches Vaterland nach dem
andern geht uns verlor'n.
Der kalte Wind vom Polenland, bläst uns
heftig um die Ohr'n.

Statt in die Ferne zu blicken, senken wir
lieber unsere Blicke.
Nicht aus Demut, nicht aus Bescheidenheit.
Senken wir unsere Blicke zu unserem
eigenen Standpunkt:
Wie steh'n wir?
Auf was für einem Boden?
Mit welchem Ziel?

UMBRUCH
1982 · 3,60 DM
Marxistische Zeitschrift für Kultur und Wissenschaft

Themen:
Schriftsteller gegen den Krieg
Wer hat Angst vor dem „polnischen Virus“?
Polens Freiheitskampf und Deutschland 1830/48. Ein Beispiel
Gentechnologie – Fortschritt oder Fluch?
Der Zauberberg Thomas Manns – Sicht von der bürgerlichen Endzeit

erscheint am 29. April

Kommunismus und Klassenkampf
Heft 4/1982 erscheint am 21. April

Ich bestelle ab dem ....
☐ Heft .../.... zu 6,00 DM
☐ Jahresabonnem. zu 70,65 DM
☐ Halbjahresabo. zu 37,72 DM

UMBRUCH
Marxistische Zeitschrift für Kultur und Wissenschaft
erscheint monatlich

Ich bestelle ab dem ....
☐ Heft .../.... zu 3,60 DM
☐ Jahresabonnem. zu 41,20 DM
☐ Halbjahresabo. zu 21,90 DM

ROTE ROBE
erscheint zweimonatlich

Ich bestelle ab dem ....
☐ Heft .../.... zu 5,00 DM
☐ Jahresabo. zu 31,80 DM

bitte ausschneiden und senden an:
BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 11 11 62
6000 Frankfurt 11

Name
Straße
PLZ/Ort
Unterschrift 14/82

Fernsehtip

Carlos Saura's Film **„Los, Tempo!“**, unterscheidet sich weitgehend von seinen sonstigen mit tiefgründigen Symbolen befrachteten Filmen. Sein 1981 auf der Berlinale ausgezeichneter Film handelt von einer jugendlichen Bande im Milieu der Madrider Vorstädte, der Brutalität der staatlichen Gewalt, den Folgen des gesellschaftlichen Elends. *Samstag, 24.4., 23.50 Uhr im ARD.* – **„Kaiserhofstraße 12“**, ein Fernsehfilm über den Alltag eine jüdischen Familie unter dem Faschismus. *Sonntag, 25.4., 15.15 Uhr im ARD.* – Johann Wolfgang von Goethes **„Torquato Tasso“** in der Inszenierung von Claus Peymann (sein Erstlingswerk in Bochum) dürfte trotz fast drei Stunden Länge von Interesse sein. *Montag, 26.4., 21.20 Uhr im ZDF.* – Was ist los, was passiert, wenn in der BRD vier Mio. arbeitslos wären? Ein solches Planspiel und eine Diskussion (unter anderem mit Farthmann, Arbeitsminister in NRW) sollen eine – vielleicht drohende?! – Zukunft beleuchten. **„Deutschland mit 4 Mio. Arbeitslosen“** ist der Obertitel der Sendungen. *Dienstag, 27.4., 21.10 Uhr und 23.35 Uhr im ZDF.* – Immer noch ein Erlebnis ist Sergej Eisensteins Werk **„Iwan der Schreckliche“**. Wurde der erste Teil (1944 gedreht) in der Sowjetunion noch gefeiert, so kam Eisenstein mit dem zweiten Teil (1946) schwer unter Druck. Stalin selber schaltete sich ein – kritisierte Eisensteins Auffassung von der Despotie des Zar Iwan. Eisenstein wollte auch eine Änderung des Films vornehmen, starb aber 1948. Von seiner Technik her unterscheidet sich dieser Film gravierend von den berühmten Werken „Streik“, „Panzerkreuzer Potemkin“ oder „Oktober“, gleichwohl hat der Film mit seiner ausdrucksvollen Schauspielkunst und den düsteren Bildern genauso seinen Platz in der Filmgeschichte. *Mittwoch, 28.4., 23.00 Uhr, 2. Teil im ZDF.* – **„Wenn Katelbach kommt“**, Roman Polanskis sarkastische und tragikomische Gangsterstory. *Freitag, 30.4., 23.15 Uhr im ZDF.*